



# HESSISCHER LANDTAG

12. 04. 2011

## 70. Sitzung

Wiesbaden, den 12. April 2011

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	4831	Frage 453	
<i>Entgegengenommen</i> .....	4832	Kai Klose .....	4835
Präsident Norbert Kartmann .....	4831	Minister Dieter Posch .....	4835
Günter Rudolph .....	4831		
Vizepräsident Heinrich Heidel .....	4885	Frage 456	
		Angela Dorn .....	4836, 4837
8. Große Anfrage des Abg. Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion be- treffend <b>Verbot der Benachteiligung nach den Be- sitzverhältnissen der Eltern an den Schulen in freier Trägerschaft</b>		Ministerin Lucia Puttrich .....	4836, 4837
– Drucks. 18/3436 zu Drucks. 18/2716 – .....	4831	Petra Fuhrmann .....	4836
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> .....	4831		
Präsident Norbert Kartmann .....	4831	Frage 459	
		Dr. Thomas Spies .....	4837
39. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP be- treffend <b>mehr Mitsprache der Länder bei der Be- darfsplanung der ärztlichen Versorgung</b>		Minister Dieter Posch .....	4837
– Drucks. 18/3916 – .....	4831	Michael Siebel .....	4837
<i>Zurückgezogen</i> .....	4831		
Präsident Norbert Kartmann .....	4831	Frage 460	
		Dr. Thomas Spies .....	4838
1. <b>Fragestunde</b>		Minister Stefan Grüttner .....	4838
– Drucks. 18/3818 – .....	4832		
<i>Abgehalten</i> .....	4844	Frage 461	
Präsident Norbert Kartmann .....	4844	Alexander Bauer .....	4838
		Ministerin Dorothea Henzler .....	4838
Frage 445			
Jürgen Frömmrich .....	4832, 4833	Frage 462	
Minister Dieter Posch .....	4832, 4833	Torsten Warnecke .....	4838, 4839
Petra Fuhrmann .....	4833	Minister Dr. Thomas Schäfer .....	4838, 4839
		Mathias Wagner (Taunus) .....	4839
Frage 448		Günter Schork .....	4839
Astrid Wallmann .....	4833		
Ministerin Dorothea Henzler .....	4833	Frage 463	
		Torsten Warnecke .....	4840
Frage 449		Minister Dieter Posch .....	4840
Barbara Cárdenas .....	4833		
Ministerin Dorothea Henzler .....	4834	Frage 464	
		Timon Gremmels .....	4840
Frage 450		Minister Axel Wintermeyer .....	4840
Barbara Cárdenas .....	4834	Tarek Al-Wazir .....	4840
Ministerin Dorothea Henzler .....	4834		
		Frage 465	
Frage 452		Gerhard Merz .....	4841
Kai Klose .....	4834, 4835	Ministerin Dorothea Henzler .....	4841
Minister Dieter Posch .....	4834, 4835	Mathias Wagner (Taunus) .....	4841
Michael Siebel .....	4835	Barbara Cárdenas .....	4841
		Frage 466	
		Ismail Tipi .....	4841
		Minister Stefan Grüttner .....	4842
		Frage 467	
		Claudia Ravensburg .....	4842
		Minister Dr. Thomas Schäfer .....	4842

Seite	Seite
Frage 468	
Gerhard Merz . . . . .	4842, 4843
Ministerin Eva Kühne-Hörmann . . . . .	4843
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	4843
Frage 469	
Sarah Sorge . . . . .	4843
Ministerin Eva Kühne-Hörmann . . . . .	4843, 4844
Frage 470	
Daniel May . . . . .	4887
Ministerin Lucia Puttrich . . . . .	4887
Frage 472	
Brigitte Hofmeyer . . . . .	4887
Minister Dieter Posch . . . . .	4887
Frage 473	
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	4887
Minister Dieter Posch . . . . .	4887
Frage 474	
Hermann Schaus . . . . .	4887
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	4887
Frage 475	
Hermann Schaus . . . . .	4887
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	4887
Frage 476	
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	4887
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	4888
Frage 477	
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	4888
Ministerin Dorothea Henzler . . . . .	4888
<i>Die Fragen 470, 472 bis 477 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Frage 471 soll auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>	
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend – „ <b>Saubere, sichere, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte zukünftige Energieversorgung in Hessen</b> “ . . . . .	4844
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	4884
16. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Puttrich-Forderungen zu Biblis dienen nur der Verschleierung</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3650 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4884
24. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Bundesländervergleich Erneuerbare Energien 2010 nicht von hinten lesen – Platz 13 für Hessen ist nicht vorne</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3772 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4844
32. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Energie-wende jetzt – Hessens Stromversorgung bis spätestens 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energien schaffen</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3867 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4884
35. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>energie-politische Konfusion in der Landesregierung schadet Hessen</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3912 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4884
44. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Energiewende endlich auch in Hessen beginnen – Stromversorgung bis 2030 vollständig durch erneuerbare Energien sicherstellen</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3921 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4884
46. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Biblis A und B sofort abschalten</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3861 zu Drucks. 18/3846 – . . . . .	4844
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	4884
47. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>sicherheitstechnische Neubewertung der Kernkraftwerke vor dem Hintergrund der Katastrophe in Japan</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3862 zu Drucks. 18/3848 – . . . . .	4844
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	4884
48. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe in Japan – dauerhafte Abschaltung der Atomkraftwerke Biblis A und Biblis B: Energiewende jetzt</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3863 zu Drucks. 18/3852 – . . . . .	4844
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	4884
49. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Biblis A und Biblis B als Konsequenz aus Fukushima dauerhaft stilllegen</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3864 zu Drucks. 18/3853 – . . . . .	4844
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	4884
64. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>jetzt den Weg freimachen für die Energiewende</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3942 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4885
69. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend <b>Moratorium für umfassende Sicherheitsprüfung auf europäischer Ebene nutzen und zukünftige Energieversorgung sichern</b> . . . . .	4844
– Drucks. 18/3947 – . . . . .	4844
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	4885

	Seite		Seite
73. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Einrichtung eines Sonderausschusses Atomausstieg und Energiewende in Hessen</b>		Dr. Christean Wagner (Lahntal) .....	4859, 4866
– Drucks. 18/3951 – .....	4844	Tarek Al-Wazir .....	4865
<i>Dem Ältestenrat überwiesen</i> .....	4885	Janine Wissler .....	4871
Ministerpräsident Volker Bouffier .....	4844	Florian Rentsch .....	4878, 4884
Thorsten Schäfer-Gümbel .....	4852	Frank-Peter Kaufmann .....	4883
		Vizepräsident Heinrich Heidel .....	4884

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Heinrich Heidel

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
 Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
 beim Bund Michael Boddenberg  
 Minister des Innern und für Sport Boris Rhein  
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
 Kultusministerin Dorothea Henzler  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich  
 Sozialminister Stefan Grüttner  
 Staatssekretär Michael Bußer  
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
 Staatssekretär Werner Koch  
 Staatssekretär Prof. Dr. Luise Hölscher  
 Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
 Staatssekretär Ingmar Jung  
 Staatssekretär Mark Weinmeister  
 Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Alfons Gerling  
 Margaretha Hölldobler-Heumüller  
 Hans-Christian Mick



(Beginn: 14:03 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne diese Plenarwoche mit der heutigen 70. Plenarsitzung. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und begrüße Sie als Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung, unsere Gäste und die Presse. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann sind wir beschlussfähig.

Meine Damen und Herren, bitte erlauben Sie mir, dass ich vor Eintritt in die Tagesordnung einige Gedanken zu den Ereignissen in Japan äußere.

Am 11. März erschütterte das heftigste Erdbeben in der Geschichte Japans dieses Land und löste einen verheerenden Tsunami aus. Die Bilder, die uns tagtäglich erreichen, zeigen Tod, unvorstellbare Verwüstung und schreckliches Leid. Zudem stehen wir unter dem Eindruck zerstörter Kernreaktoren und der noch nicht abschätzbaren Folgen, die daraus entstehen.

Diese Katastrophe hat bisher Tausende Menschen das Leben gekostet, Zehntausende werden noch vermisst. Mehr als eine halbe Million Menschen sind obdachlos geworden. Das ganze Ausmaß der Schäden für Mensch und Umwelt ist noch nicht überschaubar, vor allem nicht, wie viele Menschen durch die freigesetzte atomare Strahlung zu Schaden gekommen sind oder noch kommen oder gar deswegen ihr Leben lassen müssen.

Viele Fragen, die wir uns hier in unserem Lande stellen, sind noch nicht beantwortet. Aber, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der berechtigten Suche nach solchen Antworten erscheint es mir geboten, zu besonderer Besonnenheit aufzurufen.

Vor allem aber sind unsere Gedanken in diesen Tagen beim japanischen Volk, bei den Angehörigen der Opfer. Dem japanischen Volk und diesen Angehörigen gelten in dieser Stunde unsere Anteilnahme und unser aufrichtiges Mitgefühl. – Ich darf Sie bitten, sich zu einem kurzen Gedanken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Gedenkminute)

– Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den geschäftlichen Punkten unseres Treffens. Die Tagesordnung vom 5. April 2011 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 63 Punkten liegen Ihnen vor.

Interfraktionell wurde vereinbart, den **Tagesordnungspunkt 8**, die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von der Tagesordnung abzusetzen.

Wie Sie dem Nachtrag entnehmen können, haben wir mit den Tagesordnungspunkten 56 bis 60 fünf Aktuelle Stunden darauf stehen, die wir am Donnerstag nach § 32 Abs. 6 mit jeweils fünf Minuten pro Fraktion behandeln. Die Tagesordnungspunkte 56 und 58 werden gemeinsam aufgerufen.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend jetzt den Weg freimachen für die Energiewende, Drucks. 18/3942. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das als Tagesordnungspunkt 64 aufgenommen, und wir können es mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklä-

rung, behandeln. Okay? – Danke schön, somit beschlossen.

Weiter eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend kurz vor dem Koma – Kultusministerin zerstört die Zukunftsfähigkeit der hessischen Schulen, Drucks. 18/3943. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Keiner ist dagegen. Es ist dringlich, und wir nehmen es als Punkt 65 auf die Tagesordnung.

Herr Kollege Rudolph, zur Geschäftsordnung, bitte schön.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, wir können das mit Tagesordnungspunkt 36 aufrufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keiner widerspricht, dann machen wir es auch so.

Außerdem eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Gesetz für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Hessen, Drucks. 18/3944. Ich stelle die Dringlichkeit fest. – Keiner widerspricht. Dann wird das Tagesordnungspunkt 66.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, den können wir mit dem Setzpunkt der CDU, Tagesordnungspunkt 39, zusammen behandeln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. Dann nehmen wir das auf: zusammen mit Punkt 39.

Jetzt geht es um den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Landesregierung setzt sich für mehr Mitsprache der Länder bei der Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung ein, Drucks. 18/3945. Auch hier widerspricht niemand der Dringlichkeit? – Das ist so. Dann wird das Tagesordnungspunkt 67, und das können wir auch mit Tagesordnungspunkt 39 aufrufen.

Dazu gehört, dass der Antrag der CDU und der FDP, Drucks. 18/3916, unter **Tagesordnungspunkt 39** zurückgezogen wird und dafür der jetzt aufgerufene Dringliche Antrag gesetzt wird. Trotzdem rufen wir das am Mittwoch um 10 Uhr gemeinsam auf: anstelle des Tagesordnungspunktes 39 zusammen mit dem entsprechenden Antrag der SPD. – Das ist Konsens. Dann verfahren wir so.

Dann ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen schreitet bei der Kinodigitalisierung zügig voran, Drucks. 18/3946. Die Dringlichkeit wird nicht abgelehnt? – Das ist so. Dann kommt das als Punkt 68 auf die Tagesordnung, und wir rufen es mit Tagesordnungspunkt 13 auf. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Es geht jetzt um den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Moratorium für umfassende Sicherheitsprüfung auf europäischer Ebene nutzen und zukünftige Energieversorgung sichern, Drucks. 18/3947, der eingegangen ist. Ich stelle die Dringlichkeit fest. – Sie auch. Dann kommt das als Punkt

69 auf die Tagesordnung, und auch das rufen wir mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung, auf.

Es gibt einen Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung der Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes durch die Hessische Landesregierung, Drucks. 18/3948. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 70. Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion.

Es ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Auslandseinsätze bei der Polizei nur auf abgesicherter gesetzlicher Grundlage zulassen, Drucks. 18/3949. Die Dringlichkeit wird auch bejaht. – Das ist der Fall. Dann ist das Tagesordnungspunkt 71. Redezeit: fünf Minuten pro Fraktion.

Ein weiterer Dringlicher Antrag ist eingegangen, und zwar der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Wohnraumförderung passgenau für Hessen ausgestalten, Drucks. 18/3950. Ich stelle die Dringlichkeit fest. – Das wird von Ihnen bestätigt. Das wird Tagesordnungspunkt 72, und wir können das mit Punkt 14 aufrufen. – Auch das ist Konsens.

Zu guter Letzt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD eingegangen, betreffend Einrichtung eines Sonderausschusses Atomausstieg und Energiewende in Hessen, Drucks. 18/3951. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann kommt das auf die Tagesordnung als Punkt 73. Wir rufen es ebenfalls mit Punkt 2 auf. – Auch das ist Konsens. Ich stelle fest, dass das in dieser Form aufgenommen ist.

Ich stelle fest, dass wir eine komplette Tagesordnung haben. Widerspricht jemand dieser Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so beschlossen.

Wir tagen heute bis 19 Uhr, am Anfang wieder die Fragestunde, danach die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Saubere, sichere, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte zukünftige Energieversorgung in Hessen“ mit all diesen Punkten, die damit aufgerufen werden.

Herr Staatsminister Hahn ist für heute Nachmittag entschuldigt. Herr Kollege Mick ist erkrankt. Wir wünschen gute Besserung. Gebt es ihm auch weiter, damit er weiß, dass wir ihm das wünschen, sonst hat das keine Wirkung. – Herr Kollege Gerling ist auf dem Weg der Erholung.

Meine Damen und Herren, ich will auf das hinweisen, was hinter uns auf den Bildern zu sehen ist. Das haben die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Politik und Wirtschaft der Jahrgangsstufe 12 der Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg ausgewählt: Wilhelm von Oranien – es versteht sich bei dieser Schule von selbst, dass sie ihn auswählen –, Georg Büchner, Anne Frank, Justus von Liebig, Johann Wolfgang von Goethe, Adam Opel und Jacob Grimm.

Heute Abend tagt im Anschluss an die Plenarsitzung um 19 Uhr der Hauptausschuss im Sitzungsraum 501 A. Ich weise darauf hin.

Einen runden Geburtstag konnte der Kollege Peter Stephan begehen. Es ist schon ein paar Tage her, aber immerhin.

(Allgemeiner Beifall)

Er hat es schon fast vergessen. Aber so alt bist du auch noch nicht. Alles Gute.

Herr Dr. Blechschmidt – ich habe die Ehre gehabt, ihm selbst gratulieren zu können –, von dieser Stelle aus herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

1961, ein guter Jahrgang. Das sage ich deswegen, weil mir damit die Brücke zu Frau Puttrich gelingt, ohne etwas selbst zu sagen. Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch zu dem gestrigen Geburtstag des gleichen Jahrgangs, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Auf der Tribüne hat unser lieber Kollege Michael Denzin Platz genommen. Lieber Michael, herzlich willkommen. Wo sitzt du? – Er sitzt wahrscheinlich über mir.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu unserem ersten Tagesordnungspunkt. Das ist dem guten Brauch nach der **Tagesordnungspunkt 1:**

**Fragestunde – Drucks. 18/3818 –**

Ich rufe die aus der letzten Fragestunde noch übrig gebliebene **Frage 445** auf. Herr Abg. Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Vorschläge der Drogenbeauftragten Dyckmanns, FDP, zur Verbannung von Spielautomaten aus Kneipen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Frömmrich, inzwischen kann es wohl als sicher gelten, dass von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten ein erhebliches Suchtpotenzial ausgeht. Gastronomische Betriebe bringen als Aufstellungsorte weite Teile der Bevölkerung mit diesen Glücksspielangeboten in Berührung. In Anbetracht dessen ist der Vorschlag der Drogenbeauftragten der Bundesregierung als Maßnahme gegen die Sucht nachvollziehbar.

Für die Landesregierung ist jedoch im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, ob es weniger einschneidende Maßnahmen gibt, um einen wirksamen Beitrag zur Suchtprävention zu leisten. Insbesondere wird darüber nachgedacht, den von Spielgeräten ausgehenden Spielanreiz signifikant zu reduzieren. Hierbei kommen unter anderem die Herabsetzung der höchstzulässigen Gewinne, Verluste und Einsätze sowie die Einführung eines Sperrsystems in Betracht. Das Bundeswirtschaftsministerium prüft derartige Maßnahmen anlässlich der anstehenden Überarbeitung der Spielverordnung. Diesen Beratungsprozess warten wir ab.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Gibt es Überlegungen der Landesregierung, landesgesetzliche Regelungen für diesen Bereich zu treffen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Frömmrich, ich habe auf die Zuständigkeit des Bundes in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die Überarbeitung der Spielverordnung steht an. Wir werden diesen Entwurf der Spielverordnung abwarten. Eine Zuständigkeit selbst sehe ich derzeit nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Fuhrmann.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Minister, Ihnen ist der Unterschied zwischen den Spielcasinos alter Prägung und diesen neu entstandenen Spielautomatenhallen auf der grünen Wiese oder am Stadtrand sicherlich bekannt. Halten Sie es für sinnvoll, gleiche Überprüfungsmechanismen wie in den klassischen Spielcasinos einzuführen, als da seien Einlasskontrollen, Sperrliste für Spielsüchtige und Kontrolle, ob die Menschen diese Hallen betreten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Das schließe ich nicht aus; denn die Einführung von Sperrsystemen – darunter kann das auch fallen – ist Gegenstand der Prüfung. Sobald wir nähere Ergebnisse dieser Überprüfung haben, werden wir darüber diskutieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich kürzlich mit dem Thema beschäftigt und das Glücksspiel in Spielhallen zum Thema gehabt. Wie haben sich die Landesregierung oder der Ministerpräsident in dieser Frage verhalten, was die Frage der Bekämpfung von Sucht angeht?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Frömmrich, ich habe mich in der Beantwortung Ihrer Frage auf das konzentriert, was Sie gefragt haben. Sie sprechen jetzt einen weiter gehenden Komplex an, der nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Ihrer Frage steht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zur **Frage 448**. Frau Abg. Wallmann.

**Astrid Wallmann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Voraussetzungen müssen Buchhandlungen erfüllen, um das Gütesiegel „Lesefreunde Hessen – Anerkannter Lesepartner 2010/2011“ zu erhalten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Wallmann, für das Gütesiegel „Lesefreunde Hessen – Anerkannter Lesepartner 2010/2011“, das im Turnus von zwei Jahren von den Kultusministerien der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie den drei Landesverbänden des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels verliehen wird, müssen sich Buchhandlungen mit einem ausgefüllten Fragebogen bewerben.

Das Gütesiegel wird an Buchhandlungen verliehen, die ein kompetent ausgewähltes Sortiment von Kinder- und Jugendbüchern anbieten, die eine individuelle und qualitative Beratung gewährleisten, die die Bücher dem Alter angemessen präsentieren und die zusätzliche ideenreiche Aktionen zur Leseförderung für Kinder und Jugendliche durchführen, beispielsweise Empfehlungslisten für Eltern und Lehrkräfte erstellen, Schulen beim Aufbau von Schülerbüchereien beraten, in Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten und Bibliotheken Lesungen bzw. Buchausstellungen organisieren.

Am 21. Januar 2011 wurden insgesamt 122 Buchhandlungen aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland für ihr besonderes Engagement in der Leseförderung mit dem Gütesiegel ausgezeichnet. Das Gütesiegel wurde an 65 hessische Buchhandlungen, an 42 Buchhandlungen in Rheinland-Pfalz und an 15 Buchhandlungen im Saarland vergeben. Die Auszeichnung fand zum ersten Mal in Hessen statt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 449**, Frau Abg. Cárdenas.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann werden die im Haushalt 2011 beschlossenen Kürzungen für die Kooperation Schule – Sportverbände vorgenommen werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Cárdenas, Aussagen zur Budgetverteilung im Haushalt 2011 sind der Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Budgetverteilung ist noch nicht abgeschlossen, und es werden Abschlagzahlungen ausgebracht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 450**, ebenfalls Frau Cárdenas.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Mir ist nicht klar, ob diese Frage durch die Antwort obsolet ist. Ich frage die Landesregierung trotzdem:

*Welche Schulen wird die im Haushalt 2011 beschlossene Kürzung für die Kooperation Schule – Sportverbände konkret betreffen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Cárdenas, die Mittelzuweisung vor Ort wird ausschließlich durch die Staatlichen Schulämter vorgenommen. Jene verteilen die ihnen aus den Programmen zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen von Landesseite zugewiesenen Mittel anhand des regionalen Bedarfs. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen auch weiterhin aufrechterhalten werden können. Wie in der Plenardebatte vom 16. Dezember 2010 bereits ausdrücklich betont, steht es den Schulen frei, die Mittel aus der pädagogischen Mittagsbetreuung zu nutzen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 452**, Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Maßnahmen wurden im Rahmen der mehrfach angekündigten Neuaufstellung der Hessen-Agentur bereits umgesetzt bzw. sollen noch umgesetzt werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Klose, die Schwerpunkte der von der Landesregierung eingeleiteten Neuausrichtung der Hessen-Agentur betreffen vorrangig drei zentrale Aktionsfelder.

Das sind Tourismusmarketing, Außenwirtschaft und Standortmarketing, Technologie und Innovationsförderung. Dabei ging es insbesondere um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Hessen-Agentur, dem Wirtschaftsministerium als Auftraggeber und externen Partnern. Deshalb wurden in diesen Arbeitsbereichen jeweils mit allen Beteiligten Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. Gemeinsames Ziel ist es, die jeweiligen Politikbereiche durch regelmäßige Konsultationstreffen aktiv mitzugestalten.

Darüber hinaus sind zur Optimierung der Zusammenarbeit die Beiträge bei der Hessen-Agentur neu organisiert worden. Neben dem bereits erfolgreich arbeitenden Technologiebeirat wurde der bisherige Tourismusbeirat zur besseren Einbindung aller relevanten Partner zu einem touristischen Marketingbeirat weiterentwickelt. Zudem wurde erstmals zur Neustrukturierung und Verbesserung der Wirtschaftsförderung in den Bereichen Außenwirtschaft und Standortmarketing ein neuer Beirat gebildet.

Der durchgeführte interne Neustrukturierungsprozess orientierte sich in erster Linie an den Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofs zur Straffung und Verschlankeung der Organisationsstruktur. Unter anderem wurden die Abteilung Wirtschafts- und Regionalforschung sowie Landes- und Kommunalentwicklung zusammengefasst. Die Abteilung Hessen-Marketing wurde komplett neu strukturiert sowie die Abteilung internationale Angelegenheiten mit den drei wichtigen Schwerpunkten Standortmarketing, Auslandsmessen und Außenwirtschaftsförderung neu ausgerichtet.

Weitere strukturelle Optimierungen erfolgen in den Bereichen Controlling und Risikomanagement. Durch die Einführung einer spartenbezogenen Rechnungsführung kann die Hessen-Agentur nunmehr nach kaufmännischen Gesichtspunkten gesteuert werden. Weitere Entscheidungen über die Neustrukturierung der Hessen-Agentur hängen maßgeblich davon ab, welche zentralen inhaltlichen Aufgabenschwerpunkte von der Hessen-Agentur zukünftig wahrgenommen werden sollen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, besteht Ihrerseits die Absicht, in diesem Zusammenhang die Hessen-Agentur auf mehrere Standorte zu verteilen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Klose, da der Mietvertrag am bisherigen Standort zum 31.12. ausläuft, führen wir im Moment eine Diskussion über Veränderungen. Dieser Diskussionsprozess ist leider noch nicht abgeschlossen. Das wird aber in allernächster Zeit erfolgen. Wir werden diese Angelegenheit im Aufsichtsrat abschließend behandeln. Ich bespreche diese Frage auch außerhalb des Aufsichtsrats in diesen Tagen mit den Arbeitnehmervertretern, um schnellst-

möglich eine Entscheidung herbeizuführen, weil ich Verständnis dafür habe, dass die Arbeitnehmer ein Interesse daran haben, zu erfahren, wo ihr dienstlicher Sitz ab dem 01.01.2012 ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Siebel.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Staatsminister, können Sie Auskunft darüber geben, welche inhaltlichen Neuorientierungen, von denen Sie am Ende Ihrer Beantwortung sprachen, seitens Ihres Hauses angedacht werden und wie die Verknüpfung der Abteilungen Ihres Hauses mit den jetzt neu strukturierten Abteilungen der Hessen-Agentur funktionieren soll?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Das ist ein Thema, das zwischen dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung weiter intensiv diskutiert wird. Es geht dabei nicht nur um die Frage, wie ein Ministerium mit der Hessen-Agentur zusammenarbeitet. Denn Sie wissen, dass eine Vielzahl von Ressorts bei der Hessen-Agentur bestellt. Ich bin dabei, in meinem Hause die Ansprechpartner für die Hessen-Agentur konzentriert auszurichten, damit bei mir im Wirtschaftsministerium jeweils ein Ansprechpartner für die Hessen-Agentur sichergestellt ist.

Ich kann an dieser Stelle sagen: Dieser Prozess ist in Bearbeitung. Ich beabsichtige, in absehbarer Zeit die Obleute über die Überlegungen, die wir hier anstellen, intensiv zu informieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Noch eine Zusatzfrage, Herr Abg. Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, besteht Ihrerseits die Absicht, und wenn ja, in welchem Zeitraum, die derzeit vakante Geschäftsführerposition der Hessen-Agentur wieder zu besetzen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Auch dies ist Gegenstand der Diskussion, die wir gegenwärtig mit der Geschäftsführung und mit den Arbeitnehmervertretern führen. Eine abschließende Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat ist noch nicht erfolgt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 453, Herr Abg. Klose.**

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Schlüsse zieht sie aus dem vom Bundeswirtschaftsministerium für Februar 2011 angekündigten Ergebnis der Evaluation der erhöhten Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben im Rahmen der Konjunkturpakete?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Klose, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angekündigte Ergebnis der Evaluation liegt hier noch nicht vor. Nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Abschlussbericht für Ende dieses Monats vorgesehen, sodass ich Ihre Frage jetzt nur mit diesem Hinweis beantworten kann:

Das Land Hessen wird in Kürze eine Evaluation über die mit dem Vergabebesleunigungserlass eingeführten Regeln unter Beteiligung aller Betroffenen durchführen. Das war auch schon Gegenstand der Diskussion hier im Hause. Diese Regelungen sind zeitlich befristet. Von diesen Erfahrungsberichten versprechen wir uns einen hohen Aussagewert.

Die angekündigte Auswertung des Bundes kann wahrscheinlich nicht 1 : 1 auf Hessen übertragen werden, weil Hessen beispielsweise für beschränkte Ausschreibungen im Liefer- und Dienstleistungsbereich eine abweichende Freigrenze eingeführt hat. Zudem wollen wir die Erfahrungen der hessischen Kommunen insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme berücksichtigen – denn für diese haben wir die Vergabekriterien geändert.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Klose.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, können Sie bitte ein bisschen präzisieren, wann wir mit dem Ergebnis der Evaluation des Landes rechnen dürfen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Wir werden das so auswerten, dass wir rechtzeitig eine Entscheidung darüber treffen können, was ab 01.01.2013 gilt. Deswegen kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob das noch vor der Sommerpause oder erst nach der Sommerpause ausgewertet sein wird. Wir haben uns über diese

Frage auch öfter bilateral unterhalten: Ich habe ein großes Interesse daran, dieses Thema im Ausschuss zu diskutieren. Mit Sicherheit werden wir von uns aus auf Sie zukommen und Sie darüber unterrichten, welche Erfahrungen insbesondere die Kommunen mit diesen Kriterien des Vergabeerlasses gemacht haben. Denn es hat im politischen Raum schon bestimmte Vorstellungen gegeben, bestimmte Grenzen möglicherweise zu erhalten oder wieder zurückzuführen.

Mir liegt daran, dies mit Ihnen intensiv zu diskutieren. Ich werde es rechtzeitig einleiten, sodass das gewährleistet ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 456,** Frau Abg. Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der Sachstand für die von der Verbraucherschutzministerkonferenz im September 2010 geplante Einführung eines bundesweit einheitlichen Hygienebewertungssystems – Smiley?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Dorn, die Verbraucherschutzministerkonferenz hat in ihrer sechsten Sitzung am 17. September vergangenen Jahres über die Einführung des sogenannten Smiley-Systems beraten. Bei dieser Beratung kam man überein, dass ein bundesweit verbindliches Modell zur Transparentmachung von Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelkontrollen mit einheitlichen Bewertungsmaßstäben eingeführt werden soll. Für eine betriebsbezogene Veröffentlichung in allgemein verständlicher Form soll daher eine geeignete rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz – genannt LAV – wurde beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse der planmäßigen amtlichen Kontrollen ein bundeseinheitliches Konzept zu entwerfen und in einem Durchführungsentwurf zusammenzufassen.

Hierzu konstituierte sich am 8./9. November letzten Jahres eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Die hat in der Zwischenzeit mehrfach getagt. Neben einer schriftlichen Anhörung diverser Verbände fand eine Anhörung der betroffenen Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbände am 10. Februar dieses Jahres statt, und zwar im Rahmen einer Sondersitzung der LAV in Bremen. Am 5. April dieses Jahres wiederum stimmte die LAV mit großer Mehrheit diesem Konzept zu.

Die Verbraucherschutzministerkonferenz wird sich mit diesem Vorschlag befassen. Im Moment ist es noch nicht klar, ob es dazu im Mai eine gesonderte Verbraucherschutzministerkonferenz geben soll. Es war angedacht, im Mai eine stattfinden zu lassen, aber deren Durchführung ist in der Tat noch unsicher. Deshalb ist dann möglichst bald eine Entscheidung abzusehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, sollen neben Gaststätten auch andere Lebensmittelbetriebe einbezogen werden, also Metzgereien, Bäckereien usw.?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Ja, Frau Abg. Dorn, das ist nicht im ersten Schritt vorgesehen, sondern in diesem Vorschlag sind sieben Schritte vorgesehen, besser gesagt: sieben Stufen.

In der ersten Stufe soll die Gastronomie berücksichtigt werden, in der folgenden Stufe zwei dann Bäckereien, Metzgereien und Fleischereien, in der dritten Stufe Gemeinschaftsverpflegung und Caterer, in der vierten Stufe der Einzelhandel, in der fünften Stufe andere Betriebe mit direkter Abgabe, in der sechsten Stufe weitere Betriebe ohne direkte Abgabe an Verbraucher und in der siebten Stufe die Wochenmärkte. Dabei kann ich Ihnen im Moment nicht sagen, in welcher zeitlichen Dimension die jeweils einbezogen werden sollen. Der Vorschlag sieht insgesamt sieben Stufen vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Fuhrmann.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Ministerin, ist es nach wie vor Stand der Beratungen, dass das ein verpflichtendes System wird und dass die Kennzeichnung vor Ort transparent ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Ja, Frau Abgeordnete, es ist vorgesehen, ein bundeseinheitliches System einzuführen, indem diese Verpflichtung in einem Gesetz festgelegt wird.

Die Kenntlichmachung soll nicht über den sogenannten Smiley erfolgen, sondern im Moment ist eine Farbskala vorgesehen: grün/gelb/rot, die nochmals unterteilt und auf der ein Ergebnis erkennbar ist. Selbstverständlich soll das dann auch für die Verbraucher gut sichtbar angebracht werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Dorn.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, welche gesetzliche Grundlage soll denn zugrunde gelegt werden, das Futtermittelgesetzbuch oder das Verbraucherinformationsgesetz, oder welche Grundlagen werden da herangezogen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, diesbezüglich gibt es noch keine gesetzliche Grundlage. Es gibt den Vorschlag der LAV. Dieser Vorschlag der LAV ist von der Verbraucherschutzministerkonferenz zu beschließen. Das, was dort beschlossen wird, wird dann die Grundlage sein, um die Forderungen an das BMELV zu stellen, diese gesetzliche Grundlage zu schaffen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 459**, Herr Abg. Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum ist der Bericht „Zehn Jahre soziale Stadt in Hessen – Schlussbilanz/verbleibender Handlungsbedarf – Bericht 2008“ bisher nicht veröffentlicht?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Dr. Spies, der Bericht „Zehn Jahre soziale Stadt in Hessen – Schlussbilanzierung/verbleibender Handlungsbedarf – Bericht 2008“ ist bisher nicht eigenständig veröffentlicht worden. Die aus der Schlussbilanzierung 2008 gewonnenen Erkenntnisse für die Programmsteuerung wurden in die Broschüre „Standorte integriert entwickeln – die soziale Stadt in Hessen“ unter Punkt 3 „Erkenntnisse aus der Programmbilanzierung“ veröffentlicht.

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine eigenständige Veröffentlichung nicht erfolgt ist, sondern dass das in diesen anderen Bericht integriert wurde.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Wird die Landesregierung den eigentlichen Bericht und nicht nur die Schlussfolgerungen noch veröffentlichen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Derzeit ist das nicht beabsichtigt; denn das ist integraler Bestandteil eines anderen Berichts. Es sei denn, es gibt Überlegungen, die dazu führen, diesen Bericht noch einmal gesondert zu veröffentlichen. Derartige Hinweise habe ich aber gegenwärtig nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Siebel.

**Michael Siebel (SPD):**

In Unkenntnis des integrierten Berichts – bei dem ich davon ausgehe, dass er feststellt, dass die Ergebnisse des Programms „Sozialen Stadt“ hervorragend sind, die Finanzierung jetzt allerdings zusammengebrochen ist – frage ich Sie als Landesregierung: Welche Konsequenzen gedenken Sie aus diesem Sachatbestand zu ziehen, insbesondere auch im Hinblick auf Bundesratsinitiativen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Siebel, ich sehe keinen Zusammenhang zwischen Ihrer jetzt gestellten Frage und der Ausgangsfrage. Bei der Ausgangsfrage geht es darum, ob etwas veröffentlicht worden ist – wohingegen Sie jetzt ein neues Thema aufgemacht haben, nämlich das Thema der Finanzierung, die wiederum mittelbar Auswirkungen auf den Schlussbericht haben könnte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Was hindert die Landesregierung, den offenkundig vorhandenen Bericht zumindest in digitalisierter Form auf den Internetpräsentationen der Landesregierung Interessierten zugänglich zu machen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Spies, Ihrer nochmaligen Nachfrage entnehme ich, dass ein besonderes Interesse an der selbstständigen Veröffentlichung in der von Ihnen genannten Form besteht. Ich werde überprüfen, ob das machbar ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 460**, Herr Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

*Wann wird die Landesregierung eine Rechtsverordnung zur Umsetzung von § 15 Hessisches Krankenhausgesetz erlassen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, das Hessische Krankenhausgesetz 2011 weist keine Verordnungsermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nach § 15 Hessisches Krankenhausgesetz 2011 mehr auf. Eine neue Verordnung kann somit nicht erlassen werden. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – ich kann Ihnen die einschlägigen Zitate nennen – gelten aber Rechtsverordnungen auch nach Wegfall ihrer Ermächtigungsgrundlage fort. Damit ist derzeit die Verordnung über die Beteiligung an den Einnahmen aus wahlärztlicher Tätigkeit noch in Kraft.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommen wir zu den Neueingängen: **Frage 461**, Herr Abg. Bauer.

**Alexander Bauer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Erkenntnisse liegen ihr über die Wirksamkeit des an hessischen Schulen angebotenen Anti-Gewalt-Projekts „Prävention im Team“ vor?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Bauer, die zum Anti-Gewalt-Projekt „Prävention im Team“, PiT, durchgeführten Evaluationen zeigen positive Ergebnisse. Dies gilt zum einen für die nach Abschluss der ersten Trainingswelle im Jahr 2005 durch die Phillips-Universität in Marburg unternommene erste Ergebnis- und Prozessevaluation sowie für die zweite Evaluation in sieben der 15 Modellschulen zu Wirkungen des Projekts auf die teilnehmenden Schulen im Mai 2007. Das war nach Abschluss der dritten Trainingswelle im Schuljahr 2006/2007.

Im Rahmen der ersten Evaluation im Jahre 2005 wurde deutlich, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Trainings erlernen, wie sie mit konkreten Konfliktsituationen umgehen. Sie erfahren Strategien zur Vermeidung von Konflikten bzw. zum Ausstieg aus einem Konflikt. Die Prozessevaluation aus der Perspektive der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt die oben beschriebenen Ergebnisse und unterstreicht eine hohe Zufriedenheit mit dem Trainingsprogramm. Aufgrund dieser Ergebnisse

wurde PiT als hessenweites Angebot ab dem 01.09.2007 installiert.

Im Rahmen der zweiten Evaluation wurden mittels strukturierter Interviews Schulleiter und Schulleiterinnen, PiT-Lehrer und -Lehrerinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen, die nicht als PiT-Trainer tätig waren, befragt. Ziel dieser Evaluation war es, herauszufinden, ob das Projekt nach drei Trainingswellen Einfluss auf das Schulleben genommen hat und ob Einflüsse bei nicht direkt am Training beteiligten Schülern und Schülerinnen und Lehrern und Lehrerinnen zu erkennen sind. Die befragten Lehrer und Lehrerinnen bestätigen einen guten Erfolg der Trainingsmaßnahmen im Sinne der angestrebten Ziele. Nicht zuletzt wird die Entwicklung eines institutionsübergreifenden Teamgedankens im Sinne einer verstärkten Kooperation mit Polizei und Jugendamt positiv bewertet.

Veränderungen, die über die Projektklassen und beteiligten Lehrer und Lehrerinnen hinausgehen, werden vor allem hinsichtlich eines verbesserten Schulklimas erkannt. Gleichzeitig formulieren die Teilnehmer und Teilnehmerinnen Aspekte, die die Ausstrahlungswirkung auf die gesamte Schulgemeinde und damit auch auf nicht teilnehmende Personen noch mehr verbessern könnten, z. B. intensivere Information und damit größere Transparenz für die gesamte Schulgemeinde, Schulung von Multiplikatoren im Kollegium, altersgerechte Weiterführung des Trainings in älteren Jahrgangsstufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 462**, Herr Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie gedenkt sie mit der Tatsache umzugehen, dass offenkundig die beiden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die gegen den Länderfinanzausgleich Klage erhoben wollen, die Zahl der Steuerprüfer reduziert haben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, Ihrer Frage entnehme ich, dass Sie nur mit Mühe verhindern konnten, die Hessische Landesregierung dafür zu loben, dass sie die Zahl der Außenprüfer massiv aufgestockt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es steht, glaube ich, einer Landesregierung nicht zu, in die Personal- und Organisationshoheit anderer Bundesländer einzugreifen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ui!)

– Lassen Sie mich doch einfach ausreden. Dann können Sie Ihrer Grundemotionalität noch ausreichend und konzentriert weiteren Lauf lassen.

Ich will auf einen Punkt hinweisen, der in der Diskussion sehr gerne verkürzt wird, nämlich die Frage der Anreizwirkung des Länderfinanzausgleichs auf die Absicht, weitere Steuereinnahmen zu erzielen. Da wird gerne den gro-

ßen Einnehmerländern unterstellt, durch die Struktur des Länderfinanzausgleichs hätten sie keine Motivation, sich um Mehreinnahmen zu bemühen im Verhältnis zu den anderen Bundesländern. Wenn man sich die Fakten betrachtet, ist es genau andersherum. Ein Land wie Bayern hat bei der berühmten 1 Million € mehr an Körperschaftsteuereinnahmen, wenn es sie erwerben würde, mit einer Abschöpfungsquote von etwa knapp 60 % zu leben. 40 % verbleiben dem Land. In Baden-Württemberg verbleiben etwas weniger als 40 % im Land. Bei uns Hessen verbleiben etwas weniger als 35 % im Land, also immer noch eine respektable Anreizquote.

Bei den meisten Nehmerländern geht diese Anreizwirkung bis fast auf null herunter. Das heißt, der Anreiz, sich um Mehreinnahmen zu bemühen, ist gerade aufseiten der Nehmerländer durch die Struktur des Länderfinanzausgleichs teilweise bis auf null reduziert. Insofern ist der gerne konstruierte Zusammenhang mit der Zahl der Finanzbeamten als fehlende Anreizwirkung empirisch nicht haltbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, zunächst Herr Kollege Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister Schäfer, Sie haben gesagt, die Landesregierung wolle sich nicht zum Verhalten anderer Landesregierungen äußern. Darf ich Ihre Äußerung als scharfe Kritik an Ihren Kabinettskollegen werten, die das in Bezug auf das Bundesland Rheinland-Pfalz und den Länderfinanzausgleich getan haben?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Sehen Sie, das ist die Folge Ihrer etwas zu früh gestarteten Emotionalität.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätten Sie nämlich meinen Satz vollständig verstanden, dass ich nicht die Absicht habe, mich mit meinen Äußerungen in die Organisationsstruktur anderer Landessteuerverwaltungen einzumischen, weil das natürlich Verwaltungsinterna sind, zu denen ich mir keine abschließende Meinung erlauben kann, weil ich die Details nicht kenne. Ich möchte mich ganz gerne nur zu solchen Sachverhalten äußern, wo ich die Details abschätzen kann.

Das Ausgabenverhalten manch anderer Bundesländer traue ich mir zu beurteilen zu, und da nehme ich es mir gerne selbst heraus, meine Meinung zu äußern. Aber ich glaube, das ist in der Politik nicht unüblich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister Schäfer, sehen Sie bei der gemeinsamen Klage ein Prozessrisiko mit Blick darauf, dass die beiden genannten Bundesländer im Gegensatz zum Bundesland Hessen, das ausweislich des Artikels der „Süddeutschen Zeitung“ gemeinsam mit Schleswig-Holstein sein Personal um 20 % aufgestockt hat, einen Aspekt, der bezüglich der vollständigen Ausschöpfung dessen, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu zahlen haben, ein Problem sein könnte?

Um es deutlicher zu sagen: Hessen bemüht sich, die Steuereinnahmen zu erzielen, und Baden-Württemberg und Bayern sind offenkundig auf dem Pfad, die Steuereinnahmen zu reduzieren, und klagen gleichzeitig gegen den Länderfinanzausgleich. Denn offenkundig, wenn ich das noch sagen darf –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, ich habe Ihnen zugestanden, dass Sie Ihre Frage erläutern, damit sie jeder versteht. Jetzt halten Sie einen Vortrag. – Der Finanzminister wird es beantworten.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Selbst wenn die von Ihnen aus der Zeitung zitierten Zahlen zutreffend sein sollten, was die isolierte Betrachtung von Außendienstern anbetrifft, vermag ich daraus keinen Kausalschluss darauf zu ziehen, dass die betreffenden Länder sich nicht um Einnahmen bemühten. Gerade die bayerische und die baden-württembergische Steuerverwaltung sind – das kann ich beurteilen – vorbildgebend für andere Bundesländer, was beispielsweise die IT-Ausstattung und -Unterstützung angeht. Sie sind seit vielen Jahrzehnten Vorreiter in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn man also über die Ausschöpfung von Einnahmepotenzialen diskutiert, muss man die Leistungsfähigkeit der gesamten Verwaltung heranziehen. Auf dieser Basis vermag ich kein Prozessrisiko für eine potenzielle Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erkennen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Nachdem wir uns jetzt mit Bayern und Baden-Württemberg beschäftigt haben, frage ich: Wie hat sich die Zahl der Steuerprüfer in Hessen in den letzten Jahren entwickelt, und wie waren die Auswirkungen dieser Entwicklung?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Ich kann Ihnen aus dem Kopf berichten, dass wir in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der „Steuerprüfer“ – also der Außendienstler, von der Steuerfahndung über die Lohnsteueraußenprüfung bis zur Betriebsprüfung – um 16 % bzw. um knapp 240 Vollzeitstellenäquivalente aufgestockt haben. Wir liegen damit im Vergleich der

Bundesländer sehr gut und haben durch die Aufstockung auch sehr gute zusätzliche Einnahmen erzielt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 463**. Herr Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann ist mit der Realisierung einer Ortsumfahrung des Bad Hersfelder Stadtteils Sorga im Zuge der B 62 zu rechnen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Warnecke, Grundlage für die Realisierung aller Ortsumfahrungen ist, dass eine solche Maßnahme im Bedarfsplan der Bundesfernstraßen enthalten ist. Eine Ortsumgehung für Bad Hersfeld-Sorga im Zuge der B 62 ist im derzeit gültigen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen nicht enthalten. Damit fehlt für das Land Hessen die Grundlage, im Rahmen der Auftragsverwaltung für den Bund mit einer entsprechenden Planung zu beginnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 464**. Herr Abg. Gremmels.

**Timon Gremmels (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann hat sie – in ihrer Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger – die Betankung des Benziner-Fuhrparks der hessischen Landesbehörden mit E 10 angeordnet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Die Hessische Landesregierung beantwortet die Anfrage des Abg. Gremmels wie folgt. Sie hält Regelungen nur für den Fall des Vorliegens von Regelungsbedarf für sinnvoll. Die Landesregierung geht davon aus, dass die hessischen Landesbediensteten, die für die Betankung von Dienstkraftfahrzeugen zuständig sind, kostenbewusst und umweltorientiert handeln. Eine generelle Anordnung ist daher nicht erfolgt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

**Timon Gremmels (SPD):**

Wie steht die Landesregierung grundsätzlich zu E 10?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Die Einführung von E 10 ist durch die Europäische Union angeordnet worden. Diese Anordnung wurde auch in der Bundesrepublik umgesetzt. Die Zuführung eines zusätzlichen Anteils an Biokraftstoff zu dem üblichen fossilen Kraftstoff wird von unserer Seite grundsätzlich begrüßt. Die Informationspolitik, die im Zusammenhang mit der Einführung von E 10 betrieben worden ist – auch von den Mineralölkonzernen –, hätte aber besser sein können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, ich korrigiere ungern, aber die EU hat das nicht angeordnet, sondern es stand im Belieben der Mitgliedstaaten, wie sie bestimmte Dinge umsetzen. Deswegen frage ich nach Ihren Erfahrungen. Würde die Landesregierung die auch mit Ihrer Zustimmung getroffene Entscheidung zur Umkehr – Stichwort: hin zur Beimischung, weg von reinem Biokraftstoff – aus heutiger Sicht noch einmal treffen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Abgeordneter, diese Frage stellt sich für uns in dem Zusammenhang derzeit nicht. Wir werden zu gegebener Zeit entsprechend entscheiden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Gremmels.

**Timon Gremmels (SPD):**

Geben Sie den Behörden Empfehlungen oder Hinweise, wie sie mit E 10 zu verfahren haben, oder gibt es überhaupt keine Empfehlungen? Wie sehen Sie das vor dem Hintergrund Ihrer Vorbildfunktion?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Abg. Gremmels, eine entsprechende Anordnung ist nur aus der Eichverwaltung bekannt.

Im Übrigen sind die meisten Automobile, die in dem Zuständigkeitsbereich der Landesregierung eingesetzt werden, Dieselfahrzeuge – bei der hessischen Polizei zwischen 80 und 85 % aller Fahrzeuge. Eine Betankung dieser Fahrzeuge mit E 10 ist nicht möglich. Dort, wo eine Betankung mit E 10 möglich ist – das habe ich auf Ihre Frage

schon ausgeführt –, geht die Landesregierung von einem kostenbewussten und umweltorientierten Verhalten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 465**, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*In wie vielen Fällen wurde seit Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung ein Förderausschuss nach § 54 Abs. 5 Hessisches Schulgesetz eingerichtet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Merz, eine präzise Beantwortung dieser Frage ist nicht möglich, da die für die Beantwortung dieser Fragestellung nötige umfangreiche Einzelerhebung an den Schulen binnen des Beantwortungszeitraums nicht möglich war.

Im Schuljahr 2010/2011 wurden hessenweit 213 Anträge auf gemeinsamen Unterricht abgelehnt. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Fällen in der Regel ein Förderausschuss eingerichtet wurde.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Wagner.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass die Zahl der abgelehnten Anträge auf GU weiter gestiegen ist, und wie finden Sie das mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Wagner, wir haben im Schuljahr 2009/2010 50 zusätzliche Stellen in den gemeinsamen Unterricht gegeben. Die Entwicklung der Zahl der Ablehnungen in den letzten Jahren müsste ich Ihnen schriftlich nachreichen. Ich glaube aber, das habe ich Ihnen im Rahmen der Antwort auf einen Berichtsantrag schon einmal dargestellt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist gestiegen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Frage ist beantwortet.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sie ist nicht beantwortet!)

– Entschuldigen Sie, formal ist sie beantwortet; es sei denn, die Frau Ministerin möchte dazu noch etwas sagen.

Herr Merz, bitte.

**Gerhard Merz (SPD):**

Frau Ministerin, wenn es so ist, wie Sie in der Antwort auf die erste Frage gesagt haben: Meinen Sie nicht, dass eine genauere Evaluation der Tätigkeit der Förderausschüsse vor dem Hintergrund der beabsichtigten Neuregelung der Zusammensetzung und insbesondere vor dem Hintergrund der wünschenswerten zusätzlichen Inklusion von behinderten Schülerinnen und Schülern bzw. von Kindern mit besonderem Förderbedarf wünschenswert wäre?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Abg. Merz, die Förderausschüsse werden nach der Änderung des Hessischen Schulgesetzes anders zusammengesetzt, und sie werden auch eine andere Aufgabe bekommen. Von daher gesehen, sehe ich keinen Grund, im Nachhinein genau zu eruieren, was die Förderausschüsse bisher getan haben und welche Erfolge sie hatten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Cárdenas.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Welche Möglichkeiten haben die Förderausschüsse, den Kindern die nach der UN-Konvention zugesicherten angemessenen Vorkehrungen tatsächlich zu gewähren, wenn GU abgelehnt worden ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Die Ablehnung erfolgt auch nach dem jetzt geltenden Schulgesetz durch das Staatliche Schulamt letztendlich dann, wenn die sächlichen, räumlichen und personellen Gegebenheiten nicht gegeben sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 466**, Herr Abg. Tipi.

**Ismail Tipi (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Anstrengungen gibt es in Hessen, junge Menschen für den Beruf des Altenpflegers zu begeistern?*

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ganz viele! – Weitere Zurufe von der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, die Kollegen von der Opposition haben, indem sie: „Ganz viele!“ zugerufen haben, gezeigt, dass sie die Anstrengungen der Landesregierung wahrgenommen haben.

In der Tat unternimmt die Hessische Landesregierung viele Anstrengungen: beispielsweise die Finanzierung der berufsschulischen Anteile der Ausbildung zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger in der Grundversorgung und die Sicherstellung von Schulplätzen. Aufgrund der Regelungen in § 23 des Hessischen Altenpflegegesetzes werden Auszubildende in den Altenpflegeberufen von der Zahlung der Ausbildungsgebühren freigestellt, soweit die Ausbildungskosten nicht von anderer Stelle getragen werden. Mit dieser Regelung ist sichergestellt, dass eine Gleichbehandlung der jungen Auszubildenden mit denjenigen erfolgt, die sich in anderen beruflichen Ausbildungen – z. B. nach dem Berufsbildungsgesetz – befinden.

Mit dieser Gleichstellung soll auch im Wettbewerb der Ausbildungsberufe insgesamt die Attraktivität der Altenpflegeausbildung gefördert werden. In den letzten Jahren hat die Hessische Landesregierung die Mittel für die Erstattung der Schulgelder kontinuierlich erhöht. Im laufenden Haushaltsjahr sind für die Erstattung der Schulgelder knapp 15 Millionen € eingeplant. Zum Stichtag 01.10.2010 wurde der bisher höchste Stand der Ausbildungszahlen seit Einführung der Kostenregelung im Jahr 1997 erreicht. Das Land Hessen finanziert demnach 3.498 Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz. Bei weiteren 727 werden die Schulkosten von der Arbeitsverwaltung getragen.

Darüber hinaus unterstützt die Hessische Landesregierung durch die Übernahme von Schirmherrschaften und die Teilnahme an Veranstaltungen die Werbung für die Berufe in der Pflege. Zudem ist geplant, den Auftritt der Gesundheitsberufe im Rahmen des hessischen Sozialnetzes moderner und umfassender zu gestalten und um die Altenpflegeberufe zu erweitern. So sollen – an die bereits 2003 entwickelte Hessische Pflegeoffensive anknüpfend – die Informationsmöglichkeiten über Gesundheitsfachberufe transparenter und ansprechender werden.

Darüber hinaus ist die Hessische Landesregierung in intensiven Gesprächen mit der Bundesregierung und den dort zuständigen Ministerien, inwiefern auch die Möglichkeit der Teilnahme zur Attraktivitätssteigerung und zur Finanzierung von Altenpflegeberufen von Berlin sichergestellt werden kann. Hier sind insbesondere die Angleichung der Ausbildungsgänge an die anderer Gesundheitsberufe und die Entlastung von Bürokratie, um damit Pflegekräfte länger im Beruf zu halten, Gegenstand der Verhandlungen.

Dabei haben wir es mit einer Situation zu tun, der wir uns in Zukunft intensiver stellen müssen, insbesondere in den Ballungsräumen. Wir haben es nämlich verstärkt mit pflegebedürftigen Personen mit Migrationshintergrund zu tun. Hier ist es notwendig, dass sich Menschen aus diesen Kulturkreisen für diese berufliche Ausbildung entscheiden und dass wir ihnen ein entsprechendes Angebot machen. Dementsprechend ist es mein Ziel – das wird verschiedentlich schon angegangen –, nicht nur in Abschlussklassen für die Altenpflegeberufe zu werben, sondern ver-

stärkt auch Migrantinnen und Migranten für diese Ausbildung zu interessieren. Zu diesem Zweck sind intensive Kontakte zu ausländischen Medien geknüpft worden, um dort entsprechende Werbemaßnahmen durchführen zu können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 467** auf. Frau Abg. Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Ziele verfolgt sie mit dem Energiesparwettbewerb „Energie Cup Hessen“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Finanzen.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abg. Ravensburg, bei dem Wettbewerb „Energie Cup Hessen“ treten die Mitarbeiter von ca. 40 Landesliegenschaften zwischen dem 1. Mai 2010 und dem 1. April dieses Jahres – also eine komplette Sommer- und eine komplette Winterheizperiode – mit dem Ziel gegeneinander an, in den jeweiligen Liegenschaften ein möglichst hohes Maß an Einsparungen beim Energieverbrauch zu erreichen. Wir wissen nämlich, dass gerade in solch großen Behörden allein durch Veränderungen beim Nutzerverhalten bis zu 15 % an Energie eingespart werden können. Einerseits soll durch diesen Wettbewerb ein Anreiz geschaffen werden, andererseits soll aufgrund der Ergebnisse ein Lernnetzwerk etabliert werden, sodass auch für andere Behörden die Chance besteht, das Nutzerverhalten aufgrund der Erfahrungen, die dort gesammelt werden, zu verbessern.

Ich glaube, wir sind da auf einem sehr guten Weg. Ich habe selbst verschiedene Behörden besucht, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen. Es gibt dort viele hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die versuchen, ihre Kolleginnen und Kollegen mitzuziehen, um diese 15 % Energieeinsparung – in der einen oder anderen Liegenschaft vielleicht sogar ein bisschen mehr – zu realisieren. Nach dem Ende des Wettbewerbs werden wir sehen, wie die Ergebnisse ausgefallen sind. Ich bin sehr optimistisch.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 468** auf. Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist die Aussage der CDU Gießen, dass es „nur durch unsere“ – nämlich der CDU Gießen – „gute Zusammenarbeit mit dem Land und den Hochschulen“ (Flugblatt CDU Gießen, März 2011) gelungen sei, dass „fast 1 Milliarde € in den Hochschulstandort Gießen investiert wurde“, zutreffend?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Investitionen am Hochschulstandort Gießen sind beachtlich – ich glaube, das ist unstrittig – und belegen den Stellenwert, den die Landesregierung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik beimisst.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das ist nicht gefragt worden!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Frau Staatsministerin, sind Sie bereit, zuzugestehen, dass dies keine Antwort auf meine Frage war?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sag einfach Nein!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, selbstverständlich müssen sich auch die kommunalen Vertreter darum kümmern, wie die Entscheidungen der Landesregierung gefällt werden. Insofern habe ich dem nichts hinzuzufügen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Sagen Sie mal! Das wird wie bei der EBS, wenn Sie so weitermachen! – Gegenruf von der SPD: Noch schlimmer!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Staatsministerin, ist es deshalb richtig, festzustellen, dass ohne die guten Beziehungen der CDU Gießen zu Ihnen und zu Ihrem Hause die Förderung der Universität Gießen durch die Landesregierung und das Land deutlich geringer ausgefallen wäre?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Die Universität Gießen bedarf der Förderung, und es ist gut, wenn sich alle vor Ort dafür einsetzen, dass diese Mittel nach Gießen an die Universität fließen. Man kann

sagen, in diesem Sinne ist die Universität in Gießen gut ausgestattet.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie die Phrasendreschmaschine, oder was?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Frau Staatsministerin, finden Sie es angemessen, dass eine politische Partei den Eindruck erweckt, dass die Landesregierung nur, weil sie dort das Sagen hat, Investitionen in die Hochschule vornimmt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abgeordneter, ich nehme zur Kenntnis, dass in Gießen die Investitionen in die Universität über alle Parteigrenzen hinweg begrüßt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 469** auf. Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie weit ist die Erarbeitung der Zielvereinbarungen zwischen den staatlichen Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium für den Zeitraum 2011 bis 2015 gediehen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Erarbeitung der Zielvereinbarungen zwischen den staatlichen Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium befindet sich im Zeitplan. Es sind schon viele Vorbereitungen erfolgt. Wir rechnen damit, dass die Zielvereinbarungen vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es wurde beispielsweise in Aussicht gestellt, dass die Zukunftskonzepte, die einige Hochschulen bereits im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative eingereicht ha-

ben, als Entwicklungsplanung gelten und dass die Zielvereinbarungen mit diesen Hochschulen daher schneller abgeschlossen werden. Ist von diesem Plan jetzt abgesehen worden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, in den Gesprächen mit den Vertretern der Hochschulen, die auf den Hochschulleitertagungen stattgefunden haben, ist abgesprochen worden, dass es mit allen Hochschulen ein gemeinsames Verfahren gibt. Alle Hochschulen haben inzwischen aktualisierte Entwicklungspläne vorgelegt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die heutige Fragestunde.

(Die Fragen 470, 472 bis 477 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Frage 471 soll auf Wunsch des Fragestellers in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich darf zunächst noch auf der Tribüne unsere frühere Kollegin Frau Apel begrüßen. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Und ich begrüße unseren früheren Kollegen Dr. Lübcke. Herr Regierungspräsident, auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Saubere, sichere, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte zukünftige Energieversorgung in Hessen“**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 45 Minuten pro Fraktion. Mit diesem Tagesordnungspunkt werden folgende **Tagesordnungspunkte** aufgerufen: **16, 24, 32, 35, 44, 46, 47, 48, 49, 64, 69 und 73.**

Zur Abgabe der Regierungserklärung erteile ich dem Hessischen Ministerpräsidenten Bouffier das Wort. Bitte schön.

**Volker Bouffier, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der irische Literaturnobelpreisträger George Bernard Shaw soll gesagt haben – ich zitiere wörtlich –:

Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider. Er nimmt jedes Mal neu Maß, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Maßstäbe anlegen in der Meinung, sie passten auch heute noch.

Meine Damen und Herren, ich habe dieses Zitat bewusst ausgewählt, weil es sich auf das Thema, das Anlass meiner heutigen Regierungserklärung ist, aus meiner Sicht sehr gut anwenden lässt.

Die Maßstäbe, die wir an die Energiepolitik in unserem Land anzulegen haben, haben sich durch die Vorkommnisse in Japan verändert. Wir, die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Parteien und Fraktionen, nehmen diese Maßstabsveränderung zum Anlass, neue Wege in der Energiepolitik zu gehen. Darin bestärkt uns – ich denke, das gilt für das ganze Haus – auch die große Mehrheit der Bevölkerung.

Zugleich erwarten wir aber auch, dass auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, bereit sind, noch einmal Maß zu nehmen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

indem Sie bereit sind, Ihre eigene Programmatik in der Energiepolitik zu hinterfragen und an einem Grundkonsens mitzuarbeiten, der eine breite gesellschaftliche Akzeptanz ermöglicht. Dieser Grundkonsens kann nicht die Einigkeit über das „Dagegen“ sein. Dagegen zu sein ist zu wenig und noch keine verantwortliche Politik. Vielmehr muss der Anspruch an einen Grundkonsens die Einigkeit über ein konkretes „Dafür“ der denkbaren Alternativen sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese neuen Maßstäbe sind es, die mich veranlasst haben, am vergangenen Dienstag die Fraktionsvorsitzenden der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbänden, der Kommunalen Spitzenverbände und der Energiewirtschaft in die Hessische Staatskanzlei zum ersten Hessischen Energiegipfel einzuladen.

Die von mir damit verbundene Botschaft dieses ersten Hessischen Energiegipfels ist klar: Wir brauchen eine rationale Diskussion, realistische Ziele und gesellschaftliche Akzeptanz, um eine Energiewende zu vollziehen und gleichzeitig unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand auch für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist unser Ausgangspunkt: Wir wollen eine zukünftige Energiegewinnung sicher, umweltschonend und bezahlbar gestalten. Das ist unsere Aufgabe, und die Menschen erwarten auch von uns, dass wir versuchen, dies zu leisten. Dieser Energiegipfel soll den Weg dazu ebnen, dass wir dies möglichst im Konsens miteinander tun. Deshalb sollte unsere Anstrengung darauf gerichtet sein, das, was uns trennt, möglichst zu überwinden, um Akzeptanz bei den Menschen zu finden. Es geht nicht um Rechthaben oder Recht behalten. Das heißt nicht, dass wir nicht hart in der Sache ringen und vielleicht auch ringen müssen – ganz und gar nicht. Aber wir werben für einen Dialog in der Sache und nicht um einen Monolog der Ideologien. Das müssen wir hinter uns bringen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb begrüße ich sehr, dass alle Eingeladenen nicht nur der Einladung gefolgt sind, sondern auch ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt haben, in dem begonnenen Prozess weiter konstruktiv mitzuarbeiten. Ich begrüße das sehr und bedanke mich dafür. Mit dieser Bereitschaft zum gemeinsamen Arbeiten an der künftigen Energiepolitik haben wir in Hessen einen neuen Weg eingeschlagen. So etwas hat es in Hessen bisher noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, nach der ersten Sitzung des Gremiums will ich heute den Hessischen Landtag über das Vorhaben und das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Energiegipfel unterrichten. Die einvernehmlich beschlossenen vier Arbeitsgruppen sollen ausloten, auf welche gemeinsame Faktengrundlage sich alle Beteiligten verständigen können – schon das ist gelegentlich sehr anspruchsvoll – und welche Handlungsalternativen sich daraus für die hessische Energiepolitik ergeben.

Am Ende wird es eine Entscheidung der Politik sein, wie mit diesen Daten und Optionen umzugehen ist – eine Entscheidung, von der ich hoffe, dass wir sie im parteiübergreifenden Konsens werden treffen können. Deshalb ist auch der Hessische Landtag der richtige Ort, um heute darüber zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, mein Ziel und das der von mir geführten Landesregierung ist es, in gemeinsamer Verantwortung eine sichere, umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung dauerhaft für unser Land zu gewährleisten. Es geht darum, den bereits beschlossenen Atomausstieg in vertretbarer Zeit umzusetzen – und zwar so, dass wir den Wohlstand unseres Landes, die Arbeitsplätze unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unseren wirtschaftlichen Spitzenplatz in Europa erhalten.

Das wird nur gelingen, wenn wir die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen und auf breite Akzeptanz aufbauen können. Nicht zuletzt geht es auch darum, diesen Wandel so zu gestalten, dass wir die sozialen Auswirkungen nicht aus dem Blick verlieren. Ich bin deshalb mit dem hessischen DGB-Vorsitzenden, Herrn Körzell, völlig einig, wenn er fordert: Die hessischen Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht durch unverhältnismäßig steigende Energiekosten belastet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die durch das Erdbeben und den verheerenden Tsunami vom 11. März ausgelöste Naturkatastrophe in Japan macht uns alle fassungslos, und wir haben zu Recht vorhin der Opfer gedacht. Das anschließende Reaktorunglück im Kernkraftwerk Fukushima hat offenbart, dass die dortigen Sicherheitsvorkehrungen für ein solches Ereignis jedenfalls unzureichend waren. Hierzulande hat dieses japanische Reaktorunglück, ungeachtet höchster hiesiger Sicherheitsniveaus, sowohl in der Politik wie auch in der Bevölkerung die Debatte um die Sicherheitsstandards in deutschen Kernkraftwerken neu entfacht und erneut die Diskussion darüber angestoßen, wie lange wir die Kernenergie in Deutschland noch nutzen wollen bzw. sollen.

Auch – das will ich bewusst erwähnen – wenn in diesen Tagen vielleicht der eine oder andere ungern darauf angesprochen werden möchte, möchte ich zwei Fakten in Erinnerung rufen:

Erstens. Sowohl Sozialdemokraten und GRÜNE als auch Union und FDP waren von der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke bis zum Ereignis in Japan überzeugt.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja!)

Wer dies leugnet, würde dem ehemaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel von der SPD und seinem Amtsvorgänger von den GRÜNEN, Jürgen Trittin, strafbares Handeln unterstellen, was ich bewusst nicht tue. Denn wären sie gegenteiliger Ansicht gewesen, hätten sie durch Weisung unverzüglich Kernkraftwerke abschalten lassen müssen. Das ist nicht geschehen.

(Beifall bei der CDU und der FPD – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So was Albernes! – Gegenruf von der CDU: Stimmt doch!)

Es gehört zur Redlichkeit, dass wir uns genau daran erinnern, welche Ausgangslage wir haben. Dazu gehört auch, dass wir im Gegensatz zu allen anderen Ländern in Europa außer Österreich – soweit ich das übersehe –, die man mit uns vergleichen kann, seit Jahren einen parteiübergreifenden Konsens haben, aus der Atomkraft auszuweichen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie selbst ein bisschen lachen!)

– Herr Kollege Wagner, das ist alles belegbar. Sie wissen, dass das so ist. Lassen Sie mich deshalb vortragen.

Die politische Debatte wurde in Deutschland seit Jahren über die Frage geführt, wie lange man diese Brückentechnologie noch nutzen soll. Das ist der Kern des Streits der letzten Jahre gewesen. Das wird ernsthaft niemand bestreiten.

Meine Damen und Herren der Opposition, nach dem von Ihnen beschlossenen Atomausstieg vor knapp zehn Jahren würde es heute noch zehn Jahre Nutzungszeit geben. Auch das ist unbestreitbar.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren wir Ihnen zu langsam?)

In diesem Zusammenhang will ich ausdrücklich einräumen, dass es uns, den Mitgliedern der Union und der FDP, nicht gelungen ist, in der Öffentlichkeit überzeugend darzulegen, warum wir als einen Bestandteil des von der Bundesregierung entwickelten Energiekonzepts die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke beschlossen hatten. Das ist uns nicht hinreichend gelungen. Ich will hier aber hinzufügen, dass die Mitglieder beider Parteien das vor der Bundestagswahl ausdrücklich angekündigt hatten. Beide Parteien haben dafür bei der Bundestagswahl eine überzeugende Mehrheit erhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür nicht, Sie haben sie trotzdem erhalten!)

Trotzdem sage ich Ihnen eines: Für alle war doch das mittel- und langfristige Ziel, eine verlässliche, umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen, die auf andere Energieformen als die der Nutzung der Kernenergie setzt. Die Verlängerung der Brücke, also die berühmte Laufzeitverlängerung, sollte den Sinn haben, die dafür erforderliche Zeit zu gewinnen. Ganz nebenbei sollten auch die finanziellen Ressourcen dafür gewonnen werden.

Am deutlichsten wird dies – mir ist es wichtig, dass wir das heute einmal festhalten –, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass aus den Gewinnen der weiter betriebenen Kraftwerke Zahlungen in Milliarden-Euro-Höhe in den Aufbau eines Ökofonds gehen sollen. Gerade diese Investitionen sind erforderlich, wenn wir möglichst rasch den mit erheblichen finanziellen Anstrengungen verbundenen Umstieg auf die Nutzung alternativer Energiegewinnung finanzieren wollen. Das war der Gedanke dabei. Das war der Grund.

Ich habe ausdrücklich eingeräumt: Es ist uns nicht hinreichend gelungen, das klarzumachen. – Trotzdem waren diese Gedanken meiner Ansicht nach richtig.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Im Hinblick auf die inzwischen veränderten Umstände sage ich aber genauso: Wir werden zu einer Veränderung der gesetzlichen Regelungen kommen müssen. Die Landesregierung wird sich da entsprechend engagieren. Das ist eine Angelegenheit des Bundes. Inwieweit wir von der Zuständigkeit her gefragt sein werden, wird man sehen. Aber darüber brauchen wir nicht zu streiten.

Durch Fukushima hat sich die Wahrnehmung der Menschen für das sogenannte Restrisiko der Nutzung der Kernenergie verändert. Die Hessische Landesregierung nimmt die Sorgen der Menschen in unserem Land sehr ernst. Als Ministerpräsident habe ich deshalb dem Vorschlag der Bundeskanzlerin zugestimmt, die Laufzeitverlängerung mit einem dreimonatigen Moratorium auszusetzen und die bis einschließlich 1980 in Betrieb genommenen deutschen Kernkraftwerke – darunter befinden sich auch die beiden Kraftwerksblöcke Biblis A und B – während dieser Zeit vom Netz zu nehmen.

Die Reaktorsicherheitskommission wird nun auf der Basis eines Kriterienkatalogs die Sicherheitsüberprüfungen vornehmen und im Anschluss daran der Bundesregierung Handlungsvorschläge unterbreiten. Wenn man diese Überprüfung ernst nimmt – das tut die Landesregierung –, dann darf man den Ergebnissen der Überprüfung nicht vorgreifen. Sonst machen das Moratorium und die Überprüfung keinen Sinn.

Das gilt auch für das Kernkraftwerk in Biblis. Eine verantwortungsbewusste Landesregierung kann schon mit Blick auf die bestehende Rechtslage und eventuelle erhebliche Schadenersatzforderungen gar nicht anders als so handeln, wie ich es für die Landesregierung immer wieder vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dennoch wird der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland nach dem Unglück in Japan schneller als geplant kommen. Das ist unser gemeinsamer Wille; und es ist, so denke ich, auch der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Das verlangt uns aber eine Menge ab. Darauf kommt es an. Denn über eines besteht auch kein Zweifel: Wir haben einen breiten gesellschaftlichen Konsens, wenn es um einen schnelleren Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie geht. Den haben wir aber gerade nicht, wenn es um konkrete Fragen hinsichtlich der Alternativen geht.

(Florian Rentsch (FDP): Sehr richtig!)

Das gilt zumindest dann, wenn man das Ganze ernsthaft und nicht nur oberflächlich diskutiert. Das zeigen uns doch auch die vielen kritischen bis ablehnenden Haltungen vor Ort. Da ist es ziemlich egal, ob es um den Ausbau unserer Energienetze oder die Installation neuer Windkraftanlagen geht. Ich befürchte, dass wir diese ablehnende Haltung vor Ort nicht über Nacht werden ändern können.

Damit steht auch die hessische Energiepolitik vor der großen Herausforderung – das ist mir besonders wichtig –, einen tragfähigen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, wie eigentlich die künftige Energieversorgung ohne Nutzung der Kernenergie konkret aussehen soll und wie das erreicht werden soll. Deshalb sage ich ganz klar: Einfach nur zu fordern, die Kernkraftwerke in Deutschland abzu-

schalten, greift zu kurz und löst schlichtweg keines unserer Probleme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Zuruf von der SPD: Das hat auch nie einer gesagt! Das hat nie einer behauptet!)

Ich möchte Ihnen deshalb etwas vortragen, was mich sehr beschäftigt: In Deutschland die Atomkraftwerke abzuschalten, um anschließend den Atomstrom aus dem Ausland nach Deutschland zu importieren, halten nach einer Umfrage – wie ich finde, zu Recht – 70 % unserer Bürgerinnen und Bürger für Unsinn. Genau das geschieht aber zurzeit. Seit Beginn des Moratoriums werden täglich rund 3.000 MWh Strom aus Frankreich und 2.000 MWh Strom aus Tschechien nach Deutschland importiert. Das wird wohl niemand ernsthaft bestreiten. Zu einem ganz überwiegenden Teil handelt es sich dabei um Atomstrom.

Dieser Umstand beschäftigt viele Menschen. Ich habe mich während meiner Onlinesprechstunde letzte Woche ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen dürfen. Ich finde, wir dürfen diesen Widerspruch nicht verschweigen, und wir dürfen ihn schon gar nicht ignorieren. Das dürfen wir schon gar nicht hinsichtlich der moralischen Aspekte. Ob wir diesen Widerspruch aushalten werden, ist die Frage.

Wir werden noch ganz andere Widersprüche aushalten müssen. Es besteht offenkundig die Übereinstimmung, dass das berühmte Restrisiko der Atomkraftnutzung jedenfalls längerfristig von uns als nicht mehr vertretbar angesehen wird. Das ist gut so.

Wie erklären wir dann aber, bitte schön, unserer Bevölkerung, dass wir nach den Vorfällen in Japan das Sicherheitsrisiko im Ergebnis für zu hoch halten, dass aber nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, in den Schwellenländern Brasilien, China und Indien, sondern auch in unseren europäischen Nachbarländern ein ganz anderer Weg beschritten wird? Wenn wir das bedenken, kommen wir zu dem Ergebnis, dass es bei einer nuklearen Katastrophe eben nicht so sein muss, dass wie in dem Fall in Japan 9.000 km zwischen uns und dem Kraftwerk liegen, sondern dass das auch unmittelbar vor unserer Haustüre geschehen kann. Dieser Widerspruch ist nicht gelöst.

Ich empfehle uns Deutschen auch nicht, unsere Nachbarn oberlehrerhaft zu belehren. Polen z. B. erzeugt 90 % seiner Energie mit Kohlekraftwerken. Sie haben beschlossenen, die Kohlekraftwerke durch Kernkraftwerke zu ersetzen. Sie begründen das damit, dass sie sagen, nur so sei das Klimaschutzziel zu erreichen bzw. die Klimakatastrophe zu vermeiden. Diese Auffassung wird übrigens in ganz vielen Ländern in Europa, aber nicht nur in Europa, geteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sie wird im Übrigen auch von sehr berühmten und engagierten Atomkraftgegner geteilt, wie z. B. – das konnten wir in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ lesen – dem Mitbegründer der Antiatomkraftbewegung in den USA, Stewart Brand. Es handelt sich um eine international sehr beachtete Persönlichkeit. Er fordert inzwischen die weitere Nutzung der Kernkraft mit der Begründung, nur so sei die Klimakatastrophe zu verhindern.

Wir haben uns anders entschieden. Aber es wäre unredlich, bei der Behandlung der Frage, wie wir die dafür notwendige Akzeptanz finden, daran vorbeizugehen, dass wir mit diesen Widersprüchen umgehen müssen. Ich bin mir sicher, dass wir, wenn die Bilder aus Japan verblassen und

wir die praktischen Aufgaben erfüllen müssen, uns mit diesen Widersprüchen erst recht werden beschäftigen müssen. Deshalb ist es richtig, dass ich das heute hier anspreche.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Matthias Kurth, der Präsident der Bundesnetzagentur und hier im Hause vielen bekannt, lange Jahre SPD-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, hat es, wie ich finde, auf den Punkt gebracht, wenn er erklärt:

Wir können nicht alles abschalten und nichts anschalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Dann bin ich dankbar. Beifall des ganzen Hauses ist mir nicht so häufig vergönnt.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ehre, wem Ehre gebührt!)

– Das liegt ausschließlich daran, dass ich gerade dahin geschaut habe. Ich habe es da unterstellt.

(Lachen und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte bei einem so ernsten Thema einmal fest: Wir sind uns an der Stelle offenkundig alle einig. Deshalb sage ich: Wir werden die Zukunft nicht gewinnen, wenn wir zwar grundsätzlich für alles, aber konkret immer gerade gegen alles sind. Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn wir nur sagen, was wir nicht wollen. Wir müssen belastbar und nachvollziehbar den Menschen die realistischen Alternativen aufzeigen – mit Besonnenheit, mit Augenmaß und mit Vernunft.

Ich zitiere auch gern den Generalsekretär der Freien Demokraten, der erklärt hat:

Wir wollen die Kernkraftwerke, aber nicht den Verstand abschalten.

Das ist richtig. Deshalb: Wenn es uns nicht gelingt, besonnen, mit Augenmaß und realistisch die Dinge zu regeln, dann werden uns die Menschen nicht folgen, und dann werden wir die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gewinnen.

Das hat für ein Land wie Hessen ganz besondere Bedeutung. Hessen ist ein Industriestandort und ein Verkehrsknotenpunkt von herausragender Bedeutung. Die hessische Wirtschaftskraft liegt über der von Portugal oder Finnland. Unser Einkommen pro Kopf ist höher als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben als Hessen einen absoluten Spitzenplatz, was unseren Wohlstand und unser Einkommen angeht. Ich denke, es ist gemeinsame Überzeugung, dass wir das erhalten wollen.

Wenn wir dieses Wohlstandsniveau halten wollen, dann müssen z. B. die Unternehmen, die hier in Hessen Arbeitsplätze geschaffen haben, darauf vertrauen können, dass Energie weiterhin jederzeit bezahlbar zur Verfügung steht. Denn was hilft es uns eigentlich, wenn wir lesen – da ist sicher ein Potenzial, wie groß es auch immer sein mag –, dass durch die Entwicklung regenerativer Energien neue Arbeitsplätze entstehen, wenn gleichzeitig die Gefahr besteht, dass viele Tausend, vielleicht sogar mehr Arbeitsplätze dadurch verloren gehen, dass die Produktion hier zu teuer wird oder sich nicht mehr lohnt?

Wir müssen deshalb darauf achten, dass Betriebe hier nicht abwandern oder hier nicht mehr investiert wird. Deshalb ist es für unseren Wohlstand und für unsere Arbeitsplätze auch und gerade in diesem Sinne wichtig, dass der Strom, die Energie bezahlbar bleibt. Ein starkes Industrieland wie Hessen muss doch auch in Zukunft daran interessiert sein, dass in Rüsselsheim bei Opel, in Baunatal bei VW die Autos gebaut werden, und wir wollen auch zukünftig unsere Internetkapazitäten ausweiten. Unter Energiegesichtspunkten ist dies eine mehr als große Herausforderung. Der stärkste Internetknoten Europas ist in Frankfurt. Er braucht so viel Energie wie eine Stadt von 80.000 Einwohnern.

Wir stehen deshalb vor einer doppelten Herausforderung: zum einen, den Strom, die Energie bezahlbar zu halten im Sinne von Wettbewerbsfähigkeit. Zum anderen müssen wir auch die Aufgabe lösen, dass alternative Energien – jedenfalls zurzeit – den Energiebedarf von sehr energieintensiv produzierenden Unternehmen nicht garantieren können. Wenn es darum geht, zu jeder Zeit und bei jedem Wetter genügend Energieversorgung zu haben, dann reden wir von der sogenannten Grundlastversorgung. Diese Grundlastversorgung wird heute durch die Kraftwerke sichergestellt. Das ist deshalb so, weil die Fließbänder bei Opel – und nicht nur dort – auch dann laufen müssen, wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht.

(Manfred Görig (SPD): Mann, Mann!)

Weil wir zurzeit weder genügend Leitungen noch eine Speichertechnik haben, womit wir das leisten können, ist die Landesregierung und bin ich persönlich sehr davon überzeugt, dass wir für eine ganze Zeit lang noch, als Übergangstechnologie mindestens, konventionelle Kraftwerke für die Energiegewinnung brauchen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn ich es recht verstanden habe, sieht das auch der Bundesvorsitzende der Sozialdemokraten, Sigmar Gabriel, so, wenn er sich in der „FAZ-Sonntagszeitung“ dafür einsetzt, dass wir auch zukünftig die weitere Nutzung und den Ausbau von Kohlekraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung brauchen. Ich halte dies für richtig.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Beifall bei den Sozialdemokraten!)

Bei uns in Hessen wird diese Frage ganz praktisch, wenn es um die Weiterentwicklung von Staudinger geht – ein Kohlekraftwerk, bei dem es um eine Investition von 1,9 Milliarden € geht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat keine Kraft-Wärme-Kopplung!)

– Meine Damen und Herren, die Unruhe löst kein Problem. Wir müssen Antworten geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Bei Ihnen aber auch nicht, Herr Ministerpräsident!)

Deshalb stelle ich an dieser Stelle Übereinstimmung zumindest mit Herrn Gabriel fest. Es schadet ja nichts, wenn wir parteiübergreifend, zumindest partiell, Übereinstimmung haben.

Wir dürfen aber – darauf will ich ebenfalls hinweisen – bei allen anstehenden Entscheidungen auch die sozialen Belange unserer Bürgerinnen und Bürger nicht aus den Au-

gen verlieren. Sie zahlen bereits heute hohe Energiepreise – wenn ich an Benzin oder Gas denke. Wir dürfen auch nicht nur die Hauseigentümer im Blick haben, die durch das Energieeinspeisegesetz in Solaranlagen auf dem Dach investieren können.

Deshalb will ich auch hierzu eine Bemerkung machen. Die Solartechnik hat zurzeit einen Anteil von 10 % an den erneuerbaren Energien, verursacht aber rund die Hälfte aller Kosten. Sie rechnet sich auch nur dadurch, dass es eine Einspeisevergütung gibt, die zwar von allen Bürgern bezahlt werden muss, die aber nur Grundstückseigentümern zugutekommt. Das müsste doch diejenigen, die als Leuchtpfeiler ihrer Politik die Gerechtigkeit ausgeben, zum Nachdenken bringen. Gerecht ist dies jedenfalls nicht.

Meine Damen und Herren, wir müssen insbesondere die Familien, die Geringverdiener, die Mieter und andere im Blick haben, damit es uns gelingt – deshalb habe ich vorhin gesagt: sicher, umweltschonend und bezahlbar –, wenn wir Umwelt- und Klimaschutz in der Energiepolitik verwirklichen wollen, dies nicht ohne Rücksicht auf Kosten auch und gerade für die Arbeitnehmer, die Rentner, die Familien und die Geringverdiener zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Überlegungen sind der Rahmen für die Weiterentwicklung des Energiekonzepts der Hessischen Landesregierung. Die Ziele und Eckpunkte dieses Energiekonzepts wurden in dem Bericht des Energie-Forums Hessen 2020 bereits Anfang des vergangenen Jahres vorgestellt. Damit liegen für die zentralen Handlungsfelder – erstens die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz, zweitens den Ausbau der erneuerbaren Energien – durch die Landesregierung klare Zielvorgaben und konkrete Maßnahmen zu ihrer Erreichung in Hessen vor.

Die Ziele sind – das bestätigen uns alle Fachleute – sehr ambitioniert, aber erreichbar. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Wir hatten seinerzeit beschlossen, wir wollen den Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 % senken. Wir wollen das erreichen durch Minimierung des Primärenergieeinsatzes und rationelle Energienutzung. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 % erhöhen – ohne den Verkehrssektor; auch darüber bestand jedenfalls seinerzeit Einvernehmen.

Meine Damen und Herren, ob es uns im Hinblick auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Diskussionen dieser Tage gelingt, diese Zielmarken noch zu übertreffen und trotzdem unser Ziel bezahlbarer, sicherer und umweltschonender Energie nicht aus den Augen zu verlieren, wird man sehen. Die Landesregierung ist hierfür offen; auch dem dient der Energiegipfel. Wenn wir diese Ziele überschreiten können und gleichzeitig die notwendigen Rahmenbedingungen nicht außer Acht lassen, dann werden wir dort erfolgreich sein. Wichtiger als Prozentsätze ist es aus meiner Sicht jedoch, sich einmal die konkreten Fortschritte und die Umsetzung dessen, was wir da beschlossen haben, anzuschauen.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich zu der von der Opposition so gern zitierte Bundesländer-Vergleichsstudie der Agentur für Erneuerbare Energien ein paar Bemerkungen machen. In dieser Vergleichsstudie ist Hessen jetzt auf dem Platz 13 – einen Platz besser als in den Jahren zuvor. Das kann einen auch nicht begeistern.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Der Redlichkeit halber muss man jedoch hinzufügen, dass die Platzierungen dort etwas mit der Systematik des Vergleichs zu tun haben.

(Günter Rudolph (SPD): Ach so! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist immer so, das ist nicht neu!)

– Das ist immer so, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Aber ich denke, Sie werden mir zustimmen: Wenn man ein paar Umstände völlig außer Acht lässt – die Studie macht dies –, dann kommt man zu einem bestimmten Ergebnis.

Was machen die? – Die nehmen den Primärenergieverbrauch bzw. den Endenergieverbrauch, ohne dass sie gleichzeitig die Infrastruktur, die Bevölkerungszahl, die Industriedichte, die vorhandenen Kraftwerksparks in eine Relation setzen. Wenn Sie nur an das dichte Industrienetz des Rhein-Main-Gebiets denken oder so etwas wie den Flughafen Frankfurt nehmen, dann braucht man kein großer Künstler oder Wissenschaftler zu sein, um festzustellen, dass das, was solche Umstände nicht berücksichtigt, zwar zu Platzziffern führt, aber aus meiner Sicht nicht sachgerecht abgebildet ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Auch hier wollen und müssen wir besser werden. Wir haben einiges aufzuweisen. An vielen Kriterien zeigt es sich, dass unsere eingeleiteten Maßnahmen Wirkungen entfalten werden. Bei der Bewertung der Landespolitik zur Bioenergie liegen wir in einer Verbändeumfrage auf Platz 1. Das kann uns doch erfreuen. Das war nicht immer so. Wir wollen hier noch besser werden.

Ich glaube, es besteht Übereinstimmung, dass wir uns von der reinen Stromerzeugung gerade bei der Bioenergie auch zur Wärmenutzung weiterentwickeln müssen. Bei den Informationen über die Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien liegt Hessen auf Platz 3. Besonders spannend: Bei der Vorbildfunktion des Landes in der Nutzung erneuerbarer Energien liegen wir immerhin auf Platz 4.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hats erfunden? – Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie mögen es bedauern. Aber CDU und FDP regieren hier schon länger.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war unser Antrag!)

– Ach, so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Phase, wo ihr alle zugestimmt habt im Bundestag!)

– Herr Al-Wazir, singen können wir gemeinsam, reden sollten wir hintereinander. – Da ich mich um Konsens bemühe, will ich festhalten, es ist offenkundig das Ergebnis allgemeiner Bemühungen, dass die Landesliegenschaften seit dem Jahre 2010 zu 100 % mit Ökostrom versorgt werden.

(Beifall bei der CDU – Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich den Kollegen Dietzel im Plenum ansprechen darf – er ist ein wesentlicher Treiber dieser Geschichte gewesen –: Die Bioregio Holz, mit der wir die Wärmever-

sorgung in öffentlichen Gebäuden systematisch von fossilen Energieträgern auf Holz umgestellt haben, war eine seiner großen Leistungen. Wenn die GRÜNEN das auch mit befördert haben, schadet es nichts. Aber ich will mich ausdrücklich einmal bedanken, denn es ist erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erreichen auch vordere Plätze bei der Erzeugung von Wärme mit Pelletheizungen und der Installation von Fotovoltaikanlagen. Wir haben dort eine hohe Dynamik. Wir werden in Kürze ein Solar-kataster haben, ein Instrument, mit dem wir noch besser im Vorfeld prüfen können, wo Fotovoltaikanlagen Sinn machen und sich die Bürgerinnen und Bürger entsprechend informieren können.

Und schließlich sollten wir nicht unterschlagen, wie dynamisch wir uns auch und gerade im Bereich der Bioenergie entwickelt haben. Das ist derzeit unser wichtigster Träger der erneuerbaren Energien in Hessen. Wärme und Strom aus Holz oder Biogas sorgen in Hessen für 80 % der regenerativen Energieerzeugung. Das ist ein Wert, der ungeheuer hoch ist. Er liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben hier Erfolge vorzuweisen. Die sollten wir gemeinsam nicht kleinreden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, weil er für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung ist. In dieser Studie wird – wie immer die das gemessen haben – festgestellt, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für erneuerbare Energien in Hessen bei 16 Bundesländern auf dem dritten Platz liegt. Das kann uns im Hinblick auf die anstehenden Diskussionen und Entscheidungen ermutigen.

(Zuruf von der SPD: Windkraftanlagen!)

– Es war ein Stichwort, wenn ich zum Thema Windkraftanlagen einmal Stellung nehme.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

In Hessen sind derzeit 820 Anlagen entweder in Betrieb oder in Planung. Wenn wir schneller aus der Kernenergie aussteigen wollen – das wollen wir ja –, dann müssen wir das Thema Windkraft verstärkt in den Blick nehmen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nur warne ich vor allgemeiner Begeisterung. Es dürfte kaum eine Kollegin, einen Kollegen im Hessischen Landtag geben, der nicht wüsste, dass gerade der Ausbau der Windkraft, und zwar unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Grundüberzeugung, an den erheblichen Widerständen jeweils vor Ort scheitert. Keine der erneuerbaren Energien stößt auf so erbitterten Widerstand wie gerade die Windenergie bzw. die Anlagen, die sie erzeugen sollen. Im Kleinen ist es mit der großen Akzeptanz der erneuerbaren Energie nicht weit her.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Ich hatte an anderer Stelle Gelegenheit, auf ein Wahlergebnis in Bad Arolsen hinzuweisen. Es sollte uns zumindest Menetekel sein. Alle Parteien des Stadtparlaments von Bad Arolsen haben beschlossen, einen Windkraftpark zu bauen. Es haben sich kurz vor der Kommunalwahl Bürger unter einem einzigen Rubrum zusammengefunden: „Bürger gegen Windkraft“. Sie haben bei der Wahl 18 % der Stimmen erzielt und sind damit drittstärkste Kraft.

Das muss man, wenn wir uns um Konsens und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern bemühen, jedenfalls einmal zur Kenntnis nehmen.

Wenn wir Akzeptanz fördern wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir uns überlegen, was uns dazu einfallen kann, um vor Ort Akzeptanz zu erweitern. Als Beispiel nenne ich die Beteiligungsmodelle wie Bürgerwindanlagen, interkommunale Zusammenarbeit. Wir müssen auch schauen, wie es gelingen kann, den Kommunen besseren finanziellen Nutzen zur Verfügung zu stellen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das sind viele Fragen, die nach dem hessischen Kommunalrecht schon längst unter den Beteiligten hätten geklärt werden können, wenn sie denn wollten. Sowohl das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit wie das Zweckverbandsrecht gibt eine Fülle von Möglichkeiten. Trotzdem bleibt die Aufgabe.

Ich will ausdrücklich hinzufügen, dass die Rolle der Kommunen aus meiner Sicht nicht nur auf die Akzeptanzgewinnung beschränkt ist. Sie sollen bei der Energiewende eine besondere Rolle einnehmen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Sie sind schon heute Eigentümer entweder ihrer Stadtwerke oder großer Energieverbundunternehmen. Herr Kollege, es wird zu prüfen sein, wie diese Rolle ausgebaut werden kann – ich füge ausdrücklich hinzu: ohne dass sich die Kommunen übernehmen oder finanzielle Abenteuer begehen. Dazu gibt es auch in Hessen Beispiele.

Deshalb halte ich fest – das steht nicht im Gegensatz zu einer bedeutenden Rolle der Kommunen –, ich werbe bei diesen immensen Kosten, die diese Energiewende ausmacht, ausdrücklich dafür, dass wir privates Kapital brauchen werden und es auch nutzen sollten. Hier sehe ich eine besondere Möglichkeit für die bisherigen Kraftwerksbetreiber. Das sind diejenigen, die besonders finanzkräftig sind. Sie investieren, durch welche Unterfirmen auch immer, heute schon in viele regenerative Energien. Ich möchte nicht, dass die mit ihren Anteilseignern ihr Geld nur in den USA, China oder Brasilien anlegen. Ich möchte, dass sie in zukunftsfähige Investitionen in unserem Land anlegen. Dazu sollten wir sie einladen, und dafür werbe ich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein wichtiger Punkt – viele können ein Lied davon singen, der Regierungspräsident von Nordhessen ist anwesend – ist unser höchst kompliziertes Planungsrecht, beginnend mit der Regionalplanung. Der Landesentwicklungsplan ist derzeit in Überarbeitung. Wir werden uns nicht scheuen, ausreichend Windvorrangflächen auszuweisen. Ich begrüße in diesem Zusammenhang den gestrigen Beschluss, der beim RP gefasst wurde.

Wir werden in absehbarer Zeit eine Windkarte zur Verfügung haben, wo wir für die Vorrangflächen eine Kosten-Nutzen-Analyse besser darstellen können, als das heute der Fall ist. Das wird uns im Vorfeld von notwendigen Entscheidungen mehr Fakten und bessere Argumentationsmöglichkeiten geben. Aber damit ist der breit verankerte emotionale Widerstand gegen den Neubau von Windkraftanlagen noch lange nicht aufgelöst.

Vor welchen Fragen wir stehen, mag Ihnen ein Aperçu am Rande verdeutlichen. Heute können Sie in der „FAZ“

nachlesen, dass uns der Naturschutzbund Deutschland auffordert, für die Zugvögel die Trassen freizuhalten und sie nicht mit Rotoren zuzustellen. Das soll auch Gegenstand der Regionalplanung sein, also rechtliche Vorgaben. Ich will das nicht bewerten. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir noch lange nicht da sind, wo die allgemeine Debatte glaubt zu sein, nach dem Motto, wir hätten die Probleme gelöst. Wir fangen erst an, Wege zu gehen.

Deshalb werden die regionalen Energiekonzepte für die Regionalplanung in absehbarer Zeit zu den technischen und den raumordnungspolitischen Potenzialen Stellung nehmen. Meine Damen und Herren, wir werden sowohl bei den Regierungspräsidien als auch bei dem Planungsverband Frankfurt Rhein-Main nach einheitlichen Kriterienkatalogen vorgehen und die Auswahl energetisch geeigneter Flächen darstellen.

Wahr ist allerdings auch – da kommt insbesondere den kommunalen Repräsentanten eine große Verantwortung zu –: Bindungswirkung wird das Ganze erst nach der Beschlussfassung durch die Regionalversammlung oder die Verbandskammer entfalten. Deshalb sind die dortigen Gremien in besonderer Weise gefordert.

Wenn uns das alles gelingen sollte – da sind alle Parteien gefragt, insbesondere die GRÜNEN, die jetzt auf kommunaler Ebene ganz stark an Bedeutung gewonnen haben –, werden wir bei Weitem noch nicht die Kapazitäten haben, die wir brauchen. Deshalb kommen wir nicht darum herum, die in der dena-Netzstudie, der Netzstudie der Deutschen Netzagentur, aufgeführten Punkte für eine verlässliche, jederzeit verfügbare Energieversorgung zu diskutieren. Mir ist wichtig: Was wollen sie, und was halten sie für unverzichtbar? Welche Probleme müssen wir lösen? Ich zitiere:

Bereitstellung eines sicheren und kostengünstigen Kraftwerksparks auf der Basis eines effizienten Zusammenspiels zentraler und dezentraler Erzeugungstechnologien,

Zubau hocheffizienter, fossil befeuerter Kraftwerke, Intensivierung des KWK-Ausbaus und Sicherstellung des Ausbaus der erneuerbaren Energien,

Ausbau der Kapazität im Verbundnetz für den Stromtransport vom Norden in die Lastzentren im Süden, ...

Den Ausbau der Hochspannungsnetze in die Ballungsräume im Süden Deutschlands aufzuschieben bedeutet – Zitat –, „den Ausbau erneuerbarer Energien zu verhindern“.

Meine Damen und Herren, genauso sehe ich das auch.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Studie geht davon aus, dass 3.400 km Leitungsnetze zu bauen sein werden. Ich streite nicht um die Frage, ob das die richtige Zahl ist. Selbst wenn es nur 2.000 km wären, wäre das eine gigantische Aufgabe.

Wenn wir dann darangehen, müssen wir die Bezahlbarkeit und die Umsetzbarkeit des Ganzen ebenfalls wieder im Blick haben. Am Ende müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern z. B. nicht nur sagen: „Wir wollen euch nicht belasten“, und dürfen nicht jedem das erzählen, was er vor Ort hören will, sondern wir müssen dann auch sagen, was der Bau einer Erdleitung im Gegensatz zu einer konventionellen überirdischen Stromtrasse für die Anwohner, für

die Verbraucher, für die Unternehmen und für die Arbeitsplätze bedeutet. Das kann man wollen. Redlicherweise darf man es nur wollen, und allemal als verantwortliche Politiker, wenn man auch die Konsequenzen darlegt. Mit Sicherheit ist der so gewonnene Strom jedenfalls teurer als bei Freileitungen. Das wird niemand ernsthaft bestreiten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die vierte Aufgabe, die uns gestellt wird, ist das Lastmanagement und die Speichertechnik. Wenn Stromerzeugung und Stromnachfrage wie bei Wind- und Sonnenkraft auseinanderfallen, brauchen wir eine zunehmende Flexibilisierung unseres Energiesystems. Alle sind für innovative Speichersysteme. Die kann man aber nicht herbeischließen. Die muss man entwickeln. Das wird Zeit kosten.

Über die Nutzung neuer Technologien in Verbindung mit Smart Meter/Smart Grids und vieles andere mehr zur Systemoptimierung streiten wir nicht. Ich will nur darauf hinweisen: All das, was man bräuchte, haben wir jedenfalls in diesem Umfang heute nicht. Daraus folgt für mich wieder: Wir müssen versuchen, diesen Weg besonnen, rational, realistisch und mit der Akzeptanz der Bevölkerung zu gehen. Dabei müssen wir bedenken: Hessen ist keine Insel. Die nationalen und europäischen Rahmenvorgaben binden uns. Deshalb habe ich auch Zweifel, ob es vor diesem Hintergrund gut ist, dass man ganz stark auf Energieautonomie setzt, also autonome Energie in Hessen, wie es das Konzept einer Fraktion dieses Hauses vorsieht.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, dass wir in einer global vernetzten Welt leben, vor dem Hintergrund eines europäischen Stromverbundes, in dem Export und Import von Strom ununterbrochen eine Realität ist, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine verlässliche Grundlastversorgung immer im Kontext eines überregionalen Stromverbundes zu sehen ist, habe ich nicht nur große Zweifel, ich kann es mir nicht vorstellen, dass das sinnvoll ist, wenn wir unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze hier erhalten wollen.

Deshalb ist es doch sinnvoll, dass wir daran mitwirken, dass man Energie dort gewinnt, wo man sie am sinnvollsten gewinnt: Windenergie dort, wo der Wind am meisten weht, nämlich am Meer und nicht irgendwo in Gebieten, wo er vielleicht drei, vier Stunden am Tag weht; Sonnenenergie dort, wo die Sonne am meisten scheint, z. B. in Südspanien, und nicht in einem Land wie hier, wo es so wenig Sonne gibt wie in Alaska. Daran mitzuwirken, wäre sinnvoll. Das werden wir nicht allein können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Schon wieder Ewiggestern! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht das schon wieder los?)

Wir sollten den Bürgerinnen und Bürgern sagen, was unbestritten ist: Energie sollte so erzeugt werden, wie es möglichst effizient ist. Das, was wir zum Teil machen, ist nicht effizient. Wenn z. B. an der Nordsee bis zu 70 % der installierten Windkraftanlagen stillstehen, weil es keine Chance gibt, diese Windenergie über irgendeine Leitung in die Mitte Deutschlands zu bringen, dann ist das weder effizient noch sinnvoll, aber der beste Beweis dafür, dass wir dringend große Stromleitungstrassen brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Görig (SPD): Nichts verstanden!)

Meine Damen und Herren, ich warne deshalb davor, zu glauben, dass der Ausbau der dezentralen Energieversorgung die Mühen der Planung und des Baus großer Stromleitungen erspart. Wir brauchen beides. Damit dies in angemessener Zeit geschehen kann, müssen wir auch daran gehen, die hoch komplizierten und langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu straffen und eine möglichst bundeseinheitliche Rechtsgrundlage zu schaffen. Die Hessische Landesregierung ist jedenfalls bereit, dort engagiert mitzuwirken.

Das gilt meines Erachtens gerade dann, wenn man Gaskraftwerke als eine Alternative für die nächste Zukunft sieht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Darum geht es doch gerade!)

Wir werden auch Gaskraftwerke nur errichten können, wenn wir unser Planungs- und unser Vollzugsrecht so ändern, dass wir nicht 20 Jahre brauchen, bevor das nächste Gaskraftwerk steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Nur wenn es uns gelingt, die Stromspeichertechnologien zu revolutionieren, die Netze auszubauen, können wir ernsthaft die erneuerbaren Energien langfristig zur Regenergie aufwerten – nur dann.

Die erneuerbaren Energien eröffnen einen Markt für Technologien mit höchstem Innovationspotenzial. Dieses Innovationspotenzial wollen wir in der Forschung rund um die erneuerbaren Energien mit vielen einzelnen Punkten nutzen. Wir haben in Hessen Weltmarktführer auf diesem Gebiet. Seit vielen Jahren fördern wir Forschung und Technik gerade auch in diesem Zusammenhang und in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Verbänden.

Lassen Sie mich dieses Kapitel mit dem notwendigen Hinweis auf den zweiten großen Block abschließen, über den wir im Großen wahrscheinlich sehr schnell einig sind: Die beste Möglichkeit, unsere Ziele zu erreichen, ist es, weniger Energie zu verbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Neben dem neuen Energiemix brauchen wir deshalb auch die Möglichkeit der Energieeinsparung und die Stärkung der Effizienz. Unser landesgesetzlicher Spielraum ist dort sehr, sehr überschaubar. Dort können wir vieles politisch beraten, aber nicht allzu viel beschließen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dennoch will ich Sie abschließend einmal darauf hinweisen, was uns in der Zwischenzeit gelungen ist. Mit der Förderung der Passivhausbauweise im Gebäudebestand und in Neubaugebieten, mit der Förderung der energetischen Modernisierung von kommunalen Liegenschaften und Gebäuden, die der sozialen Infrastruktur dienen, z. B. beim Bund-Länder-Investitionspakt, oder der Förderung von Querschnittstechnologien zur effizienten Stromwendung in der Industrie, ein besonderes hessisches Projekt, HIER genannt, haben wir erhebliche Erfolge erzielen können. Wir wollen dies fortsetzen. Aber auch hier braucht man eine Akzeptanz und ein Bewusstsein.

Deshalb schlage ich Ihnen vor: Wenn es uns gelingt, unter dem Slogan „Hessen schaltet um“ bei den Bürgerinnen und Bürgern eine große Mitmachaktion für die Energieeinsparung auszulösen, dann werden wir unsere ehrgeizigen Ziele besser erreichen als durch noch so viele bürokratische Vorschriften und viele, viele Beratungen. Was wir brauchen, um Ziele zu erreichen, ist die Zustimmung der Bürger.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang sehe ich es mit Zuversicht, dass die Bundesregierung jetzt die Absicht hat, z. B. über das KfW-Kreditprogramm die Mittel für verbesserte Gebäudesanierung drastisch zu erhöhen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das werden wir am Freitag beim Gipfel der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten miteinander zu besprechen haben.

Herr Schäfer-Gümbel, ich möchte Sie nur an eines erinnern: Ganz zu Beginn meiner Ausführungen habe ich gesagt, es geht heute nicht um Rechthaben oder Recht behalten, sondern um die Frage,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

wie wir einen Weg gemeinsam gehen können, von dem die Menschen erwarten, dass Politik ihn geht, anstatt sich wechselweise die Vergangenheit vorzuhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, nach den Ereignissen in Japan steht die deutsche und auch die hessische Politik vor besonderen Herausforderungen. Wie immer wir sie lösen – wir werden Entscheidungen zu treffen haben, die für sehr viele Jahre Bedeutung haben. Ich will niemandem zu nahe treten, aber die wenigsten werden dem Hessischen Landtag noch angehören, wenn die Entscheidungen, die wir jetzt treffen oder unterlassen, Auswirkungen für unser Land haben werden. Es handelt sich um eine Weichenstellung, die weit über diese Legislaturperiode hinausgeht.

Deshalb habe ich zu diesem Energiegipfel eingeladen. Denn ich glaube, es muss möglich sein, dass wir Grundentscheidungen nicht immer wieder von Wahl zu Wahl neu zur Diskussion stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Hessische Energiegipfel ist eine große Chance. Wir können zeigen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden. Wir können zeigen, dass wir in Hessen gemeinsam die Weichen zu einer Energiepolitik mit Augenmaß für eine gute Zukunft unseres Landes stellen. Wir können zeigen, dass der so häufig zu hörende Vorwurf, die Politik rede nur, handele aber nicht, zumindest in Hessen widerlegt werden kann.

Nutzen wir die Chance. Wir haben viel Arbeit vor uns. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Bouffier.

Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung und erteile zunächst dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Schäfer-Gümbel, das Wort.

(Günter Rudolph (SPD): Die Redezeit wurde geringfügig überschritten!)

– Die Redezeit wurde leicht überschritten. Das heißt, Sie haben jetzt 47 Minuten Redezeit zur Verfügung, Herr Schäfer-Gümbel.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben eben nochmals darauf hingewiesen, dass es in der heutigen Debatte nicht um Rechthaben geht, sondern dass es darum geht, die Energiewende zu gestalten. Das kann ich aus Ihrer Sicht verstehen – dass es nicht um Rechthaben geht. Aber in dieser ersten energiepolitischen Debatte nach den Ereignissen in Fukushima werden Sie es ertragen müssen, dass wir natürlich auch den Blick zurückwerfen: auf die letzten vier Wochen, die letzten acht Monate und auch auf die letzten zwölf Monate.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

An den Anfang will ich stellen, dass es bei der Energiewende um einen Dreiklang aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und der Produktion von erneuerbarer Energie geht.

Das ist keine neue Erkenntnis. Diese Erkenntnis ist nicht in den letzten vier Wochen gereift, sondern die diskutieren wir in diesem Parlament schon seit sehr vielen Jahren, ausgehend von den energiepolitischen Vorstellungen der hessischen Sozialdemokratie 2006 unter der Führung von Andrea Ypsilanti und Hermann Scheer und im Jahr 2007 unter Führung von Tarek Al-Wazir und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In dieser Frage bewegen müssen sich nur Union und FDP – weil bisher nur die Opposition Konzeptionen geliefert hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, meine Erwartung war, dass Sie heute eine klare Botschaft zum endgültigen Aus von Biblis A und Biblis B geben – so, wie das die FDP am Wochenende auf ihrem Parteitag gegeben hat. Leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Meine Erwartung war, dass Sie heute eine klare Perspektive zu Ihren eigenen Vorstellungen einer Energiepolitik formulieren. Leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Meine Erwartung war, dass Sie heute ein klares Signal dafür geben, zentrale Partner der Energiewende wie Natur- und Umweltschutzverbände oder die kommunalen Stadtwerke am Energiegipfel zu beteiligen. Leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Meine Erwartung war, dass sie heute einfach einmal in Demut vor das Parlament treten und sagen: Wir haben in unserer Energiepolitik einiges falsch gemacht – das tut uns leid; wir orientieren uns neu. Aber auch dazu: leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Meine Erwartung war, dass Sie heute als Vertreter der real existierenden Dagegen-Partei CDU – Sie konnten keinem einzigen Vorschlag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder Linkspartei zur Energiepolitik folgen, mit einer Ausnahme, wie wir eben gerade gelernt haben –

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

hier im Hessischen Landtag wenigstens eine einzige Alternative vorlegen. Leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Leider wurden meine Erwartungen nicht erfüllt. Das muss nicht Ihr Problem sein. Herr Ministerpräsident, diese Erwartung hatte aber nicht nur ich, sondern die hatten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land – nach der energiepolitischen Irrfahrt oder Odyssee der letzten vier Wochen.

Es reicht nicht aus, einen Sozialdemokraten zu zitieren, um eine staatsmännische Regierungserklärung abzugeben. Matthias Kurth wird niemand in diesem Hause widersprechen. Er sagt das, was wir seit Jahren sagen. Es ist aber so, dass seit zwölf Jahren Union und FDP in diesem Land regieren, und die müssten sich endlich eingestehen: Wir von CDU und FDP haben fast alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte.

(Beifall bei der SPD)

Wir von CDU und FDP haben zwölf Jahre verloren. Wir von CDU und FDP sind zwölf Jahre lang in die falsche Richtung marschiert. Wir von CDU und FDP haben Hessen beim Einsatz von erneuerbaren Energien ans Tabellenende der Länder geführt und damit die ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung verschlafen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Sätze zu sagen – das wäre der notwendige Einstieg in eine ernst zu nehmende Debatte über die Energiewende, auch im Rahmen Ihres Energiegipfels. Es geht nämlich nicht um Sonnenblumenromantik, sondern um Hightech in einem Industrieland, um Arbeit, Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit. Die Innovationsbremser unseres Landes sind doch die, die die energiepolitischen Alternativen blockiert haben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben noch in den letzten Wochen die Städte und Gemeinden – wie Marburg mit seiner Solarsatzung – schikaniert und mögliche Entwicklungen verhindert. Ich sage Ihnen: Die Menschen sind doch ganz offensichtlich viel weiter – wenn Sie sich die Kommunalwahlergebnisse von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Marburg genau anschauen, die sich genau dafür eingesetzt haben. Die Menschen wollen die Energiewende – wenn sie beteiligt werden. Dahinter dürfen wir auch nicht zurückfallen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die Sorge vieler Menschen ist berechtigt, dass Energiepreise steigen. Das ist aber auch kein Wunder – wenn man die Grundlagen des langfristigen Transformationsprozesses, den rot-grünen Atomausstieg, aufhebt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): So toll war der auch nicht!)

Wir haben dadurch viel zu viel Zeit verloren. Das kostet Geld, denn Sie verändern alle sechs Monate die energiepolitischen Grundlagen. Ich sage Ihnen: Wir werden es als Sozialdemokratie nicht zulassen, dass die soziale Frage von interessierter Seite gegen die Energiewende ausgespielt wird.

(Beifall bei der SPD)

Genau dieses Ausspielen, das jetzt schon wieder versucht wird, ist nicht akzeptabel. Es geht darum, dass Menschen mit ihrem Einkommen in der Lage sind, sich auch höhere Strompreise zu erlauben. Das kann man nur anders machen wollen, wenn man es weiterhin akzeptiert, dass der Niedriglohnsektor wächst. Deswegen ist das Thema der Energiewende auch keines, das auf den Energiesektor allein beschränkt ist, sondern es geht um ein grundsätzlich anderes Entwicklungsmodell für unser Bundesland.

(Beifall bei der SPD)

Aber so war sie nun, Ihre Rede: ambitionslos, uninspiriert und ohne echte Perspektive. Das Kalkül ist einmal mehr, allein durch das Wort „Regierungserklärung“ die Überschriften am morgigen Tag zu dominieren und Aktivität zu suggerieren, sei es auch noch so seicht, was Sie sagen.

Diese Landesregierung ist in energiepolitischen Fragen nicht auf der Höhe der Zeit. Sie schaffen es offensichtlich nicht, in Windeseile das aufzuholen, was über Jahre versäumt wurde. Es ist richtig, dass Sie sich mit den Vertretern der Oppositionsfractionen die notwendige politische Kompetenz an Ihre Seite geholt haben, um den von Ihnen einberufenen Energiegipfel, zu dem dankenswerterweise die Initiative von Stefan Körzell von Ihnen aufgenommen wurde, zum Erfolg zu führen.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Das tut weh!)

– Herr Bouffier, was hier wehgetan hat, da habe ich seit 52 Minuten ziemlich viele Argumente gesammelt. Jetzt müssen Sie einen Moment hier zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass Sie mit den Vertretern der Oppositionsfractionen die notwendige politische Kompetenz an Ihre Seite geholt haben, um den von Ihnen einberufenen Energiegipfel – ich wiederhole mich –, von Stefan Körzell vom Deutschen Gewerkschaftsbund initiiert, zum Erfolg zu führen. Sie haben in der Fortschrittsdebatte der vergangenen Jahre nahezu keine Rolle gespielt und immer nur eine Rückschrittpolitik verfolgt. Deswegen ist es erforderlich, dass die vorliegenden Konzepte der Opposition zur Basis der hessischen Energiepolitik gemacht werden.

Die SPD hat hier Tempo gemacht, die Richtung und die Inhalte bestimmt. Wir waren die erste Fraktion im Hessischen Landtag, die bereits 2006 ein vollständiges Konzept zur Energiewende vorgelegt hat. 2007 folgten dann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir waren die Fraktion, die die umfassendsten und gründlichsten Gesetzentwürfe vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, heute wäre für Sie ein guter Tag gewesen, sich bei dem viel zu früh verstorbenen Hermann Scheer für die Häme, für die Denunzierung und für die Ignoranz zu entschuldigen, mit der Sie und Ihre Koalition ihm begegnet sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Hermann Scheer hat wie kein Zweiter in Deutschland und international den Diskurs zur Energiewende bestimmt. Seine Arbeit war ein Gewinn für Hessen.

(Holger Bellino (CDU): Sicher nicht!)

Sie müssen nicht jedes Argument teilen, nicht jeden Punkt. Aber statt sich auch nur einmal ansatzweise mit seinem Konzept für die Energiewende in Hessen sachlich auseinanderzusetzen, haben Sie seine Ideen schäumend vor Eifer bekämpft. Wir erinnern uns an die „Windkraftmonster“. Dabei hat Hermann Scheer als Vater des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des 100.000-Dächer-Programms gezeigt, wie das Ziel der Energiewende durch konkretes Handeln erreicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zweitens zu Ihrem Energiegipfel kommen. Ja, es ist gut, dass wir endlich versuchen, eine Plattform zu finden, auf der wir gemeinsam die Grundlagen für die Energiewende schaffen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So hört sich die Rede nicht an! Nicht nach Gemeinsamkeiten!)

Ich wiederhole es: Die Landesregierung ist energiepolitisch nicht auf der Höhe der Zeit. Es kann gerade bei der Energiewende nicht sein, dass der Langsamste das Tempo bestimmt; sonst wird Hessen nie die Position als Schlusslicht bei den erneuerbaren Energien los.

Unsere Teilnahme am Energiegipfel erfolgt aber nicht bedingungslos. Der von Ihnen eingeladenene Energiegipfel hat gleich mehrere Geburtsfehler. Sie haben die Stadtwerke als kommunale Unternehmen nicht eingeladen, und ich will daran erinnern, dass die kommunalen Stadtwerke genauso viel Energie produzieren wie Biblis A oder wie das Kraftwerk Staudinger.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Deswegen ist es nicht richtig, auch wenn Sie es so begründen, dass E.ON und RWE vertreten sein sollen, weil sie die beiden größten Kraftwerke vertreten. Das ist keine notwendige und hinreichende Erklärung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne die kommunalen Stadtwerke wird es nicht gehen, und deswegen müssen sie am runden Tisch beteiligt werden.

Die Einladung an RWE kann man auch nur als Affront verstehen. Das ist der zweite Geburtsfehler. Nachdem RWE erklärt hat, gegen die Stilllegungsverfügung von Biblis zu klagen, haben Sie sie eingeladen. Herr Großmann erklärt dann, er möchte den energiepolitischen Diskurs. Ich habe seine Ausführungen im „Handelsblatt“ von heute Morgen ausführlich gelesen. Er hat kein Interesse am Ausstieg. Er hat kein Interesse, und deswegen klagt er auch dagegen. Deswegen weiß ich nicht, was die Konsensplattform mit Herrn Großmann sein soll, und deswegen ist dies eine falsche Weichenstellung, die Sie beim Energiegipfel vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn Sie hier den Konsens und die gesellschaftliche Akzeptanz zum Thema machen – was völlig richtig ist, denn es gibt viel Widerstand vor Ort; ich will mich nicht darü-

ber auslassen, warum der Widerstand so hoch ist, wer ihn mit seinen „Windkraftmonstern“ hochgezogen hat in den letzten Jahren –, dann ist es zwingend, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände auf der ersten Verhandlungsebene beim Energiegipfel beteiligt werden. Ohne sie wird es keinen Konsens geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will neben diesen organisatorischen Fragen allerdings auch inhaltliche Bedingungen für den Erfolg nennen. Hinter die Abschaltung von Biblis A und B gibt es kein Zurück. Der Konsens ist tot, wenn Biblis wieder ans Netz geht. Das muss völlig klar sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde später noch einige Bemerkungen zur FDP machen. – Der Atomausstieg muss unumkehrbar geregelt werden. Herr Ministerpräsident, ich habe Sie auf dem Energiegipfel mehrfach – am Ende gab es eine aus meiner Sicht ausweichende Bemerkung Ihrerseits – klar vor die Alternative gestellt, dass wir nicht zulassen werden, dass der Atomausstieg auf der einen Seite ausgespielt wird gegen die Klimaschutzziele auf der anderen Seite. Noch sind die Klimaschutzziele vereinbart.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Darüber muss man nachdenken dürfen!)

– Darüber will ich mit Ihnen reden, Herr Wagner. – Warum haben wir das 2-Grad-Ziel international vereinbart? Warum hat Frau Merkel diesem Kompromiss zugestimmt? Weil wir seit dem Stern-Report wissen, seit den Berechnungen der Vereinten Nationen, dass man Energiepolitik eben nicht alleine im regionalen Kontext macht, sondern dass das, was wir hier treiben, auch Auswirkungen für Menschen am anderen Ende der Welt hat und dass wir, wenn wir das 2-Grad-Ziel nicht halten, die Existenzgrundlage von Hunderttausenden von Menschen zerstören, und zwar dauerhaft, nicht wiederherstellbar.

Deswegen darf es kein Ausspielen geben von Atomausstieg auf der einen Seite und dem 2-Grad-Ziel auf der anderen Seite. Der Auftrag einer Energiewende ist, genau diese beiden Dinge miteinander zu verbinden und zu versöhnen, damit eine Energiewende auch die Existenzsicherung von Menschen am anderen Ende dieser Welt gewährleistet.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Landesplanungsrecht muss endlich den Vorrang erneuerbarer Energien berücksichtigen. Sie haben das hier mehrfach abgelehnt. Sie haben bei der Vorlage des völlig veralteten Konzepts, das Sie jetzt zum wiederholten Male, auch heute, erklärt haben – von Frau Lautenschläger vor einem Jahr, an die sich hier kaum noch jemand erinnert –, gesagt, dass die Gesetze irgendwann kommen würden. Wir warten seit einem Jahr. Wir warten auf die Einladung des Ministeriums, was es für gesetzliche Grundlagen geben soll. Sie liefern doch nicht. Deswegen sage ich Ihnen: Es muss endlich Schluss sein mit dem Reden. Es ist Zeit für das Handeln. Legen Sie die gesetzlichen Vorgaben endlich vor.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zum dritten Punkt kommen, der sozusagen Ihre neue ideologische Begründung wird für das Thema Energiewende, zur Situation vor und nach Fukushima. Ich will zunächst festhalten: Ich war gestern im Gespräch mit

dem japanischen Botschafter. Nach vier Wochen hat er gestern ausführlich in Berlin Stellung genommen, und wir hatten Gelegenheit, uns danach ausführlich über die Situation in Japan auszutauschen.

Es ist tragisch, dass es einer weiteren Katastrophe bedurft hat, um Sie von der Notwendigkeit der Energiewende zu überzeugen. Unser ganzes Mitgefühl gilt den Menschen in Japan. Diese dreifache Katastrophe von Erdbeben, Tsunami und Atomunfall hat unsägliches Leid über die Nation gebracht. Das ganze Ausmaß des damit verbundenen Elends ist auch heute, Wochen später, noch gar nicht überschaubar. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, zu helfen, wo immer sie kann.

Niemand hier im Saal hätte sich gewünscht – ich glaube, ich spreche für alle Fraktionen –, dass nach Tschernobyl nochmals der Beweis geführt wird, welches höllische Gefahrenpotenzial der einstmals als friedlich titulierten Nutzung der Atomkraft innewohnt.

Herr Bouffier, leider haben Sie heute nicht die Frage beantwortet, warum Ihnen Tschernobyl noch nicht Mahnung genug war, warum es erst dieser weiteren Katastrophe bedurfte, um einen Kurswechsel einzuleiten.

Volker Zastrow hat in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ die Argumente der Bundeskanzlerin kritisch durchleuchtet. Die Kanzlerin hat über Fukushima gesagt, dort sei das „Unmögliche möglich“ geworden. Zastrow erwiderte darauf, dass das falsch sei. Dort „ist nur das Mögliche wirklich geworden“.

(Petra Fuhrmann (SPD): Dummes Zeug für eine Physikerin!)

Ja, so ist es. Dort ist das Mögliche wirklich geworden. Für uns war das Restrisiko spätestens seit Tschernobyl immer mehr als eine rechnerische Größe. Es war für uns Ausdruck einer realen Gefahr, einer Bedrohung angesichts ungeheuerlicher Dimensionen, das auch nicht aufgrund einer statistisch betrachteten Unwahrscheinlichkeit in Kauf genommen werden darf. Die Berechnung, dass Unfälle einer bestimmten Größenordnung nur einmal in 10.000 Jahren stattfinden, war schon immer zynisch, und sie ist widerlegt worden.

Kernschmelze in Harrisburg 1979, Kernschmelze in Tschernobyl 1986, Kernschmelze in Fukushima 2011. Das sind die Ereignisse aus 32 Jahren, nicht aus 30.000 Jahren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder hat das Recht und die Pflicht, dazuzulernen. Sie müssen aber schon ertragen, dass Ihre Glaubwürdigkeit in diesen Fragen offen angezweifelt wird. Den Beweis, dass Sie wirklich etwas gelernt haben, dass Sie es ernst meinen, müssen Sie erst noch liefern. Wir können die zwölf Jahre Ihres Atomkurses nicht einfach vergessen. Wir können nicht vergessen, dass Sie mutwillig, bei völliger Klarheit der Folgen, die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert haben. Da hilft es auch nicht, wenn Sie am heutigen Tag wiederholt versuchen, sich zum eigentlichen Anführer der Anti-AKW-Bewegung zu machen – nach dem Motto „Das wollten wir schon immer“. Das genaue Gegenteil davon haben Sie mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg gemacht. Wir können nicht vergessen, dass die Grundlage dafür auch ein wahrlich schmutziger Deal mit der Atomwirtschaft war. Ich sage das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit Zustimmung der schwarz-gelb regierten Länder einen gesellschaftlichen Großkonflikt wieder aufgebrochen, den Rot-Grün mit dem Atomausstieg befriedet hatte. Die SPD hat in der Großen Koalition trotz des massiven Drucks – auch der Union – felsenfest zu dieser Verabredung gestanden, während die CDU und die Atomkonzerne alles getan haben, um die Atomkraftwerke über die Bundestagswahl 2009 hinweg am Netz zu lassen, um danach den Atomausstieg zu stoppen.

Deswegen sage ich in aller Klarheit: Der nächste Ausstieg – das haben wir in bitterer Weise gelernt – funktioniert nicht mehr über den Weg von Konsensgesprächen, sondern er muss ordnungsrechtlich durchgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Herr Stephan, diese Erkenntnis hat im Wesentlichen mit den Erfahrungen aus den letzten acht Monaten zu tun, wie sich z. B. der „ehrbare Kaufmann“ Großmann und andere verhalten haben. Ich will allerdings zur Ehrenrettung von Herrn Großmann und anderen ausdrücklich sagen, dass Sie diesen natürlich eine Vorlage dafür geliefert haben und willige Vollstrecker der Interessen der „großen Vier“ waren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu erinnern ist auch an die versuchten Tricksereien in Form von Strommengenübertragungen von jüngeren auf ältere Kraftwerke, die unter Sigmar Gabriel noch verhindert wurden,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben Sie unter Rot-Grün doch zugelassen!)

weil es entsprechende Prüfungen gab, die Herr Röttgen anschließend aber wieder möglich zu machen versuchte.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wir haben Ihre Gesetze angewendet!)

So viel muss der Wahrheit schon Ehre getan werden, Herr Wagner. Sie können ja gleich darauf antworten.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Deswegen ist es ziemlich perfide, Herr Wagner – das gilt genauso für Herrn Bouffier –, dass Sie seit Wochen immer wieder versuchen, diese Situation Rot-Grün in die Schuhe zu schieben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sind Ihre Gesetze!)

Sie haben mit allen möglichen Tricksereien versucht, aus dem Ausstieg herauszukommen. Jetzt kommt es bei Ihnen zu einer Kehrtwende. Das freut mich zwar im Ergebnis, allerdings sage ich Ihnen: Wir werden Sie an Ihren Taten messen, nicht an Ihren Bemerkungen. Deshalb müssen Sie endlich auch etwas zu Biblis A und Biblis B sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eine weitere Bemerkung zum Thema Atomenergie machen. Dem sogenannten Moratorium steht die rechtliche Fragwürdigkeit doch auf die Stirn geschrieben. Die Stilllegung der Atomkraftwerke auf die Bestimmung zur Abwehr einer akuten Gefährdungslage zu stützen, ist mehr als brüchig. Sie kann nur halten, solange die Atom-

konzerne stillhalten. Da, wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Ich will allerdings anmerken, dass ich schon vor dem 27. März gesagt habe, dass ich fest davon ausgehe, dass irgendein Unternehmen klagen wird. Zumindest RWE kam unmittelbar nach der Kommunalwahl mit einem solchen Vorhaben daher. Wenn Sie es mit der Stilllegung der Schrottmüller der Generation Biblis ernst meinten, dann würden Sie das Atomgesetz ändern, und zwar schleunigst. Deshalb frage ich Sie: Wo bleibt Ihre Initiative hierzu, wo bleiben die Initiativen von Frau Merkel und Herrn Röttgen?

(Beifall bei der SPD)

Abgesehen von der Frage der rechtlichen Umsetzung wollen wir von Ihnen wissen: Was wollen Sie eigentlich in der Sache? Ich habe Ihnen 52 Minuten lang zugehört.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber nichts verstanden!)

Sie haben viele Fragen gestellt, die wir seit Jahren hier diskutiert haben, die wir immer wieder aufgerufen haben, wo wir versucht haben, Antworten zu finden, z. B. mit einem Vorranggesetz für erneuerbare Energien, mit einem Energie-Wärmegesetz. Die GRÜNEN haben Initiativen gestartet. Die Einzigen, die immer dagegen waren in diesem Hause, waren die Fraktionen der Union und der FDP sowie die Landesregierung, die immer wieder erklärt haben: Wir sind dagegen, wir sind dagegen, wir sind dagegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde gerne wissen, was Sie eigentlich wollen. Herr Wagner, vielleicht erklären Sie es uns ja, nachdem der Ministerpräsident dazu nichts gesagt hat.

Wenn wir bei der Frage sind, was Sie eigentlich wollen: Ist die Abschaltung von Biblis „absurd“, wie Herr Wagner erklärt? Oder ist es gar „kindisch“, wie Herr Bouffier erklärt hat? Gehen die Reaktoren nie wieder ans Netz, wie die FDP am Wochenende beschlossen hat? Wofür stehen Sie eigentlich? Eine Regierungserklärung ist dazu da, Orientierung zu geben. Dazu habe ich von Ihnen heute aber nichts gehört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Bouffier, Sie stolpern durch das energiepolitische Niemandsland Ihrer Regierung. Sie haben kein Konzept, Sie haben keinen Plan, Sie haben kein Ziel. Sie greifen den DGB-Vorschlag auf und flüchten in die Moderatorenrolle, um das blamable Bild Ihrer Regierung auf einem zentralen Politikfeld zu kaschieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Moderieren ist zu wenig. Regieren ist keine Talkshow. Herr Wagner, Initiative ist gefragt. Sie sollten endlich etwas liefern.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Parteitagsrede!)

Ich will Ihnen zum Thema Atompolitik abschließend sagen und ausdrücklich festhalten: Unsere Einschätzung im Hinblick auf die fehlende externe Notstandswarte bei Biblis A und Biblis B sowie den fehlenden Schutz vor Flugzeugabstürzen oder Terrorattacken hat Bestand. Dazu braucht man keine Prüfung mehr. Ich vermute, dass auch Sie zu diesem Ergebnis kommen. Deshalb kann es nur ein

Ergebnis geben – dass nämlich Biblis A und Biblis B nicht mehr angefahren werden dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ausdrücklich anerkennen, dass die hessische FDP eine sehr ernsthafte Debatte auf ihrem Landesparteitag geführt hat, und das unterscheidet sie ganz offensichtlich von ihrem Koalitionspartner. Gleichwohl scheint es hier einen massiven Konflikt innerhalb der Koalition zu geben. Deshalb bin ich sehr gespannt, wie die Koalitionsfraktionen sich heute zu den Texten verhalten und ob der Ankündigung von Herrn Hielscher, dass die Wahlen vom 27. März eine „Volksabstimmung über den Atomausstieg“ waren, mit einem entsprechenden Abstimmungsverhalten in dieser Debatte Geltung verschafft wird.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum vierten Punkt. Was ist eigentlich zu tun? Keine andere Fraktion hier im Hause hat so konkret und nachvollziehbar dargelegt, was zu tun ist, um in Hessen die Energiewende zu schaffen, wie die sozialdemokratische Fraktion. Ich werde es Ihnen nicht ersparen, sich damit wieder und wieder zu befassen. Wie gesagt, wir können nicht warten, bis es auch der Letzte begriffen hat und damit das Tempo vorgibt. Herr Ministerpräsident, Sie haben ausdrücklich erklärt – wie ich finde, zu Recht –, dass der entscheidende Ort der Auseinandersetzung und der Entscheidung der Hessische Landtag ist, nicht ein vom Ministerpräsidenten einberufener Gipfel.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-  
tal) (CDU): Das ärgert Sie!)

Hier im Parlament werden die Entscheidungen getroffen. Deswegen haben wir, auch eingedenk der notwendigen und zügigen Beratungen, die wir vorzunehmen haben, heute in der Fraktion entschieden, dass das Pendant im Hessischen Landtag zu diesem Energiegipfel eigentlich ein Sonderausschuss zum Thema Energiewende ist. Genau diesen Sonderausschuss haben wir beantragt. Warum? Weil wir glauben, dass es richtig ist, gemäß unserem gemeinsam verabredeten Zeitplan bis zum September Ergebnisse in der Energiepolitik zu produzieren und diese anschließend zügig im Parlament zu beraten. Das ist dem Thema angemessen, auch vor dem Hintergrund der vielen richtigen Fragen, die Sie gestellt haben, die vielleicht für Sie neu waren, für uns aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bitten wir Sie ausdrücklich um Unterstützung zur Einrichtung eines Sonderausschusses zur Energiewende. Ein solcher Sonderausschuss wird, glaube ich, einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die notwendigen parlamentarischen Maßnahmen zügig, entschlossen und konzentriert umzusetzen, damit wir den Worten endlich auch Taten folgen lassen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben darüber hinaus eine sehr verdichtete Version unserer Position zum Thema Energiewende eingebracht, die ich nicht in aller Ausführlichkeit noch einmal begründen will. Sie können das alles in den Plenarprotokollen nachlesen. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass Sie bisher immer gesagt haben, das werde mit Ihnen nicht gehen. Das war eine ein Stück weit hochmütige Position. Bekanntlich kommt der Hochmut vor dem Fall. Ich will gar nicht weiter in den Wunden stochern, sondern Sie einladen, jetzt mit uns ernsthaft über diese Konzepte zu reden.

Dezentral erzeugte erneuerbare Energien sind die Alternativen zur Nutzung fossiler und atomarer Energie. Sie sorgen nicht nur für saubere Energie, sondern schaffen Tausende von Arbeitsplätzen in unserem Land. Sie bringen neue Einnahmen in die klammen kommunalen Kassen. Wenn jetzt schleunigst und konsequent die vollständige Energiewende eingeleitet wird, kann das Energieland Hessen bis spätestens 2030 im Bereich Strom und bis 2040 im Bereich Wärme zu 100 % energieautonom werden.

Dazu will ich eine Bemerkung machen, denn offensichtlich haben Sie nicht verstanden, was „energieautonom“ heißt. „Energieautonom“ heißt nicht, dass wir eine Mauer um Hessen bauen, dass wir die Stromkabel an der hessisch-thüringischen, an der hessisch-niedersächsischen, an der hessisch-rheinland-pfälzischen, an der hessisch-nordrhein-westfälischen, an der hessisch-baden-württembergischen und an der hessisch-bayerischen Grenze kappen und sagen: Ab sofort wird alles innerhalb von Hessen produziert.

Vielmehr ist mit dem Begriff „energieautonom“ gemeint, dass wir uns von der Einfuhr fossiler Energieträger, z. B. von Kohle oder Öl, aber auch von der Atomkraft unabhängig machen und unseren eigenen Beitrag leisten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist gemeint, es ist nicht akzeptabel, sich immer bei den anderen zu bedienen und darauf zu hoffen – ich werde später noch einmal darauf zurückkommen –, dass möglichst viele Offshore-Windparks in der Nordsee und möglichst viele Sonnenkollektoren in der Sahara gebaut werden, damit man sich nicht mit Windmühlen und Solaranlagen in der hiesigen Landschaft beschäftigen muss. Das ist ein Handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip. Bei der Energiewende wird das nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energieautonomie heißt, dass wir unseren Beitrag in unserem Land leisten. Das wird eine Kraftanstrengung sein. Wir haben das Thema Akzeptanz schon angesprochen.

Ich akzeptiere ausdrücklich, wenn manche in diesem Raum sagen, das sei zu ambitioniert. Ich glaube, wir können das spätestens zu diesem Zeitpunkt erreichen, wenn wir uns richtig anstrengen. Wir haben schon ganz andere technische Fragen, auch Innovationen betreffend, in viel kürzerer Zeit gelöst. Wenn es zwei Jahre länger dauert, dauert es eben zwei Jahre länger. Aber wir brauchen die Zielvorgabe, weil sie eine realistische Option ist, an der man sich orientieren kann.

Wir werden nicht müde, die Chancen der erneuerbaren Energien zu betonen. Es geht nicht um romantische Vorstellungen, sondern um eine handfeste Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Es geht nicht um Sonnenblumenfelder – ich habe das schon einmal gesagt –, sondern um weltmarktfähige Hightech in unserem Industrieland und für unser Industrieland. Es geht um Arbeitsplätze, um Exportchancen, um regionale Wertschöpfung, um die Stärkung der ländlichen Räume und um sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom. Das sind die Herausforderungen, um die es geht. Es geht nicht um eine Reduzierung auf einzelne Aspekte, wie Sie es gerade versucht haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein in Nordhessen sind in diesem Segment 13.000 Arbeitsplätze entstanden. Herr Wirtschaftsminister, vor diesem Hintergrund ist besonders erschreckend, dass Hessen im Bundesländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung dramatisch abgerutscht ist. Hierbei ist Hessen vom 4. auf den 11. Platz zurückgefallen. Bei der Ansiedlungsstrategie sind wir sogar das Schlusslicht, was nichts anderes bedeutet, als dass es eine solche Strategie faktisch nicht gibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu dem Thema bezahlbarer Strom machen. Damit hat auch ein Totschlagargument der Atomkraftbefürworter zu tun. Schauen wir uns zunächst die volkswirtschaftliche Ebene an – nach Fukushima besteht da wirklich jede Klarheit –: Eine solche Katastrophe übersteigt, was ihre volkswirtschaftlichen Kosten betrifft, jede Vorstellung. Das Geschäftskonzept der Atomkraftreizeuger beruht schon immer darauf, dass die Gewinne privatisiert und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgekosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Das ist aus unserer Sicht volkswirtschaftlich unbezahlbar und unsinnig.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir nun auf die Unternehmen und auf die privaten Haushalte. Wir treten für eine bezahlbare Stromversorgung ein; denn wir stehen zum Industriestandort Deutschland und für eine gerechte Verteilungspolitik. Ich habe das eben schon einmal angesprochen. Aber wir wissen, dass die Produktionskosten nur ein Drittel des Strompreises ausmachen. Wir wissen, dass der angeblich billige Atomstrom nicht die Industrie und die Haushalte entlastet, sondern den Stromriesen milliardenschwere Zusatzgewinne beschert. Schließlich bildet sich der Strompreis an der Strombörse nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Herr Wagner, das sollten Sie zumindest verstehen. – Deswegen bleibt es dabei: Die Energiewende ist eine große Chance für einen neuen Aufschwung des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Hessen. Sie trägt zum Klimaschutz und zur Unabhängigkeit von Energieimporten aus oft politisch instabilen Regionen bei. Jeder Ökonom, der nicht am ideologischen Gängelband der Stromriesen geführt wird, müsste diese Chance eigentlich sehen.

Die Partner der Energiewende sind die hessischen Kommunen. Herr Ministerpräsident, es gibt in Ihren Reihen Gott sei Dank einige, die weiter sind als Sie. So erklärt der CDU-Landrat Fischbach des Landkreises Marburg-Biedenkopf – wörtliches Zitat aus der „Oberhessischen Presse“ vom 22. März –:

Wenn jede Gemeinde im Landkreis neun Windräder hätte, wäre der komplette Strombedarf auf heutigem Niveau gedeckt, und jede Kommune könnte zusätzlich mit bis zu 300.000 € an Einnahmen rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Kommunalpolitiker haben unsere Argumente offensichtlich verstanden. Der Landesregierung fehlen in-

des die Kreativität, der Mut und die visionäre Kraft, dies vollständig umzusetzen.

Da Sie immer erklären, all das gehe nicht, will ich das noch einmal mit dem Beispiel der Gemeinde Alheim unterstreichen. Alheim, das in Nordhessen liegt und 5.500 Einwohner hat, hat 2004 beschlossen: Wir wollen bis 2015 den Stromverbrauch in unserer Gemeinde, und zwar in allen Haushalten und bei allen Gewerbetreibenden, zu 80 % aus erneuerbaren Energien decken.

Der Bürgermeister hat vor drei Wochen in Wiesbaden seine Zahlen vorgestellt: Im Jahr 2010, also sechs Jahre nach dem Beschluss, hat die Gemeinde Alheim ihren Energieverbrauch beim Strom bereits zu 118 % selbst gedeckt. Der Wärmebedarf wird zu 54 % aus erneuerbaren Energien gedeckt. In demselben Zeitraum hat man 250 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, und die Gewerbesteuerereinnahmen sind von 340.000 auf 1,3 Millionen € gestiegen.

Das ist ein Erfolgskonzept. Es ist keine Bedrohung der Volkswirtschaft, sondern das genaue Gegenteil. Nutzen Sie das Innovationspotenzial.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn Ihnen schon die Vision fehlt, warum müssen Sie dann den Kommunen auch noch Steine in den Weg legen, so, wie Sie es mit den Einschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung und den Änderungen der Bauordnung – Stichwort: Solarsatzung – gemacht haben? Beides muss sofort zurückgenommen werden, besser heute als morgen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bis heute kein Papier zur Energiewende vorgelegt, das den Namen „Konzept“ auch nur ansatzweise verdient. Sie haben jahrelang auf Ihren Ministersesseln gesessen und Däumchen gedreht. Das gilt für die Regierungsspitzen Koch und Bouffier, für die Umweltminister Dietzel, Lautenschläger und Puttrich, für die Wirtschaftsminister „Doppel-Posch“ – weil er zweimal dabei war bzw. ist – und Rhiel sowie für alle anderen Beteiligten.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist süß!)

– Herr Posch kann das akzeptieren; wir mögen uns. – Die Landesregierungen befinden sich seit 1999 in einer andauernden Sitzblockade gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie ist allerdings nicht strafbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich den Bundesländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien anschaut, muss man feststellen: So was kommt von so was. – Wie schon im Jahr 2008 war Hessen auch im Jahr 2010 unter den Flächenländern Schlusslicht bei der Nutzung der erneuerbaren Energien.

Bei dieser Blockade haben Sie nicht einmal vor politischer Willkür haltgemacht. Auch ich freue mich, wie der Beschluss in Nordhessen gestern ausgefallen ist. Aber es gibt eine Vorgeschichte dazu. Genau das hat Ihnen der VGH mit seinem Urteil zur Windkraftnutzung im Regionalplan Nordhessen nämlich vorgeworfen, wenn auch freundlicher formuliert. Sie haben eine Verhinderungsplanung betrieben, die

(Zuruf des Staatssekretärs Mark Weinmeister)

– Herr Weinmeister – schlicht rechtswidrig ist. Ihr Kampf gegen die Windräder, von Ihnen regelmäßig als „Windkraftmonster“ titulierte, ist gescheitert. Geben Sie endlich Ihre Dagegen-Politik auf, und stoppen Sie diese Verhinderungsplanung.

(Beifall bei der SPD)

Der Aspekt der Dezentralisierung der Energieversorgung spielt in unserem Konzept eine zentrale Rolle. Eine Politik im Dienste und im Sinne des Stromoligopols ist nicht zukunftsweisend. Wir wissen, dass unser Energiekonzept auch eine Kampfansage an die Stromriesen war, die den Markt unter sich aufteilen und die Bedingungen setzen. Ich habe allerdings nie verstanden, warum ausgerechnet die Marktliberalen auf die Hürden beim Marktzugang bestanden haben.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich eine zweite Anmerkung zu dem Thema gesellschaftliche Akzeptanz machen. Wenn wir die Energiewende dezentral und vor Ort in Gang setzen und Beispiele wie in Alheim und Marburg Schule machen, wird die Akzeptanz bei den Menschen steigen, weil sie sehen, es bringt ihnen etwas.

Ein Teil der Distanz, die die Menschen heute gegenüber der Politik und den staatlichen Institutionen empfinden, hat doch etwas damit zu tun, dass sich immer mehr der Eindruck verfestigt, dass politische Entscheidungen nur noch im Interesse einiger weniger getroffen werden und sehr wenig mit der Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Menschen zu tun haben. Genau darin liegt die große Chance der Energiewende: Das Legitimationsdelta wird aufgehoben, und damit wird auch die Akzeptanz politischer Prozesse erhöht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es einer Brückentechnologie bedarf, dann sind dies für uns in erster Linie moderne, hoch effiziente und flexibel regelbare Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung. Sie haben ausdrücklich auf die Kraft-Wärme-Kopplung hingewiesen. Das ist doch der Punkt bei Block 6 des Kohlekraftwerks Staudinger. Bei Staudinger 6 gibt es keine Kraft-Wärme-Kopplung. Deswegen haben die Vertreter von E.ON auf dem Energiegipfel zu Recht gesagt, sie wollten wissen, ob es eine Akzeptanz für diese 1,9 Milliarden € teure Investition gibt. Ich sage, eine gesellschaftliche Akzeptanz für ein solches Projekt, das klimapolitisch und energiepolitisch keine Perspektive bietet, kann es nicht geben. Das muss man klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wird der eine oder andere auf dieser Seite wieder sagen: „Die Sozis sind der Auffassung“, oder es heißt, wir hätten Matthias Kurth nicht verstanden. Deswegen will ich dazu gern zwei Bemerkungen machen. Wenn wir davon reden, dass wir die Stromversorgung bis 2030 auf erneuerbare Energien umstellen wollen, wenn wir davon reden, dass die Wärmeversorgung bis 2040 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll, und wenn wir sagen, wir wollen aus der Atomenergie so schnell wie möglich aussteigen – am besten schneller oder vielleicht zurück zu dem, was einmal vereinbart worden ist, wie auch immer; gehen wir einmal von 2021 oder 2022 aus, bis das letzte Kraftwerk vom Netz ist –, stellen wir gleichzeitig fest, dass wir bei der Stromversorgung ein Delta von mindestens zehn und bei der Wärmeversorgung ein Delta von mindestens 20 Jahren haben.

Dann gibt es natürlich noch die Spannungen davor. Das heißt, wenn man versucht, zu erklären, dass es, wenn man jetzt alles abschaltet, keine Energie mehr gibt, dann ist das so absurd. Es ist wirklich peinlich, was hier manchmal versucht wird, um solche Debatten anzustoßen. Natürlich reden wir hier über einen langen, komplizierten und schwierigen Transformationsprozess.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben wir nicht gemerkt!)

Aber der entscheidende Punkt, Herr Wagner, ist, dass wir sagen, dass wir die Weichenstellung für den Transformationsprozess am Eingang des Prozesses vornehmen wollen. Deswegen werden wir nicht dazu beitragen, Strukturen aufzubauen, die diesen Transformationsprozess auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will Ihnen allerdings ausdrücklich sagen, dass wir beim Ausbau der Speicherkapazitäten wie z. B. beim Edersee ausdrücklich dafür sind. Das ist völlig unzweifelhaft. Wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke und vieles andere mehr, um die Speicherkapazitäten zu erhöhen. Wir müssen bei den Stromnetzen unendlich viel investieren und ausbauen.

Ich bleibe aber bei meiner Bemerkung, die ich beim Energiegipfel gemacht habe: Man muss beim Ausbau der Energienetze zunächst wissen, welche Stromversorger man im Kern will. Deswegen ist es richtig, dass wir dort zentrale und dezentrale Strukturen haben werden. Denn wir werden natürlich Teile der Offshore-Produktion im Bereich Windkraft nach Süden transportieren müssen. Das ist völlig unstrittig. Einige haben die Fantasie – ich wiederhole mich –, dass wir ein paar große Windparks in der Nordsee und der Ostsee bauen, und die Sonnenkollektoren kommen in die Sahara, um die Energie dann mit zwei großen Leitungen nach Zentraleuropa zu transportieren. Das ist absurd.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt, auf den wir beim Netzausbau noch einmal sehr genau schauen werden. Wir werden beim Netzausbau dort sehr genau hinschauen müssen. Wir werden einen regionalen und einen dezentralen Netzausbau brauchen. Wir wissen, dass wir in spätestens sieben Jahren in ein Loch fallen, weil die Ausbauprozesskapazitäten bei den erneuerbaren Energien bei der jetzigen Planung, die im Verhältnis noch relativ unambitioniert ist, im Stromnetz nicht ausreichen werden, um die entsprechenden Mengen zur Verteilung zu bringen.

Aber wer glaubt, dass das alles mit Großleitungen auf dem jetzigen technologischen Stand abzufrühstücken ist, der irrt einfach gewaltig. Wir haben bei den Energienetzen ganz andere Herausforderungen. Da sind wir an Ihrer Seite, was dieses Thema angeht.

Ich will allerdings ausdrücklich sagen, Herr Posch, dass wir nicht an Ihrer Seite sind, wenn jetzt unter dem Stichwort gesellschaftliche Akzeptanz der Versuch gemacht wird, die richtigen Interessen von Natur- und Umweltschutzverbänden, die notwendig sind, um gesellschaftliche Akzeptanz herzustellen, gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien und den Energienetzen auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will allerdings ausdrücklich sagen, dass das ein Prozess ist, zu dem wir sicherlich noch manch spannende Debatte

bekommen werden. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten McAllister zustimme, wenn er sagt, wir brauchen für den Ausbau des Stromnetzes echte Bürgerbeteiligung, und ohne ein gewisses Maß an Erdkabel wird es nicht gehen. Herr Posch, das sind zwei Bemerkungen, die Sie sich bei Ihrer Arbeitsgruppe vielleicht merken sollten. Denn ich finde, das sind zwei Orientierungspunkte, die ausdrücklich richtig sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik des Entweder-oder ist gescheitert. Entweder Atomstrom oder die Lichter gehen aus – das war Unsinn. Das sagt heute im Prinzip fast niemand mehr – auch wenn man bei dem einen oder anderen nicht ganz sicher sein kann.

Ich will ausdrücklich einen letzten Punkt noch einmal nennen, wo Sie auch dagegen waren. Das hat so viel mit dem Thema zu tun und bekommt jetzt eine ganz andere Wertung. Das war ein Projekt, das wir in Hessen diskutiert haben – Stichwort: Internationale Bauausstellung Frankfurt/Rhein-Main. Eine der wesentlichen Aufgaben, die Gottfried Milde, Nicola Beer, Kai Klose und ich für meine Fraktion damals verhandeln durften, war die Frage, was das Thema Herausforderung der Energiewende für den Umbau einer Stadtregion und einer Metropolregion wie Frankfurt/Rhein-Main bedeutet. Das war der Kern des Projekts Internationale Bauausstellung. Es rächt sich heute, dass Sie einen damals hoch innovativen Prozess, der mit vielen Akteuren in der Region abgestimmt war, gerade vor den deutlich größeren Herausforderungen in Frankfurt/Rhein-Main damals so gestoppt haben, wie Sie es getan haben, mit kleiner Münze.

(Beifall bei der SPD)

Wir wären heute unendlich viel weiter, wenn wir eine Internationale Bauausstellung Frankfurt/Rhein-Main hätten implementieren können.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich schon fast zum Schluss kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat hier im Landtag stets für eine Energiepolitik gestanden, die bis spätestens 2030 die Stromerzeugung und bis spätestens 2040 auch die Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen will. Vielleicht geht das alles sogar unter dem Druck der Ereignisse noch ein bisschen schneller.

Das weite Feld der Energieeffizienz möchte ich noch einmal am Rande streifen. Auch da hat die SPD weitgehende Vorschläge auf den Tisch gelegt – Stichwort: Energie-Wärmegesetz. Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine der größten Ressourcen, die wir für die Energiewende aktivieren müssen. Ein Schwerpunkt dabei muss sein, privaten Verbrauchern und Unternehmen durch entsprechende Anreize den Weg zu weisen. Die Energiewende ist machbar. Dafür müssen aber die Bremsklötze aus dem Weg geräumt werden, die diese Landesregierung angebracht hat. Vielleicht schaffen Sie es jetzt endlich, nicht nur die Atomkraftwerke abzuschalten, sondern auch Ihre ideologische Borniertheit.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Vor 100 Jahren hat man geglaubt, Kohleenergie werde paradiesische Zustände auf der Erde beschieren. Vor 50 bis 60 Jahren haben viele geglaubt, die angebliche friedliche Nutzung der Atomkraft werde uns ein sorgenfreies Leben ermög-

lichen. Seit etwas über 30 Jahren wachsen die Zweifel an dieser Energieform – bei dem einen früher, bei dem anderen dauert der Lernprozess länger, und manche weigern sich bis heute, diesen Lernprozess überhaupt anzutreten.

Für uns steht fest: Das Atomzeitalter ist vorbei. Wer das jetzt nicht begriffen hat, ist nicht konservativ oder marktliberal, sondern, mit Verlaub, einfach schwer von Begriff.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen jetzt die Zeit nach der Atomkraft gestalten und dürfen dabei die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Wir brauchen Hightech, die alle Ansprüche unseres modernen Gemeinlebens erfüllt. Die Energie der Zukunft muss sicher, bezahlbar, verlässlich und umweltschonend gewonnen werden. Fukushima ist ein Menetekel, das hoffentlich jeder verstanden hat.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Hermann Scheer enden. Es stammt aus seinem letzten Buch „Der energetische Imperativ: 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist“. Dieses Buch ist sicherlich ein Stück weit das Vermächtnis von Hermann Scheer. Er schreibt dort Folgendes – ich zitiere wörtlich, Herr Ministerpräsident –:

Der Wechsel zu erneuerbaren Energien hat eine zivilisationsgeschichtliche Bedeutung. ... Knapp sind nicht die erneuerbaren Energien, knapp ist die Zeit.

Deshalb mein Appell an diese Landesregierung: Nutzen Sie die Zeit, entscheiden Sie schnell, handeln Sie schnell, reißen Sie die ideologischen Hürden ab. Wir helfen Ihnen gerne dabei. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herzlichen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächster spricht Herr Dr. Wagner, Vorsitzender der CDU-Fraktion.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Ministerpräsident Volker Bouffier hat sich in seiner Regierungserklärung mit großer Nachdenklichkeit und mit großer Gründlichkeit der Thematik gewidmet, die uns alle bewegt,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

nicht nur in diesem Landtag, sondern weit darüber hinaus.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat angesichts der gegenwärtigen Lage – der Diskussionslage, der Erörterungslage und der politischen Debatten – nach den japanischen Vorkommnissen, Ereignissen und Unglücken zu einem Energiegipfel eingeladen. Der Ministerpräsident hat die Hand allen Fraktionen in diesem Landtag gereicht, und er hat alle gesellschaftspolitisch relevanten Gruppierungen eingeladen. Sie sind alle gefolgt.

Meine Damen und Herren, ich gebe ganz freimütig zu, dass ich bis vor einer Dreiviertelstunde der naiven Ansicht war, dass diese ausgestreckte Hand des Ministerpräsidenten auch ergriffen werden würde. Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben heute eine Chance verpasst.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben demjenigen, der Sie, möglicherweise von unterschiedlichen Positionen ausgehend, eingeladen hat, einen Konsens zu suchen und nach Möglichkeit auch zu finden, so wörtlich, „ideologische Borniertheit“ vorgeworfen. Mit einer wirklich unüber-treffbaren Selbstgewissheit und Rechthaberei haben Sie festgestellt, alle anderen müssten sich bewegen, nur Sie nicht. Sie haben Vorwürfe gegen die Mitglieder der Koalitionsregierung und gegen Mitglieder der hier vertretenen Regierungsparteien erhoben.

Sie haben völlig vernachlässigt, die Frage zu beantworten, wie Sie jenseits jeglicher Rechthaberei bereit sind, Ihren Beitrag zu erbringen. Sie stellen Bedingungen. Sie beschimpfen diese Regierung. Sie beschimpfen den politischen Gegner. In Ihrer Rede konnte man nicht eine Spur Konsensbereitschaft erfahren. Das bedauere ich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es kann nicht sein, dass wir von einem gesamtgesellschaftlichen Konsens sprechen – diese Worte also auf den Lippen haben –, der schwierig genug zu erreichen sein wird, dass wir uns nach einer formalen Einladung in der Staatskanzlei und an anderer Stelle miteinander zusammensetzen und dann gleichzeitig auf Konfrontation machen. Ihr Konfrontationskurs wird nicht zu einem gesellschaftlichen Konsens führen. Das wird zur Spaltung führen. Wir werden versuchen, das zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Bei Herrn Schäfer-Gümbel gab es keine Nachdenklichkeit. Er nannte keine Argumente. Es gab Rechthaberei aus der Vergangenheit heraus. Das führt nicht weiter.

Herr Schäfer-Gümbel, ich muss Ihnen einen weiteren Vorhalt machen. Ihre Fraktion hat heute einen Dringlichen Antrag eingereicht. Dem zufolge soll ein „Sonderausschuss Atomausstieg und Energiewende“ gegründet werden. Wenn Sie dieselbe Bereitschaft wie der Ministerpräsident gehabt hätten, zusammenzuführen, dann hätten Sie wenigstens einmal mit den Vertretern der anderen Fraktionen dieses Landtags vor der heutigen Sitzung gesprochen und hätten gefragt:

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Darf ich euch, die Vertreter der CDU, der FDP und der anderen Fraktionen, dazu einladen? Sind Sie bereit, mitzumachen? Vielleicht wollen Sie einen Änderungsantrag stellen? Wir würden ihn dann mit hineinnehmen.

Der Dringliche Antrag, den Sie heute aus der Tasche gezogen haben, ist ein reiner Schauantrag. Er ist weder abgestimmt noch in der Sache erforderlich.

Man kann das bei Ihnen psychologisch erklären. Es ist der hilflose Versuch, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, nachdem der Ministerpräsident in der letzten Woche sehr eindrucksvoll zu einem parteiübergreifenden Energiegipfel eingeladen hatte. Das ist zu billig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen auch ganz offen: Wir brauchen diesen Sonderausschuss nicht. Denn wir haben eine ausreichende Zahl zuständiger und kompetenter Fachausschüsse in diesem Landtag. Sie werden sich mit dieser Thematik beschäftigen müssen. Das ist auch meine feste

Überzeugung. Das ist auch die Überzeugung der Mitglieder meiner Fraktion.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in aller Ruhe und in dem Bemühen, nicht nur in Konfrontation zu leben, zu dem Thema Folgendes sachlich feststellen: Im März dieses Jahres haben zwei Naturkatastrophen, nämlich ein Erdbeben kaum vorstellbaren Ausmaßes und ein Tsunami, großes Leid über die Menschen in Japan gebracht. In dieser Bewertung sind wir uns alle einig. Wir teilen die in Japan bestehenden Sorgen und Nöte.

Wahrscheinlich mehr als 28.000 Todesopfer und über 400.000 Obdachlose sind die traurige Bilanz. Den Menschen in Japan gebühren unsere Anteilnahme und unsere Solidarität. Das hat zu Beginn der heutigen Sitzung der Landtagspräsident für uns zum Ausdruck gebracht.

Nun komme ich auf das zu sprechen, über das wir uns in Deutschland infolge dieser Naturkatastrophe unterhalten. Die teilweise Zerstörung der Kernkraftwerke in Fukushima hat in Deutschland eine Debatte über die Sicherheit unserer eigenen Kernkraftwerke ausgelöst.

In der in Deutschland aufgeladenen emotionalen Stimmungslage war es, wie ich meine und wie die Mitglieder meiner Fraktion auch meinen, eine staatspolitisch kluge Entscheidung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, am 14. März 2011 ein Moratorium zu verkünden. Nach dem Willen der Bundeskanzlerin soll die erst kürzlich beschlossene Verlängerung der Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke ausgesetzt werden. Angesichts der Ereignisse in Japan sollen alle Kernkraftwerke einer erneuten und umfassenden Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Das geschieht nun.

Ist es nicht richtig, dass man angesichts dessen, was wir alle nicht erwartet haben, und angesichts der Ereignisse in Japan sagt: „Halt, wir wollen einen Aufschub vornehmen und nachdenken, wir wollen nachfragen, ob unsere bisherige Sicherheitsphilosophie richtig war, wir wollen Fachleute hinzuziehen, wir wollen mit den gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen darüber reden und wollen uns darüber Gedanken machen, ob es uns gelingt, bei diesem Thema zusammenzuführen“? – Das ist doch eigentlich vernünftig und – ich wiederhole es –, staatspolitisch gesehen, klug.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Angela Merkel hat am 14. März 2011 in ihrer Pressekonferenz Folgendes wörtlich gesagt:

Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und die bisherige unbestrittene Sicherheit unserer kerntechnischen Anlagen zum Maßstab auch des künftigen Handels machen, ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten.

Ich wiederhole es: Es geht um Innehalten und nicht um Polemisieren.

Denn die Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte. ... Das verändert

– so Angela Merkel –

die Lage auch in Deutschland ... Diese Lage muss vorbehaltlos, rüchhaltlos und umfassend analysiert werden. Erst danach folgen Entscheidungen.

Die CDU-Landtagsfraktion in Hessen unterstützt Angela Merkel ausdrücklich mit ihren Zielen, unsere bisherige Sicherheitsphilosophie kritisch zu überdenken und das für unser Land schicksalhafte Thema der sicheren, ausreichenden, wettbewerbsfähigen und umweltfreundlichen Energieversorgung verantwortungsvoll und sachlich zu diskutieren. Herr Schäfer-Gümbel, das wäre ein schöner Leitfaden für Ihre Rede hier gewesen. Ich wiederhole es erneut: Sie haben diese Chance schmählich verpasst.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Nach der gründlichen Analyse müssen dann die Ergebnisse präsentiert werden. Das muss nach der Analyse geschehen, und nicht umgekehrt. Wer schon vorher Ergebnisse verkündet, verzichtet offenbar auf den Prozess des Nachdenkens und Analysierens.

Angesichts der großen und langfristigen Auswirkungen energiepolitischer Entscheidungen auf unsere Gesellschaft sind wir insgesamt aufgefordert, mit aller Anstrengung die Möglichkeiten eines Konsenses zwischen den Parteien und den Bürgern auszuloten. Es erscheint mir daher wichtig, Ideologien und Emotionen, aber auch parteipolitische Taktiererei beiseitezuschieben und in Verantwortung für unsere Gesellschaft über valide Fakten und gemeinsame Ziele zu sprechen.

Ich will das nochmals betonen: Wir müssen auch über valide Fakten sprechen. Herr Al-Wazir, es hat mir sehr gefallen, dass Sie in einer der letzten Diskussionen sagten – ich glaube, es war bei dem Energiegipfel –, wir müssen uns auch über die Fakten verständigen, wir müssen erst einmal von gemeinsamen Fakten ausgehen. Häufig streiten wir uns über die Fakten und gehen von unterschiedlichen Fakten aus. Wichtig ist, dass wir erst einmal eine solide Basis für eine gemeinsame Diskussion schaffen, die schwer genug zu finden sein wird.

Herr Ministerpräsident Bouffier, an dieser Stelle möchte ich nochmals ausdrücklich sagen, dass Ihnen mein Dank dafür gilt, dass Sie zu dem überparteilichen Energiegipfel eingeladen haben. Ich war selbst dabei. Ich finde, dass der Auftakt vielversprechend war.

Sie haben gesagt, dass wir auch über die Zusammensetzung noch einmal nachdenken können. Wir können einige Ergänzungen vornehmen. Wir sind da nicht festgelegt. Wir wollen aufnehmen, aufgreifen und zusammenführen. Das unterscheidet uns vor Herrn Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Ereignisse in Fukushima haben in der deutschen Bevölkerung große Ängste und Besorgnisse ausgelöst. Diese Ängste müssen ernst genommen werden. Sie sind ein gesellschaftspolitisches Faktum und dürfen deshalb nicht ignoriert werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns heute über die Zukunft der Kernenergie in Deutschland unterhalten, lassen Sie uns sine ira et studio die historische Entwicklung in Erinnerung rufen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

– Machen Sie bitte am Ende meiner Darstellung Ihrem Ärger oder Ihrer Zustimmung Luft, aber lassen Sie mich Ihnen das in aller Ruhe vortragen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Zum Beispiel Hiroshima 1945!)

Zwischen 1962 und 1982 wurden insgesamt 24 Kernkraftwerke für die kommerzielle Stromerzeugung gebaut. Das Nächste, was ich sage, hat nichts mit einem Vorhalt zu tun. Mit wenigen Ausnahmen wurden alle unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt gebaut.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Die SPD hat im Jahr 1986 unter dem Eindruck des katastrophalen Unglücks von Tschernobyl mit ihrem damaligen Kanzlerkandidaten Johannes Rau ihre bis dahin beifürwortende Haltung zur Kernenergie geändert.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Die GRÜNEN haben seit ihrer Gründung konsequent die friedliche Nutzung der Kernenergie abgelehnt. Um mich keinen Missverständnissen auszusetzen, will ich in diesem Zusammenhang klar und deutlich sagen: Ich halte nichts von den Hinweisen einzelner Vertreter meiner eigenen Partei außerhalb Hessens, die sagen, die Kernkraftwerke seien das Erbe Helmut Schmidts und der SPD. Dies teile ich ausdrücklich nicht. Ich will es auch begründen:

Erstens. Es gab zwischen Union, SPD und FDP einen überparteilichen Konsens für den Betrieb von Kernkraftwerken.

Zweitens waren es Union und FDP, die in den vergangenen 25 Jahren die Kernenergie mit nachvollziehbarer Begründung befürwortet haben. Dazu stehen wir von der Union, auch zu dieser Vergangenheit und auch zu dem, was wir damals an Gründen vorgetragen haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes hinzufügen. Wie Sie wissen, war ich 1986/87 Staatssekretär im frisch gegründeten Bundesumweltministerium, damals noch in Bonn.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Erfinder des Wallmann-Ventils!)

Schon damals und bis zum heutigen Tag hat die Sicherheit der Kernkraftwerke für die Union oberste Priorität besessen – immer oberste Priorität besessen.

(Beifall bei der CDU)

Die Sicherheit aller deutschen Kernkraftwerke erfüllte immer die internationalen Standards der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien. Hier hat es in der deutschen Atomaufsicht zu keinem Zeitpunkt Sorglosigkeit oder gar Verantwortungslosigkeit gegeben. Das gilt auch – der Herr Ministerpräsident hat bereits in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen – für die ehemaligen Bundesumweltminister und Kernenergiegegner Trittin und Gabriel. Andernfalls wären sie kraft Gesetzes verpflichtet gewesen, wegen Zweifeln an der Sicherheit die deutschen Kernkraftwerke sofort abzuschalten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein weiteres Faktum verweisen. Die Kernenergie ist nach Überzeugung der Union eine Brückentechnologie, und zwar sagen wir das nicht erst nach Fukushima. Dies haben wir im Dezember 2007 in unserem Grundsatzprogramm erarbeitet und dann auch verabschiedet. In unserem CDU-Grundsatzprogramm heißt es: Die Kernenergie

... ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind.

Das macht klar und deutlich, dass wir intellektuell redlich über die jetzt im Raum stehende Frage miteinander spre-

chen wollen und uns nicht etwa auf der Stelle gewendet hätten. Die christlich-liberale Koalition in Berlin hat ein Gesetz mit einer befristeten Laufzeitverlängerung beschlossen. Der Unterschied zu Rot-Grün besteht darin, dass die christlich-liberale Koalition in Berlin die Frist bis zum Ausstieg verlängert hat. Das ist der sachliche Unterschied, über den wir in diesen Tagen und Wochen zu diskutieren haben.

Meine Damen und Herren, wenn man bei dem Bild der Brückentechnologie bleiben will, bestehen unterschiedliche Auffassungen über die Länge der Brücke oder über das Tempo, mit dem wir uns über die Brücke bewegen wollen. Auch SPD und GRÜNE wollten nicht sofort aussteigen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, eben!)

sondern hatten in ihrem Ausstiegsbeschluss größenordnungsmäßig das Jahr 2022/23 anvisiert. Lassen Sie uns einmal intellektuell ganz redlich und ganz sauber einen gedanklichen Schritt weitergehen: Wer die Nutzung der Kernenergie unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für absolut unverantwortbar halten würde, der müsste sofort, nämlich heute, abschalten. Zur intellektuellen Redlichkeit gehört die Feststellung, dass auch Rot-Grün abgewogen und für eine ganze Anzahl von Jahren den Betrieb von Kernkraftwerken für vertretbar gehalten hat – das muss man doch auch klar und deutlich sagen;

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

ich kritisiere das nicht – und deshalb auch die Restrisiken, von denen wir alle sprechen, in Kauf genommen hat.

Meine Damen und Herren, unser Ziel – es ist mehrfach gesagt worden – ist eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik ist ein hochkomplexes Thema. Herr Schäfer-Gümbel, einfache Antworten gibt es nicht. Gefragt sind eine gründliche Analyse und eine gewissenhafte Abwägung.

An erster Stelle – darin sind wir uns alle einig – steht die Frage nach der Sicherheit unserer Kernkraftwerke. Daran gibt es keinen Zweifel. Gewiss ist aber auch, dass es in unserer Lebenswirklichkeit keine absoluten Sicherheiten gibt. Restrisiken gibt es bei jeder Technik.

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Timon Gremmels (SPD))

– Ich bin doch noch gar nicht fertig. Versuchen Sie einfach einmal, intellektuell Schritt für Schritt mitzudenken.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir denken seit 30 Jahren darüber nach!)

Wenn ich am Ende bin, können Sie Ihr gedankliches Gegenmodell beschreiben, aber nicht zwischendurch schreien, sondern erst einmal zuhören und dann antworten. Das gilt leider auch für Sie, Herr Al-Wazir.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gibt bei jeder Technik Restrisiken; das ist doch völlig unbestritten. Jetzt kommt der nächste Satz, der Herrn Al-Wazir wahrscheinlich etwas beruhigen wird, wenn er nur die Geduld gehabt hätte, zuzuhören. Richtig ist, dass die Wahrscheinlichkeit eines Schadensereignisses und das Ausmaß des möglichen Schadens sorgfältig abgewogen werden müssen. Das ist genau das Thema, über das wir uns unterhalten und wo wir zu einem Ergebnis kommen wollen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

– Lieber Herr Al-Wazir, ich freue mich, dass ich Sie wieder beruhigt habe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang ein nachdenkliches Zitat aus dem Munde von Helmut Schmidt vom 17. März dieses Jahres vortragen. Helmut Schmidt sagt:

Sich eine Welt vorzustellen, in der Gefahren ausgeschlossen sind, das ist eine Utopie. Man muss die Warnungen wegen der weltweiten Erwärmung ernst nehmen. Nukleare Elektrizitätserzeugung hilft dabei, sie einzuschränken. Aber noch ist die Wissenschaft nicht so weit, dass sie in vollem Ernst den Politikern empfiehlt, sowohl auf nukleare Energie als auch auf Energie aus Kohlenwasserstoffen zu verzichten und stattdessen sich auf Wind- und Sonnenenergie zu konzentrieren.

Helmut Schmidt sagt weiter:

Ich bin dagegen, die gegenwärtige Dreifachkatastrophe in Japan für die innerdeutsche Pro- oder Anti-Kernkraft-Diskussion zu missbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will Folgendes hinzufügen. Es geht mir dabei nicht darum, vordergründig etwa Helmut Schmidt gegen die SPD in Stellung zu bringen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das würde auch nicht gelingen!)

– Warten Sie doch ab. – Sie könnten genauso gut Zitate von führenden Köpfen aus meiner Partei vorlegen, die Ihre Überzeugungen stützen. Lassen Sie uns das einfach einmal mit einer gewissen Gelassenheit und Souveränität hinnehmen. Ich möchte mit diesem Helmut-Schmidt-Zitat und auch mit meinem Hinweis, dass es Zitate aus dem Munde meiner Parteifreunde, zumal in Berlin, gibt, die Sie gerne für Ihre Argumentation einsetzen, nur zeigen, dass es auf allen Seiten ernst zu nehmende Persönlichkeiten gibt, die innerhalb ihrer eigenen Partei unterschiedliche Auffassungen vertreten.

Ich werbe deshalb dafür, in einer umfassenden Debatte rational alle Argumente zur Kenntnis zu nehmen, ernst zu nehmen und zu würdigen. Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, ich sagte es bereits, hat nicht erst seit Japan oberste Priorität.

Dabei gilt es festzuhalten: Die konkrete Sicherheitslage in deutschen Kernkraftwerken hat sich durch die Ereignisse in Japan nicht verändert. Alle deutschen Kernkraftwerke erfüllen höchste internationale Sicherheitsstandards. Bei der durch das Moratorium jetzt veranlassten erneuten Sicherheitsprüfung geht es um eine Neubewertung der geltenden Standards und möglicherweise um eine neue Antwort auf die Frage, welches Risiko wir zu tragen bereit sind.

Diese Prüfung wird sehr sorgfältig unter Einbeziehung von externem und unabhängigem Sachverstand durchgeführt. Alles steht auf dem Prüfstand. Es ist ein Gebot der Vernunft und der Klugheit, diese Fragen nicht emotional und nicht überhastet, sondern besonnen und auf der Basis von Fakten zu beantworten.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Und redlich!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich hinzufügen: Sosehr wir Politiker Ängste ernst zu nehmen haben, dürfen wir aber nicht aus Angst vor der Angst reagieren und entscheiden. Auch in einer Krise müssen wir Argumente wägen. Es wäre falsch, die schon häufig zitierte Brücke zu begehen und aus Angst schon vor dem Ende der Brücke kopflös ins Wasser zu springen.

Meine Damen und Herren, erst wenn die Expertenkommission ihre Arbeit erledigt hat, wollen wir bewerten und beschließen, wie wir in Zukunft mit der Kernenergie in Deutschland umgehen. Bei der Diskussion über die Sicherheit unserer Kernkraftwerke dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, was im Ausland passiert. Wir müssen uns das nicht zum Vorbild machen. Aber das muss in die gesamte Diskussion – ich werde es noch begründen – mit einbezogen werden.

Am 4. April, also in der letzten Woche, sagt zu diesem Thema Fritz Vahrenholt – allen Kundigen bekannt –:

Kein einziges Land hat es aber für nötig befunden, Kernkraftwerke außer Betrieb zu nehmen oder auf Ausstiegskurs zu gehen. ... Aber wir legen still, importieren aus Frankreich, dessen Anlagen eine hundertmal geringere Erdbbensicherheit zu erfüllen haben.

Meine Damen und Herren, deshalb ist nämlich der Hinweis auf die Bundeskanzlerin Merkel richtig und auch so wichtig. Wir müssen eine Europäisierung – ich füge hinzu: eine Internationalisierung – des Themas der Sicherheit von Kernkraft erreichen.

Allein im europäischen Ausland befinden sich 135 Kernkraftwerke. In einem Radius von 500 km um Frankfurt befinden sich neben etwa zwölf deutschen Standorten weitere zwölf ausländische Kernkraftwerke. Weltweit – diese Zahlen kennen Sie – sind rund 440 Kernkraftwerke in 30 Ländern in Betrieb, über 50 in Bau und über 80 in konkreter Planung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal einen weiteren Gedanken fortsetzen. Unterstellt – es kann ja sein, dass wir das für uns in Anspruch nehmen können –, wir sind verantwortungsbewusster als alle anderen in der Welt,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Österreich!)

mit Ausnahme von Österreich. Die haben in der Verfassung bereits festgelegt, dass sie keine Kernenergie friedlich nutzen wollen. Unterstellt, wir sind hier vernünftiger. Man kann das gedanklich einmal fortsetzen. Dann frage ich mich, was mit unserer Sicherheit angesichts der nahen ausländischen Kernkraftwerke geschieht. Das müssen wir doch einmal mit zusammen denken. Können wir es uns leisten, energiepolitisch einen deutschen Alleingang zu unternehmen? Ist es verantwortbar, unsere Kernkraftwerke, die weltweit über die höchsten Sicherheitsstandards verfügen, abzuschalten und dafür Kernenergie aus Fessenheim, Cattenom oder Temelin oder demnächst aus Polen zu importieren?

Meine Damen und Herren, selbst wenn wir nicht importieren müssten, bleibt die Frage unserer eigenen Sicherheit angesichts zahlreicher nahe gelegener Kernkraftwerke im Ausland. Das muss zusammen gesehen werden. Das muss zusammen dargestellt werden. Hier dürfen wir keine wichtigen Gedanken von vornherein aus ideologischer Verblendung ausschalten.

(Beifall des Abg. Holger Bellino (CDU))

Ein weiteres Faktum müssen wir zur Kenntnis nehmen. Die Kernenergie stellt zurzeit fast die Hälfte der Grundlastversorgung in Deutschland. An der Tatsache, dass die erneuerbaren Energien, zu denen wir uns als CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich bekennen, derzeit nicht grundlastfähig sind und den Industriestandort Deutschland in Hessen auf Jahre noch nicht sicher versorgen können, kommen wir nicht vorbei. Aktuell müssen wir abgeschaltete Kernkraftwerke durch zusätzliche fossile Kraftwerke oder durch den Import von Kernenergie aus dem Ausland ersetzen. In der „FAZ“ vom 5. April steht im Wirtschaftsteil Folgendes:

Das vorläufige Abschalten der deutschen ... Kernkraftwerke hat zu einem Ausfall von 7 Gigawatt Kraftwerksleistung geführt. Daher hat sich die Menge an Importstrom aus Frankreich und Tschechien verdoppelt.

Der bereits vom Herrn Ministerpräsidenten zitierte ehemalige hessische Staatssekretär Matthias Kurth, der Präsident der Bundesnetzagentur, sagt am 4. April:

Seit dem 17. März führt Deutschland im Saldo durchschnittlich 2.500 MWh am Tag ein, in erster Linie aus Frankreich und Tschechien, dann aus Polen.

Meine Damen und Herren, das gehört einfach zur Gesamtlage.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Al-Wazir, wir sollten uns doch auf gemeinsame Fakten verständigen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben!)

– Ich finde, wenn ich jetzt Fakten vortrage, dann nehmen wir sie hin. Wenn Sie mir widersprechen wollen, dann können Sie es nachher.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich denke, wir sollten sine ira et studio gemeinsam mit dieser wirklich hoch schwierigen, hochkomplexen und hoch verantwortungsvollen Frage umgehen.

Wir importieren in Hessen nach dem Abschalten von Biblis A und B also zwei Drittel unseres Strombedarfs. Daraus wird klar, die Frage des Ausstiegs hat keine deutsche und erst recht keine allein hessische, sondern wenigstens eine europäische Dimension. Zur intellektuellen Redlichkeit gehört auch, den Menschen zu sagen: Energie wird teurer werden, wenn wir schneller als vorgesehen aus der Kernenergie aussteigen.

Seit Verkündung des Moratoriums ist der Preis pro Megawattstunde an der deutschen Strombörse von 53 auf 60 € gestiegen. Noch ist der Windstrom doppelt so teuer. Wir arbeiten ja daran. Wir sind für jegliche Forschung aufgeschlossen, die es uns ermöglicht, durch Wind erzeugten Strom auch kostengünstiger zu gestalten. Aber er ist im Augenblick noch doppelt so teuer wie der Strom an der Strombörse, und Fotovoltaik ist 500 % teurer.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen beziffert die Kosten eines vollständigen Umstiegs – natürlich nicht innerhalb eines Jahres und auch noch nicht einmal innerhalb eines Jahrzehnts – auf insgesamt 1,5 Billionen €. Das resultiert vor allem aus dem erforderlichen kompletten

Umbau der Infrastruktur für neue Kraftwerke, Speichermedien und Stromleitungsnetze. Diese höheren Kosten werden unter anderem die Verbraucher tragen müssen.

Deshalb müssen wir uns fragen – auch diese Frage muss in diesen Wochen beantwortet werden –: Welche Kostensteigerung können und wollen wir den Menschen in unserem Land zumuten? Kann es sein, dass die Kosten des Systemumbaus eine Dimension erreichen, die die ökologische Energiewende auch zu einer sozialen Frage macht? – Diese Frage hat bereits der DGB-Vorsitzende von Hessen in einem anderen Zusammenhang als der Ministerpräsident aufgeworfen. Auch damit müssen wir uns beschäftigen.

Hinzu kommt, wenn Energie teurer wird, geht es auch möglicherweise um Hunderttausende von Arbeitsplätzen und um den Wohlstand in unserem Land. Energie ist ein zentraler Produktionsfaktor in vielen Industrien, das wissen wir alle. Für diese Unternehmen sind Energiekosten ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Ich bedauere sehr, es ist leider so, dass schon jetzt deutscher Strom im europäischen Vergleich – ich habe die Tabellen mitgebracht – der teuerste ist. Es wird zwischen privatem Stromverbrauch und Stromverbrauch in der Industrie unterschieden. In beiden Bereichen ist der deutsche Strom bereits der teuerste. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen.

Meine Damen und Herren, die Frage des vorzeitigen Ausstiegs hat auch Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz, zumindest kurzfristig. Die GRÜNEN argumentieren mit ihrem Papier – das ich mit großem Interesse gelesen habe, Herr Al-Wazir –, dass das langfristig anders aussieht.

Können wir unsere Klimaschutzziele auch ohne Kernkraft erreichen? Mithilfe der Kernkraftwerke – das gehört zur Vollständigkeit der Faktenlage dazu – spart Deutschland derzeit pro Jahr in etwa so viel CO<sub>2</sub> ein, wie der gesamte deutsche Straßenverkehr in die Atmosphäre bläst. Allein das Moratorium bedingt in den drei Monaten einen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 8 Millionen t. Auch hier müssen wir europäisch denken. Ich wiederhole das Beispiel, das bereits der Herr Ministerpräsident hier vorgetragen hat: Polen baut gerade neue Kernkraftwerke, um alte Kohlekraftwerke abzuschalten und so seine eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben mir ein schönes Zitat weggenommen. Weil es so schön ist, will ich es hier aber ausdrücklich wiederholen. Man kann es gar nicht häufig genug sagen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der große alte Mann der Umweltbewegung der USA, Stewart Brand, sagt in der „FAZ“ vom 9. April, also vor wenigen Tagen:

Deutschland hat nicht das Gesamtbild im Blick. Und das Gesamtbild umfasst eben auch den Klimawandel und Treibhausgase. ... Aus wirtschaftlichen Gründen und angesichts der Bedrohung durch Treibhausgase können wir nicht auf Atomkraft verzichten.

Das sagt Stewart Brand. Man muss seine Meinung nicht teilen. Aber leichtfertig hat er es sicherlich nicht gesagt. Er nimmt eine globale Abwägung vor zwischen den Gefahren auch für die Existenz menschlichen Lebens auf unserem Globus, die durch CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen, und den Gefahren, die von uns nicht bestritten werden, die

durch den Betrieb von Kernkraftwerken entstehen. Da hat er für sich selbst eine sehr grundsätzliche Abwägung und nachfolgende Entscheidung getroffen.

Meine Damen und Herren, wie Sie aus meinem Bemühen, einige Fakten zusammenzutragen, entnehmen, gibt es zahlreiche Fragen, die mit großer Nachdenklichkeit und Verantwortlichkeit geklärt werden müssen. Wie wollen wir mit den fossilen Energieformen wie Gas und Kohle umgehen? Welchen Beitrag können und müssen diese Erzeugungsformen in der Zukunft leisten? Können wir alles – Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke – in fünf oder zehn Jahren abschalten? Diese Fragen müssen beantwortet werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch einige Sätze zu den erneuerbaren Energien verlieren. Ich wiederhole es: Die CDU-Landtagsfraktion steht ausdrücklich zu dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in Hessen deutlich zu vergrößern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb haben wir – schade, dass Elisabeth Apel nicht mehr da ist; denn unsere Kollegin hat dazu einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet –

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Janine Wissler (DIE LINKE))

schon im Jahr 2008, vor drei Jahren, ein entsprechendes Papier vorgelegt. Danach hat die bereits zitierte Umweltministerin Silke Lautenschläger nach gründlicher Diskussion in der Fraktion, auch nach kontroverser Diskussion in der CDU-Fraktion, in der Regierung einen Beschluss mit ehrgeizigen Zielen für 2020 durchgesetzt. Ich brauche das nicht im Einzelnen vorzutragen.

Meine Damen und Herren, bei den erneuerbaren Energien muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, welche Rahmenbedingungen wir zu beachten haben. Ein Jahr hat knapp 9.000 Zeitstunden. Die Sonne scheint in Hessen 800 Stunden im Jahr. Der Wind weht etwa 2.000 Stunden im Jahr.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich hatte bereits gesagt: Sonnen- und Windenergie sind nicht grundlastfähig, jedenfalls im Augenblick noch nicht. Das könnten sie sein, wenn wir entsprechende Speicherkapazitäten schaffen würden. Mit der Tiefengeothermie habe ich mich in besonderer Weise beschäftigt, weil ich hoffte, dass wir daraus mittelfristig bereits erhebliche Energien schöpfen würden können. Die Tiefengeothermie ist aber noch lange nicht so weit. Ich hoffe, dass wir für die Energiegewinnung in der Zukunft erhebliche Ausichten haben.

Die Kapazitäten für Biomasse und Wasserkraft sind in Deutschland begrenzt. Lassen Sie mich einen nachdenklichen Satz zur Biomasseproduktion sagen: Ich bin dafür. Aber ob wir das angesichts damit in Zusammenhang stehender Lebensmittelpreise grenzenlos tun können, das müssen wir jedenfalls überlegen und abwägen.

Ein wichtiger Bestandteil des Umbaus der Energieversorgung fällt unter das Stichwort Dezentralisierung: kleine Biomassekraftwerke und die Nutzung von Oberflächen-geothermie. Die Oberflächengeothermie ist erheblich weiter. Hier können wir durchaus bereits Einfamilien-

oder auch Mehrfamilienhäuser energetisch autark gestalten.

Hinzu kommt der bereits angesprochene Ausbau von Offshore-Windparks. Vor den Küsten Europas gibt es keine Platzprobleme. Standorte im Meer gibt es viele, und auch der Wind bläst über der offenen See kräftiger und beständiger.

Meine Damen und Herren, aber dann kommt das Nächste. Sie wissen, was jetzt kommt. Für offshore erzeugte Energie benötigen wir entsprechende Starkstromleitungen, damit die Energie beim Verbraucher auch ankommt. Wir liegen in der Mitte Deutschlands. Wenn Strom von der Küste in den Süden transportiert werden soll, brauchen wir Trassen, die auch durch Hessen führen. Es ist fast banal, das festzustellen. Wir müssen allerdings auch feststellen und zur Kenntnis nehmen, dass es in der Bevölkerung Widerstände gegen Stromtrassen gibt, nebenbei bemerkt an erster Stelle oftmals vom BUND und zuweilen auch von den örtlichen GRÜNEN organisiert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

– Herr Al-Wazir, weil Sie dazwischenrufen: Ich freue mich über Ihre jüngste Beschlussfassung auf dem Parteitag der GRÜNEN am letzten Wochenende. Das ist im Vergleich zu Ihrer bisherigen Position aus meiner Sicht ein Schritt nach vorne.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie bewegen sich. Das kann man bei der SPD bisher nicht erkennen.

(Timon Gremmels (SPD): Natürlich! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Auch wir wollen uns bewegen. Deshalb ist es richtig, dass die GRÜNEN in ihrem Parteitagsbeschluss am vergangenen Wochenende festgestellt haben, dass sie sich noch engagierter als in der Vergangenheit für Stromtrassen einsetzen wollen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Sie haben dann einige Äußerungen zu Genehmigungsverfahren gemacht. Herr Al-Wazir, wenn ich das so freimütig sagen darf: Ich glaube, da sind Sie ein bisschen blauäugig. Da scheint mir das, was unser Verkehrsminister Posch generell für Infrastrukturmaßnahmen geplant hat und wofür er politisch kämpft, erheblich vernünftiger und erfolgversprechender zu sein. Aber lassen Sie uns darüber heute nicht im Grundsatz streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was mich allerdings schon etwas stutzig macht, ist, dass häufig diejenigen, die engagiert gegen Kernenergie kämpfen und demonstrieren, dieselben sind, die dann gegen Stromtrassen demonstrieren, in denen die Windenergie transportiert werden soll. Meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Timon Gremmels (SPD): Das stimmt doch gar nicht! – Norbert Schmitt (SPD): Wo sind die Belege?)

Eine Energiewende gegen die Menschen werden wir nicht durchsetzen. Auch das müssen wir bei aller Besonnenheit

und Nachdenklichkeit bedenken. Eine Energiewende gegen die Menschen werden wir nicht durchsetzen können.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Genau hier setzt die Forderung an, dass alle Fraktionen im Landtag selbstkritisch – damit beziehe ich meine eigene Fraktion ausdrücklich ein – bisherige Positionen überdenken. Alle müssen sich bewegen. Keiner hat die Wahrheit für sich alleine gepachtet. Meine Damen und Herren, ein überparteilicher Konsens, das ist ein hoher Anspruch.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben ihn doch aufgekündigt!)

Die Union ist bereit und entschlossen, die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland und in Europa neuen Bewertungskriterien zu unterwerfen. Von allen ist die vorurteilsfreie Bereitschaft gefordert, sich zu bewegen, auch in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, es geht um wohlüberlegte Strategien zur Sicherung der Energieversorgung in der Zukunft. Viele Fragen müssen beantwortet werden. Ich wiederhole es: Moratorium heißt, man prüft die Lage, beurteilt und zieht dann die Schlussfolgerung. – Das ist der richtige Weg, dem sich die CDU-Landtagsfraktion verpflichtet fühlt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir wollen unsere Entscheidung nach dem Ende des Moratoriums treffen. Es gilt der alte lateinische Spruch, die Lebensweisheit: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem. Was du auch immer tust, tue es klug, und bedenke das Ende. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Als Nächster spricht zu uns Herr Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Tue es klug, und bedenke das Ende. Herr Kollege Wagner, ja, genau das ist der Grund, warum meine Partei, seitdem es sie gibt, der Auffassung ist, dass die Atomenergie eine Technologie ist, von der der Mensch die Finger lassen sollte – genau deswegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn der Satz „Bedenke das Ende“ bedeutet hier ganz schlicht, wir haben es mit einer Technologieform zu tun – und zwar, seitdem das erste Atomkraftwerk ans Netz gegangen ist –, von der alle immer davon ausgehen müssen, dass nie etwas passieren darf, dass nie ein dummer Zufall passieren darf, dass es nie eine äußere Einwirkung geben darf, niemals ein menschliches Versagen. Genau das ist der Grund – „Bedenke das Ende“ –, weswegen wir der Auffassung sind, dass diese Technologieform der Vergangenheit angehören muss.

Herr Kollege Wagner, Sie haben gesagt, Restrisiko und Risiken gibt es überall. Das stimmt. Ein Windrad kann umfallen. Ein Solarpanel kann vom Dach fallen. Ein Kohlekraftwerk kann brennen. Ein Gaskraftwerk kann explodieren. Aber die Folgen sind immer völlig andere – und

das sehen wir jetzt seit über einem Monat in Fukushima. Die Folgen sind immer völlig andere.

Heute sind es noch zwei Wochen bis zu dem Tag, an dem sich der größte anzunehmende Unfall von Tschernobyl zum 25. Mal jährt. Heute ist der Tag, an dem die japanische Regierung auch offiziell das zugegeben und der Internationalen Atomenergiebehörde gemeldet hat, was Kundige seit Wochen gesehen haben:

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir haben es mit einem Super-GAU zu tun, wie es ihn zum letzten Mal in Tschernobyl gegeben hat. In derselben Generation, im Abstand von nicht einmal 25 Jahren, müssen wir zum zweiten Mal etwas erleben, von dem alle, die immer für die Atomkraftwerke waren, gesagt haben, es sei unmöglich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollte uns schlicht zu denken geben. Daraus müssen wir lernen, und zwar auch hier in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Al-Wazir, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Wagner?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte sehr!)

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. Ich trage Ihnen drei Sätze einer Agenturmeldung vor, zu genau dem Thema, das Sie eben angesprochen haben, nämlich dem Vergleich zwischen Tschernobyl und Fukushima.

Der Reaktorunfall in Japan sollte aus Sicht des Öko-Instituts nicht dem Super-GAU in Tschernobyl vor 25 Jahren gleichgesetzt werden. „Dass die Gefahrenwarnstufe ... jetzt auf 7 hochgestuft wurde, bedeutet nicht, dass die Katastrophen identisch sind“, sagte Strahlenexperte Christian Küppers am Dienstag der Nachrichtenagentur „dapd“.

Teilen Sie die Aussage des Öko-Instituts, dass diese beiden großen Unglücke, jedenfalls aus heutiger Sicht, nicht miteinander vergleichbar sind?

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Wagner, was bedeutet denn die internationale Warnstufe 7? Sie sagt schlicht, dass man unkontrollierbar und unter Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung in einem weiteren Umkreis eines Kraftwerks eine massive Freisetzung von Radioaktivität hat.

Dass wir in Tschernobyl zusätzlich die Situation hatten, dass das Ganze nicht wasser- sondern graphitmoderiert war und deswegen ein Brand in höchste Atmosphären ging, das stimmt. Aber ich weiß nicht, was in den nächsten Wochen noch in Fukushima passieren wird. Keiner weiß das, auch Sie wissen das nicht. Sie haben es selbst angesprochen, dass Sie in dem neu gegründeten Bundesumweltministerium nach Tschernobyl einmal Verantwortung getragen haben. Auch Sie waren an der Erfindung des sogenannten Wallmann-Ventils beteiligt. Da frage ich Sie einmal aus heutiger Sicht: Sind Sie immer noch der Auf-

fassung, dass solche Ereignisse wie in Tschernobyl in westlichen Reaktoren nicht passieren können?

Herr Kollege Wagner, deswegen sollten wir aus dem lernen, was dort gerade passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Kollege Dr. Wagner, ich habe mich ein wenig gewundert. Wenn man zwischen Ihren Zeilen gehört hat – bei den vielen Fragen, die Sie gestellt haben –, dann hat man das Gefühl gehabt, Sie wollen eigentlich gar nicht aussteigen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt ist die Zeit der Fragen, nicht der schnellen Antworten!)

– Ja, ja, Herr Dr. Wagner, ich weiß, Sie haben es schwer. Denn das, was Sie seit 25 Jahren jeden Tag erklärt haben, stellt sich jetzt als falsch heraus. Dass eine solche Kehrtwende auf hoher See nicht dazu führen darf, dass Ihnen die halbe Mannschaft über Bord geht, das verstehe ich sogar. Aber ich meine, das, was wir hier gerade erleben, müsste doch noch dem allerletzten Atomkraftbefürworter sagen: Wir müssen raus aus dieser Technologie, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Kollege Dr. Wagner, im Übrigen gilt das nicht nur aus ethischen Gründen, sondern sogar aus ökonomischen Gründen. Irgendwann in den nächsten Jahren – und es wird noch Jahre dauern – werden wir eine vorläufige Zwischenbilanz bekommen, was diese Katastrophe Japan ökonomisch eigentlich gekostet hat. Jetzt schon können wir sicher sagen, dass wir eine Situation erleben, in der Japan nicht durch das Erdbeben, nicht durch den Tsunami, sondern durch die dritte Katastrophe ökonomisch um Jahre zurückgeworfen werden wird. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, was es ökonomisch bedeuten würde, wenn wir in den nächsten Tagen auch noch eine massive Verstrahlung in Richtung Tokio erleben würden.

Schon jetzt können wir ganz sicher sagen, dass Japan auch noch in 100 Jahren ökonomische Folgen dieser Katastrophe tragen wird. Deswegen ist es nicht nur eine ethische, es ist auch eine ökonomische Frage, aus dieser Technologie auszusteigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Kollege Dr. Wagner, Sie haben davon geredet, dass die Bundeskanzlerin eine kluge Entscheidung getroffen habe, weil es „eine emotionale Situation“ gab. Nein, Herr Kollege Dr. Wagner, ich sage Ihnen sehr deutlich: Was wir aus Fukushima und Tschernobyl lernen müssen, auch in Hessen, ist, dass wir Biblis A und Biblis B nicht nur einmal für drei Monate vom Netz nehmen, sondern dass dieses Kraftwerk, diese beiden Blöcke, dauerhaft und für immer vom Netz gehen müssen – dauerhaft und für immer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich sage es sehr deutlich: Sie müssen bitte dafür Verständnis haben, dass wir – angesichts unserer Erfahrungen mit dem, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, ange-

sichts dessen, welchen Entschließungsantrag Sie hier vorgelegt haben, der enthält nämlich noch zum Teil die alten Satzbausteine aus Zeiten der Laufzeitverlängerung, und wegen der Tatsache, die ich ja kenne und die auch aus den Reden zu hören ist: dass diese Erkenntnis, dass wir da raus müssen, durchaus noch nicht bei allen von CDU und FDP angekommen ist – an diesem Punkt nur von Taten überzeugt werden, nicht aber von Ankündigungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, nur die Taten zählen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen aber meine Überzeugung. Ich gehe davon aus, dass weder Biblis A noch Biblis B wieder ans Netz gehen wird. Denn – und dafür hätten wir kein Moratorium gebraucht – die Probleme gerade dieser beiden Kraftwerksblöcke sind seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, bekannt. Es sind die beiden Kraftwerksblöcke, die am schlechtesten gegen Flugzeugabstürze geschützt sind. Die Dicke des Containments ist bekannt – bzw. die Dünne des Containments, muss man eher sagen. Es sind die beiden Kraftwerksblöcke, die als einziges Atomkraftwerk in Deutschland nicht über ein externes Notstandssystem verfügen. Es sind die beiden Kraftwerksblöcke, die dementsprechend am schlechtesten gegen Einwirkungen von außen geschützt sind. Deswegen dürfen diese beiden Blöcke nicht mehr ans Netz gehen, und ich bin überzeugt: Die werden nicht mehr ans Netz gehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Umso drängender aber ist es, jetzt endlich die Energiewende in Hessen zu beginnen. Wir haben in den letzten zwölf Jahren – oder, wenn wir seit dem 01.01.2000, dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, rechnen: in den letzten zehn Jahren – in Hessen die Energiewende verschlafen, weil wir eine ignorante Regierung und ignorante Mehrheitsfraktionen in diesem Landtag hatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Mehrheit und liebe Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, wenn Sie jetzt dazugelernt haben,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nicht so arrogant!)

dann sage ich aber auch hier: Es zählen nur die Taten, nicht die Ankündigungen – nur die Taten bei der Energiewende zählen, sonst nichts.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das gilt für Sie auch!)

Ich sage Ihnen sehr deutlich, weil aus meiner festen Überzeugung Biblis A und Biblis B nicht mehr ans Netz gehen werden, ist es umso drängender, dass wir in Hessen jetzt endlich mit der Energiewende beginnen, nachdem wir die letzten zehn Jahre schlicht verschenkt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist umso dringender, nicht nur aufgrund der aktuellen Situation – –

(Peter Beuth (CDU): Eieiei!)

– Sagen Sie nicht: „Eieiei“, Herr Generalsekretär der CDU.

(Peter Beuth (CDU): Das sind doch Sprechblasen!)

– Und rufen Sie nicht „Sprechblasen“ dazwischen. Denn Sie haben doch in den letzten zehn Jahren genau die Sprechblasen produziert, die die Leute zu Gegnern der erneuerbaren Energien gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Peter Beuth (CDU): Sie sagen doch nichts Neues! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nicht so selbstgerecht!)

– Das hat nichts mit Selbstgerechtigkeit zu tun. – Sie haben die ehemalige Kollegin Apel angesprochen; ich hätte es gar nicht getan, Herr Wagner.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ich habe mit ihr eng zusammengearbeitet!)

Frau Apel war diejenige, die im Landtagswahlkampf 2008 durch den Main-Kinzig-Kreis gezogen ist und den Bürgermeistern vorgeschlagen hat, Vorrangflächen für Windkraft im Tal auszuweisen, wo kein Wind weht, weil das die beste Variante sei, zu verhindern, dass erneuerbare Energien ausgebaut werden. Ich kann Ihnen die Zeitungsartikel zeigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie. Über die Frage, wer was blockiert hat, lieber Herr Wagner, sollten wir, und zwar in Ihrem Interesse, lieber nicht so viel reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist es umso drängender, dass wir anfangen, weil wir in Hessen auf dem letzten Platz der Flächenländer liegen, was die erneuerbaren Energien angeht, und weil die beiden anderen Nachzügler in diesem Bereich, Baden-Württemberg und Bayern, sich deutlich verändern werden.

Baden-Württemberg wird es aufgrund eines Regierungswechsels tun. Das heißt, die Blockadepolitik wird beendet werden, und es wird eine Strategie zum Ausbau der erneuerbaren Energien beginnen. Bayern hat angekündigt – apropos Frau Apel, in Sachen Biomasse ist Bayern leider viel besser als Hessen, wenn ich das so sagen darf; noch nicht einmal da haben wir etwas hingekriegt –, sich in einen Wettlauf mit dem grün-roten Baden-Württemberg beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu begeben – Wortlaut von Herrn Söder.

Das heißt, wir sind auf dem letzten Platz, und die beiden anderen Nachzügler gehen jetzt in die Offensive, gehen nach vorne, hören mit der Blockade auf und bauen aus. Wir sind also nicht nur auf dem letzten Platz, wir verlieren sogar noch den Anschluss. Umso drängender ist, dass wir jetzt endlich beginnen.

Ich will zu dem kommen, was jetzt zu tun ist, Herr Wagner. Ich will auch nicht rechthaberisch sein. Aber der Herr Ministerpräsident hat auch das Stichwort gebracht und gefragt, warum die Atomkraftwerke nach dem rot-grünen Ausstieg noch am Netz sind.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das frage ich mich auch!)

Ich sage es Ihnen sehr deutlich: Erstens hätte ich nicht geglaubt, dass Sie uns einmal vorwerfen, dass wir nicht schnell genug abgeschaltet hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wir werfen es nicht vor, wir fragen!)

Aber bitte sehr, es geschehen Zeichen und Wunder. Aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Wenn CDU und FDP vor zehn Jahren den Konsens mitgetragen hätten und gesagt hätten, dass dieser Konsens auch für eine Regierung bindend ist, an der sie beteiligt sind, dann hätten die Konzerne nicht die Trickserien begonnen, die dafür gesorgt haben, dass der Atomkonsens mutwillig unterlaufen worden ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Auf der Grundlage Ihrer Gesetze!)

Das bedeutet, die jahrelangen Ankündigungen von CDU und FDP, im Falle einer Regierungsübernahme das Atomgesetz zu ändern und den Ausstieg rückgängig zu machen, haben die Energiekonzerne erst zu ihren Trickserien wie z. B. der gedrosselten Stromerzeugung oder den mutwilligen Stillständen ermutigt, die dazu geführt haben, dass so wenig abgeschaltet worden ist. Wäre das nicht passiert, dann wären wir jetzt in der Situation, dass bereits sieben Atomkraftwerke unwiderruflich stillgelegt worden wären. Das gehört zur Wahrheit hinzu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Frage, was jetzt zu tun ist. Wir brauchen den schnellen Ausbau der Windenergie. Wir brauchen ihn auch und gerade in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, wo er bisher mutwillig verzögert worden ist. Das bedeutet, dass wir darüber reden müssen, wo Vorrangflächen sind. Das bedeutet, dass wir über Höhenbegrenzungen reden müssen, dass wir eine ernsthafte Debatte über die Frage brauchen, wo die zusätzlichen Anlagen hingebaut werden sollen und wann ineffiziente Altanlagen durch effizientere Neuanlagen ersetzt werden.

Wir brauchen auch die Biomassenutzung, Herr Wagner. Den ethischen Fragen stellen wir uns sehr wohl. Aber aus meiner Sicht geht es nicht um das Ob, sondern um das Wie der Biomassenutzung. Wir müssen natürlich Mais-Monokulturen begrenzen. Wir brauchen mehr Effizienz bei diesen Anlagen. Wir müssen auch überlegen, ob wir dabei bedarfsgerechter vorgehen können, sprich, dass sie nicht Stromerzeugung am Strich fahren, sondern dass sie dann einspringen, wenn andere erneuerbare Energien nicht liefern können. Die Biomasse ist nämlich gesicherte Leistung im Gegensatz zur Windkraft und zur Fotovoltaik. Aber es geht in dieser Frage um das Wie und nicht um das Ob.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Auch um das „Wie viel?“!)

Es geht um das Wie, und wir brauchen die Biomasse an diesem Punkt. Ich will Ihnen nachher noch Vorschläge machen, wie die ethischen Fragen aus unserer Sicht gelöst werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen auch die Fotovoltaik. Natürlich geht es an dem Punkt auch um weitere Kostendegression, völlig klar. Es geht um bessere Verteilnetze, völlig klar. Aber wir müssen natürlich aufpassen, dass wir bei der Fotovoltaik nicht dasselbe erleben wie beim Biodiesel, dass man vom einen auf den anderen Tag zu stark auf die Bremse steigt und deswegen alles zusammenbricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen uns auch bei der Wasserkraft überlegen, wie es möglich ist, unter Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien zusätzliche Wasserkraft, die ebenfalls gesicherte Leistung ist, zu installieren. Das wird eine schwierige Debatte, wenn ich mir Gewässerökologie und Wasserrahmenrichtlinie anschau, aber ich sage ausdrücklich: Wir müssen diese Frage stellen, und wir müssen sie unter Berücksichtigung beider Bedürfnisse beantworten.

Ich sage sehr deutlich, dass wir natürlich auch über den Netzausbau reden müssen, ganz klar. Wir müssen über den Ausbau von Speicherkapazitäten reden, damit es uns gelingt, bei Windkraft und bei Fotovoltaik zu gesicherter Leistung zu kommen, also Pumpspeicherkraftwerke mit allem, was dazugehört.

Was den Ausbau gerade von Netzen und Pumpspeicherkraftwerken angeht, ist es so, dass aus meiner Sicht Bürgerbeteiligung und Effizienz keine Widersprüche sind. Meine Erfahrung ist: Wenn man die Leute frühzeitig einbezieht, spart man sich viele Gerichtsverfahren, die am Ende viel mehr Zeit kosten als die Bürgerbeteiligung am Anfang.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben noch ein weiteres Problem beim Netzausbau. Teilweise sind die Netzbetreiber direkt oder indirekt auch diejenigen, die den Strom produzieren. Oft hakt es beim Netzausbau daran, dass sie nicht wollen, dass die Leitung zum Konkurrenten gelegt wird. Auch über diese Frage werden wir nachdenken müssen, wie wir es hinbekommen, das an dem Punkt zu entflechten, um dafür zu sorgen, dass die für das Gemeinwohl sinnvollen Leitungen gebaut werden und nicht RWE alles dafür tut, dass keine Verbindung zum E.ON-Bereich gebaut wird – um es sehr deutlich auszudrücken. Auch über diese Punkte werden wir reden müssen.

Wir werden über die Stromleitung nach Skandinavien reden müssen, die bisher leider nicht vorangekommen ist, weil die Bundesregierung es nicht wollte. Das muss man sehr deutlich sagen. Die Bundesregierung wollte es nicht, weil die deutschen Stromnetzbetreiber kein Interesse daran haben, billigen Wasserkraftstrom nach Deutschland zu bekommen. Das ist leider so. Darüber werden wir diskutieren müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht nur über die Frage, welche Möglichkeiten wir haben, Strom aus Skandinavien zu beziehen. Wir müssen auch darüber diskutieren, welche Möglichkeiten es in Norwegen gibt, die Anlagen so umzurüsten, dass sie nicht nur fallendes Wasser zu Strom machen können, sondern dass sie beispielsweise in Hochwindphasen auch Strom nutzen können, um Wasser wieder hochzupumpen. Auch dies ist eine Möglichkeit, wie wir den norddeutschen Windstrom in Starkwindphasen klug speichern können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt etwas zur „Stromlücke“. Es macht uns sehr skeptisch, wenn wir hier die alten Redebausteine und die alten Märchen hören. In der Pressekonferenz von Angela Merkel am 14. März, die Sie angesprochen haben, wurde von einem Journalisten besorgt die Frage gestellt: „Wenn wir jetzt auf einen Schlag sieben Kraftwerke vom Netz nehmen, dann haben wir doch die Stromlücke, von der Sie immer geredet haben; deshalb haben Sie doch die Laufzeit-

ten verlängert.“ Darauf sagte Angela Merke ganz trocken: „Ich darf Sie beruhigen. Deutschland ist ein Stromexportland.“ Genau das haben wir hier gebetsmühlenartig vorgetragen, und Sie haben es immer bestritten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die 17 Atomkraftwerke in Deutschland, die vor dem Moratorium in Betrieb waren, waren seit Jahren nur teilweise am Netz. Gezielte Drosselungen, Betriebsstörungen und Revisionen, die regelmäßig gemacht werden mussten, haben dafür gesorgt, dass der Anteil des Atomstroms seit 2005 ständig gesunken ist. Wir hatten im Jahr 2007 die Situation, dass sechs Atomkraftwerke das ganze Jahr über stillstanden. Deutschland ist unter dem Strich trotzdem ein Stromexportland geblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Übrigens: Biblis A und Biblis B standen 2007 das ganze Jahr still. Insofern ist es spannend, wenn da immer die 20 TWh aus 2006 angeführt. 2007 hat Biblis null Strom geliefert.

(Peter Beuth (CDU): Jetzt kommt wieder die Kindergartennummer, dass das Licht in Hessen trotzdem nicht ausgegangen ist!)

Übrigens, Herr Beuth: Die sieben Kraftwerke, die aufgrund des Moratoriums angeblich vom Netz gegangen sind, sind nicht alle vom Netz gegangen, denn drei von ihnen standen schon still.

Die in Deutschland installierte Nettokraftwerksleistung ist zwischen 2005 und 2010 um rund 15.000 MW auf rund 135.000 MW gestiegen. Der Punkt ist schlicht, dass wir am Ende die Frage beantworten müssen: Wie hoch ist die gesicherte Leistung, die uns immer zur Verfügung steht – auch ohne Windkraft und Fotovoltaik, jedenfalls solange die benötigten Speicherkapazitäten noch nicht vorhanden sind? Die gesicherte Leistung in Deutschland beträgt 90.000 MW. Selbst an dem berühmten einen Tag im Winter – meist Ende November oder Anfang Dezember – hatten wir immer noch eine Reserve von 13.200 MW. Die acht Kraftwerke, über die gerade diskutiert wird, haben in den letzten Jahren zusammen weniger als 7.000 MW Leistung geliefert. Deswegen: Jeder, der erzählt, dass wir in Deutschland eine „Stromlücke“ haben, hat sich mit dieser Frage bisher nicht beschäftigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich bitte darum, dass wir von den Fakten ausgehen und uns auf die Fakten verständigen, wenn wir über diese Frage reden, und dann bitte auch mit den alten Geschichten vom Stromimport aus Frankreich und Tschechien aufräumen. Wenn Sie Matthias Kurth schon zitieren, dann zitieren Sie bitte das ganze Interview. Matthias Kurth hat völlig richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir aus Tschechien und aus Frankreich Strom importieren. Er hat in demselben Interview kurz zuvor aber gesagt, dass wir auch nach der Abschaltung der Atomkraftwerke Strom exportieren, und zwar in die Niederlande, in die Schweiz und nach Österreich.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Das ist aus dem Interview mit Matthias Kurth vom 4. April. Lesen Sie es nach – und zwar das ganze Interview.

Die spannende Frage ist: Wie ist die Netto-Energiesituation in Deutschland im Laufe des Jahres 2011 unter dem Strich? Ich biete Ihnen an, dass wir uns das schon jetzt ein-

mal betrachten. Ich bin sehr sicher, dass das Statistische Bundesamt im Frühjahr 2012 veröffentlichen wird, dass Deutschland auch im Jahr 2011 unter dem Strich kein Stromimporteur geworden ist – trotz der Abschaltung der Atomkraftwerke.

In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen: Wir haben ziemlich viele Kraftwerke, die sich in der sogenannten Kaltreserve befinden. Wir haben weiterhin einen Zubau an erneuerbaren Energien. Das heißt, wir werden am Ende – davon bin ich felsenfest überzeugt – kein Stromimportland werden, weil die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren so viel Zubau bekommen haben, dass wir keine Stromimporte brauchen. Die spannende Frage ist aber: Wenn wir weiterhin in die Niederlande sowie in andere Länder exportieren – übrigens auch nach Polen – und gleichzeitig aus Frankreich und Tschechien Strom importieren, dann deutet das darauf hin, dass wir ein Leitungsproblem haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben ein Leitungsproblem. Wir brauchen eine Nord-Süd-Trasse, um unter anderem norddeutschen Strom in süddeutsche Gegenden zu bekommen, wo Bedarf herrscht. Das ist für uns keine neue Erkenntnis.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Sie können sich die entsprechende Bundestagsdrucksache anschauen. – Der Bundesumweltminister, der ein Netzbedarfsgesetz auf den Weg gebracht hat, hieß Jürgen Trittin. Das wird Sie möglicherweise überraschen. Was Sie vielleicht noch mehr überraschen wird: Es ist im Bundesrat an einer schwarz-gelben Mehrheit gescheitert, weil die Energiekonzerne in Süddeutschland kein Interesse daran hatten, dass norddeutscher Strom nach Süddeutschland kam, weil sie keine Konkurrenz für ihre Kraftwerke haben wollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bei der Frage, wer eigentlich zur Dafür- und zur Dagegen-Partei gehört, bitte ich Sie, zu überlegen, ob alles, was Sie da immer gesagt haben, mit der Realität übereinstimmt. Ich habe hier die Niederschrift über die Sitzung des Kreistags des Werra-Meißner-Kreises vom 10. Dezember 2010. Ich schaue mich gerade um: Wo sind Dirk Landau und Dieter Franz?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wo ist der Ministerpräsident?)

– Wo der MP ist, weiß ich nicht, aber Dirk Landau ist da.

(Zurufe von der SPD)

Damals wurde im Kreistag über die Trasse Walle – Mecklar diskutiert. Sie wissen, dass es zwei Varianten gibt: die eine durch Schwalm-Eder, die andere über Werra-Meißner. Beide enden in Mecklar. Was ist am 10. Dezember 2010 passiert? Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises hat über diese Trasse diskutiert. Damals ist eine Resolution mit folgendem Inhalt verabschiedet worden. Erstens wird eine Freileitung abgelehnt, zweitens wird sogar eine Erdverkabelung abgelehnt. Wissen Sie, wer diesen Beschluss gefasst hat? SPD, FDP und CDU. Die einzige Dafür-Partei war BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dieter Franz (SPD))

– Ich habe das Protokoll hier. Da steht:

Kreistagsabgeordneter Franz begründet den auf gemeinsamen Antrag der SPD- und der FDP-Kreistagsfraktionen in die Tagesordnung aufgenommenen Punkt.

Darunter steht:

Erster Kreisbeigeordneter Thiele (FDP) teilt mit, dass im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung der vorliegende Antrag der in Kürze abzugebenden Stellungnahme des Kreises angefügt wird.

Kreistagsabgeordneter Arnoldt (CDU) kritisiert die derzeitige Konzeption des Trassenverlaufs und teilt die Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion zum vorliegenden Antrag mit.

Kreistagsabgeordneter Jung (GRÜNE) führt aus, dass aus seiner Sicht in den bisherigen Diskussionen stets Konsens war, dass, wenn der Neubau der Trasse tatsächlich in Übereinstimmung mit den Klimaschutzzielen der Bundesregierung steht und diese nach dem Stand der Technik erdverkabelt wird, der Kreis dem Vorhaben zumindest nicht grundsätzlich widerspricht. Er ist daher über den vorliegenden Antrag verwundert ...

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Es tut gut, wenn man sich von seinen bisherigen Haltungen löst und sich anschaut, wie es wirklich ist. Es kann sein, dass es den einen oder die andere GRÜNE vor Ort gibt, die bzw. der im Zweifel gegen diesen oder jenen Trassenverlauf ist. In aller Regel haben aber selbst die, die dagegen sind, wenigstens eine Alternative vor Augen – Stichwort: Erdverkabelung oder Ähnliches – und sind nicht einfach nur dagegen, wie meistens und zuallererst die CDU-Bürgermeister. Auch an diesem Punkt gilt: Wir sollten uns auf eine gemeinsame Faktenlage einigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben Ihnen unsere Alternativen auf den Tisch gelegt. Wir haben Ihnen heute aus gutem Grund noch einmal unser Konzept in die Fächer legen lassen: weil wir darüber diskutieren wollen, wie schnell wir zu einer 100-prozentigen Versorgung aus erneuerbaren Energien kommen können, und weil wir davon überzeugt sind, dass wir einen Anteil von 100 % erreichen können, wenn wir die Planungshindernisse bei den Windkraftanlagen beseitigen und jetzt endlich auch den Netzausbau voranbringen.

Aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Auch da kommt es auf Transparenz an. Wenn beispielsweise selbst der dena-Chef sagt, aus seiner Sicht sei vielleicht die Hälfte der Trassen nicht notwendig, wenn man Hochtemperaturseile verwenden würde, bleibt festzuhalten, dass auch dies ein Beitrag zur Beschleunigung des erforderlichen Ausbaus der Netzkapazitäten sein könnte.

Ich bitte an diesem Punkt darum, dass erst einmal sachlich darüber diskutiert wird; denn ich bin felsenfest überzeugt davon, dass man, wenn man guten Willens ist, durch Taten überzeugen kann – aber nur durch Taten, nicht durch weitere Ankündigungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Hessen nämlich kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Handlungsproblem. Eigentlich liegen alle Fakten auf dem Tisch. Aus meiner Sicht kann es sich das Land Hessen nicht leisten, weiterhin nicht zu handeln, nur weil manche noch ein Erkenntnisproblem haben.

Deswegen sage ich für meine Fraktion ausdrücklich: Wir werden beim Energiegipfel konstruktiv mitarbeiten, wenn es um die Sache geht. Wenn wir aber das Gefühl haben, dass dieser Energiegipfel ein weiterer Versuch ist, nicht zu handeln, werden wir unsere konstruktive Mitarbeit nicht weiterführen können, sondern wir werden wieder aussteigen. Es kommt also darauf an, ob wir merken, dass endlich etwas passiert, statt dass nur weiter geredet wird.

Herr Ministerpräsident – schön, dass Sie wieder da sind –, ich sage Ihnen sehr deutlich: Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, alle müssten überprüfen, ob ihre bisherigen Positionen mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Dazu sage ich ausdrücklich Ja. Alle müssen das überprüfen.

Sie haben auch gesagt, dass es jetzt darum geht, welche Schritte gemeinsam gegangen werden müssen. Dazu gehört dann auch – wenn wir hier schon über erneuerbare Energien reden –, dass wir darüber sprechen müssen, was wir in der Zwischenzeit brauchen. Selbst wir, die wir sagen, in 20 Jahren könnten wir die Stromerzeugung zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken, müssen nämlich die Frage beantworten, was zwischen heute und 2030 passiert.

Da stellt sich eine ganz banale Frage. Das ist zwar auch eine klimapolitische, vor allem aber eine sehr ökonomische Frage. Wer beim Energiegipfel dabei war und die Unterschiede zwischen Herrn Großmann und Herrn Maubach vom E.ON-Vorstand zur Kenntnis genommen hat, weiß, dass die Vertreter von E.ON nicht gesagt haben, sie wollten jetzt den neuen Block von Staudinger bauen, sondern dass sie vorhaben, zu beobachten, wie es in Hessen vorangeht. Das hat einen ganz schlichten ökonomischen Hintergrund.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Kohlekraftwerke erfordern am Anfang eine unglaublich hohe Investitionssumme. Diese Investitionssumme muss sich über einen Zeitraum von 40 Jahren rentieren; der Betrag muss wieder hereinkommen. Sie werden die hohen Summen, die sie bei Kohlekraftwerken am Anfang investieren müssen, nur wieder hereinholen, wenn die Anlagen auf ungefähr 7.000 bis 8.000 Volllaststunden im Jahr kommen, wenn sie also in Grundlast gefahren werden. Je stärker wir aber die erneuerbaren Energien ausbauen, umso geringer wird die Zahl der Volllaststunden der Kohlekraftwerke ausfallen, und umso weniger werden sie sich ökonomisch rechnen.

Es gibt auch einen ganz einfachen physikalischen Grund: Kohlekraftwerke sind vergleichsweise schlecht als Regelenergiekraftwerke einsetzbar. Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass es am Anfang noch deutliche Unterschiede dabei gibt – Stichwort: Wind, Stichwort: Sonneneinstrahlung –, wie viel erneuerbare Energie jeweils zur Verfügung steht. Das bedeutet aber, dass wir Regelenergie zur Deckung bei Bedarfsspitzen und zur Kompensation von Angebotsensenken brauchen. Wenn Sie einmal versucht haben, Ihren Gasherd oder Ihren Holzkohlegrill zu regeln, werden Sie vielleicht den Unterschied verstehen.

Lieber Kollege Dr. Wagner, das bedeutet, dass es einen physikalischen und einen ökonomischen Grund dafür gibt, warum neue Kohlekraftwerke in der neuen Energieversorgungslandschaft in Deutschland keinen Sinn ergeben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dabei habe ich noch kein einziges Mal über unsere Klimaschutzziele gesprochen, die es übrigens auch gibt. Deswegen sage ich Ihnen sehr deutlich: In unserem Konzept steht auch, dass wir für eine Übergangszeit neue fossile Kraftwerke brauchen werden. Das werden flexible Gas- und Dampf-Kraftwerke sein müssen.

Herr Rock wird jetzt fragen – ich kenne ihn –, was das für die Kosten bedeutet. Das bedeutet – Gas ist noch teurer als Kohle –, dass auch Energieeffizienz und Wohngebäudeanierung mit dieser neuen Energieversorgungslandschaft zusammenhängen; denn wir dürfen unser Gas im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr verheizen, sondern wir werden es in der Übergangszeit für etwas ganz anderes brauchen, nämlich zur Erzeugung von Regelenergie für die Stromversorgung.

Wenn ich von Gas und Dampf rede, meine ich damit, dass wir auch Wärmeabnehmer brauchen. Deswegen sage ich Ihnen sehr deutlich: Schon vor vier Jahren hat Iberdrola im Landkreis Hersfeld-Rotenburg – Mecklar-Meckbach – ein Kraftwerk geplant. Dieses Projekt liegt momentan auf Eis. Ich fände es gut, wenn alle im Landtag vertretenen Fraktionen an diesem Punkt dafür sorgten, dass die Investoren ermutigt werden, dieses Kraftwerk zu bauen. Das brauchen wir nämlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, wir müssen hier ernsthaft über die Frage reden, was notwendig ist. Ich habe Ihnen gesagt, unser Konzept liegt vor. Was die Kosten betrifft – weil das angesprochen wurde –, sage ich Ihnen: Wir GRÜNE haben nie versprochen, dass die Energie noch einmal billiger wird. Aber wir haben immer gesagt, dass durch Einsparungen und Effizienz die spezifische Kostensteigerung wieder aufgefangen werden kann.

Wir gehen in allen unseren Konzepten davon aus, dass zuallererst die Einsparung funktioniert. Das heißt, die Kultur der Verschwendung von Energie, auf der die Industrienationen in den letzten Jahrzehnten gründen, muss beendet werden. Sie muss beendet werden, ohne dass der Lebensstandard gesenkt werden muss, im Gegenteil.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das bedeutet, wir müssen darüber sprechen, wie wir Effizienz und Einsparung so voranbringen können, dass wir am Ende zwar über höhere Kosten pro Kilowattstunde, aber nicht über mehr Geld pro Haushalt reden müssen. Das wird noch schwierig genug werden. Aber wir müssen endlich damit anfangen.

Das Problem der großen Kohlekraftwerke und der großen Atomkraftwerke ist, dass sie, historisch gesehen, der Kultur der Verschwendung geradezu Vorschub geleistet haben. Warum konnte man bis vor Kurzem die belgischen Autobahnen vom Weltraum aus sehen? Warum ist ein energetischer Irrsinn wie die Nachtspeicherheizungen überhaupt auf den Weg gebracht worden? Das war so, weil wir in einer Kultur der Verschwendung gelebt haben. Mit dieser Verschwendung muss Schluss sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir glauben, dass wir in den nächsten 20 Jahren durch einen Mix aus Einsparung, aus Effizienz und aus dem Aus-

bau der erneuerbaren Energien einen 100-prozentigen Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromversorgung erreichen können: durch den Ausbau der Windkraftanlagen im Binnenland, durch den Ausbau der Windkraftanlagen an der Küste und im Meer, durch die Fotovoltaik, durch die Wasserkraft, zu einem ganz geringen Anteil auch durch die Geothermie und durch die Biomasse.

Wir sind davon überzeugt, dass das möglich ist. Wir sind gern bereit, über einzelne Gewichtungen zu diskutieren. Wir sind auch gern bereit, über konstruktive Gegenvorschläge zu diskutieren. Aber ich sage sehr deutlich, wenn hier jemand noch einmal anfängt, über ein „Weiter so“ im Zusammenhang mit Biblis A und Biblis B zu reden, gibt es mit uns keine Diskussion. Wir müssen die Nutzung der Atomkraft ein für alle Mal beenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe festgestellt, dass hier bei vielen Nachholbedarf besteht.

Am heutigen Tage ist ein schöner neuer Reiseführer auf den Markt gekommen – zufälligerweise am heutigen Tage –, nämlich der neue Baedeker. Wenn Sie jetzt denken, der neue Baedeker würde die Schönheiten von Mittelhessen oder Ähnliches darstellen – die gibt es auch, keine Sorge, ich möchte niemandem zu nahe treten –, so will ich sagen: Der neue Baedeker ist ein ganz toller. Der neue Baedeker empfiehlt nämlich: erneuerbare Energien in Deutschland entdecken. Wir haben dort vom Offshore-Windpark an der Küste bis zur regenerativ versorgten Wanderhütte im Karwendelgebirge verschiedenste Dinge. In Deutschland gibt es in Sachen erneuerbare Energien viel zu entdecken.

(Zuruf von der SPD)

Es sind auch das Niestetal und Kassel dabei. Es ist leider so, dass wir nur sechs Seiten für Hessen haben, darunter auch die Thermalquellen in Wiesbaden – daran war sicher keine Regierung beteiligt, außer vielleicht irgendeinem römischen Gouverneur –,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Horst Klee (CDU): Gott sei Dank keine anderen!)

aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Ich hätte gern, dass bei einer Neuauflage dieses Buches nicht mehr nur sechs Seiten für Hessen und elf Seiten für Rheinland-Pfalz enthalten sind, sondern ich finde, wir haben es jetzt in der Hand, uns auf den Weg zu machen. Da offensichtlich viel Nachholbedarf besteht, bin ich gerne bereit – wir haben uns ja darauf verständigt, hier nichts mehr zu überreichen, aber ich kann es nachher vor der Tür tun –, dem Herrn Ministerpräsidenten für den Osterurlaub ein paar Hinweise zum Thema „Deutschland – erneuerbare Energien entdecken“ zu geben. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Schönen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit über einem Monat schaut die ganze Welt auf Japan, wo den Men-

schen nach dem Erdbeben und nach dem Tsunami nun eine atomare Katastrophe droht. In der letzten Nacht wurde der Unfall von Fukushima als katastrophaler Unfall der Stufe 7, als Super-GAU, eingestuft – eine Einstufung, die bisher nur bei Tschernobyl erfolgte. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den Menschen, die durch diese Katastrophe ihre Angehörigen und ihr Zuhause verloren haben.

Meine Damen und Herren, Naturkatastrophen wie Erdbeben und Tsunamis können wir nicht verhindern, aber atomare Katastrophen können und müssen wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Monat jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Dieser Unfall hat Zehntausende Menschen das Leben gekostet und ganze Landstriche radioaktiv verseucht. Die Ereignisse am Atomkraftwerk Fukushima zeigen erneut, welche Gefahren die Atomkraft birgt und was das sogenannte Restrisiko im Ernstfall bedeutet. Besonders tragisch ist, dass ausgerechnet Japan, das die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki erleben musste, nun Opfer einer nuklearen Katastrophe wird.

Die Katastrophe von Fukushima hat die Atomkraft erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Aber bereits vor Fukushima gab es massenhaften Protest gegen den Atomkurs der Bundesregierung.

Die Proteste anlässlich des Castortransports im November waren die größten, die es anlässlich eines Castortransports bisher gegeben hat. Über 50.000 Menschen im Wendland und Tausende im ganzen Land haben ihre Ablehnung der schwarz-gelben Atompolitik auf die Straße und auf die Schienen getragen. Statt diese berechtigten Proteste ernst zu nehmen, haben Sie mit dazu beigetragen, dass diese Aktivisten kriminalisiert wurden.

In den letzten vier Wochen seit Fukushima sind erneut Hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen, um Solidarität mit den Menschen in Japan zu zeigen und um ein Zeichen gegen Atomkraft zu setzen. Auch in Hessen fanden an vielen Orten Kundgebungen, spontane Mahnwachen und Demonstrationen statt. Die Menschen fordern zu Recht, dass Fukushima zum Anlass genommen wird, endlich aus der Atomkraft auszusteigen. Vor allem wollen diese Menschen jetzt Taten sehen und nicht immer weitere Beschwichtigungen hören.

Aber, Herr Ministerpräsident, ob Ihre heutige Regierungserklärung dazu einen sinnvollen Beitrag leistet, wage ich zu bezweifeln. Ich frage mich bei den Mitgliedern Ihres Kabinetts immer wieder, warum Sie Regierungserklärungen abgeben, wenn Sie eigentlich gar nichts zu erklären haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Der Neuigkeitswert Ihrer Regierungserklärung hält sich wirklich in engen Grenzen. Das meiste war vorher schon bekannt. Sie sagen, Sie wollen keinerlei Vorfestlegungen. Die Frage ist, ob man über 50 Minuten reden muss – das ist eine lange Redezeit –, wenn man sich mit gar nichts festlegen möchte.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Sie haben keine konkreten Zusagen gemacht, keinen Weg aufgezeigt, keine Gesetzesinitiativen angekündigt. Stattdessen haben Sie Vergangenheitsbewältigung betrieben,

alte Bedenken neu gestreut und längst bekannte Fragen erneut aufgeworfen. Das ist kein Wunder. Immerhin erlebt Ihre Koalition gerade hier in Hessen auch so etwas wie ihre eigene Atomspaltung. Während die FDP, offensichtlich auch von Existenzängsten getrieben, eine leichte Absatzbewegung von ihrer bisherigen Atompolitik macht, tut sich die CDU offensichtlich schwer dabei, ihre Nibelungentreue zu E.ON und RWE zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Es ist zu begrüßen, wenn die FDP ihr bisheriges Programm über den Haufen wirft. Ich bin der Meinung, da kann die Energiepolitik nur den Anfang gemacht haben. Ich hoffe, dass das Umdenken der FDP in diesem Fall von Dauer sein wird. Die FDP hat ja schon häufig ein Rückgrat wie Wackelpudding bewiesen, gerade dann, wenn großzügige Parteispenden im Spiel waren.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Das muss man sich wirklich nicht anhören, oder?)

– Ja, das müssen Sie sich schon anhören, Herr Ministerpräsident. Sie haben natürlich die Wahl. Sie können auch rausgehen. Aber ich werde jetzt hier weiter reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass E.ON und RWE immer an CDU und FDP gespendet haben, brauchen Sie ja auch nicht zu verleugnen. Sie müssen dafür nur in den Rechenschaftsbericht der Bundestagsverwaltung schauen. Da können Sie das alles nachlesen, Herr Ministerpräsident. Aber wenn Ihnen das heute unangenehm ist, was ich sehr gut verstehen könnte, dann wäre es ja eine Möglichkeit, diese Parteispenden wieder zurückzuüberweisen und zu sagen: RWE und E.ON, nehmt in Zukunft mal ein anderes Konto.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Im Ausschuss forderte Herr Rentsch für die FDP, dass es möglich sein müsste, dass auch der FDP Lernfähigkeit zugestanden werde. Ich will auch der FDP per se die Lernfähigkeit nicht absprechen. Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass es Menschen aus der Wissenschaft, aus der Politik, aus den Umweltverbänden gibt, die seit Jahrzehnten vor den Risiken der Atomkraft und vor genau solchen Unfällen gewarnt haben, wie er jetzt in Fukushima passiert ist. Spätestens seit Tschernobyl sind die Gefahren der Atomkraft allgemein bekannt.

Sehr geehrte Herren von der FDP, ich finde es richtig und gut, dass Sie immerhin einen ersten Schritt weiter als Herr Wagner und die hessische CDU sind. Herr Wagner will offensichtlich das Aussterben der Dinosauriertechnologien Atom und Kohle mit aller Macht verhindern. Herr Wagner erklärte erst vor einigen Tagen, es sei absurd, wenn man deutsche Atomkraftwerke jetzt abschalten würde. Ich sage: Absurd wäre es, wenn wir deutsche Atomkraftwerke am Netz lassen und nach der Katastrophe von Fukushima nicht sofort abschalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Herr Wagner ist nicht das einzige Fossil in seiner Partei. Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der „Bild“ einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel „Warum wir die Kernenergie (noch) brauchen“. Darin heißt es – ich darf zitieren –: „Die Lehre aus Japan muss zunächst einmal sein, dass wir akzeptieren: Was in Japan passiert ist, ist schrecklich, aber – in aller Brutalität – es ist auch das Leben. Das Leben ist ohne Risiken nicht zu haben.“

Meine Damen und Herren, angesichts der Bilder aus Japan, ist die Aussage „es ist auch das Leben“ eines ehemaligen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland einfach nur zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Reaktorkatastrophen wie die in Tschernobyl oder Fukushima sind kein unvermeidliches Pech oder Schicksal. Sie sind die katastrophalen Folgen einer grundlegend falschen Entscheidung, die von Menschen getroffen wurde. Deshalb gehört die Atomkraft auch endlich ins Technikmuseum, und zwar in die Abteilung „Fehlentwicklungen“.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Herr Wagner eine ehrliche Debatte über Atomkraft fordert, dann müsste er natürlich auch erst einmal bei sich selber anfangen und aufhören, die Lügen der Atomlobby nachzuplappern und sich stattdessen mit den Fakten beschäftigen. Herr Wagner sagt – er ist jetzt leider nicht da –, er wolle das Moratorium nutzen, um nachzudenken.

Ich kann Ihnen nur raten: Fangen Sie langsam an mit dem Nachdenken. Der erste Monat des Moratoriums ist schon vorbei. Auf mich wirkt Herr Wagner nicht so, als hätte er irgendetwas reflektiert. Ich kann keinerlei Unterschied zu dem Herrn Wagner von vor sechs oder acht Wochen feststellen. Deshalb frage ich: Was muss eigentlich noch passieren, damit vonseiten der hessischen CDU aufgehört wird, immer wieder zu verharmlosen und schönzureden? Ich habe in dieser Rede kein Wort der Selbstkritik gehört. Ich kann nur sagen: Wenn Sie die drei Monate zum Nachdenken nutzen wollen, dann sollten Sie langsam damit anfangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Fakt ist: Atomkraft ist eine hoch riskante und unbeherrschbare Technologie. Auch deutsche Atomkraftwerke sind nicht sicher. Das Gerede von der sicheren Nutzung der Atomenergie ist eine Mär. Nicht nur Naturkatastrophen können zu Unfällen führen, sondern auch Stromausfälle oder einfach menschliches Versagen. Sicher ist bei Atomkraftwerken nur der Profit für die Betreiber.

Der Betrieb der Atomanlagen ist ein Risiko, aber auch der Transport und die Lagerung bergen Gefahren. Bis heute gibt es kein Endlager für den hoch radioaktiven Müll. Die rostigen Atomfässer in der Asse verbildlichen das ganze Desaster der Lagerung des Atommülls.

Dieselben Politiker, die an anderer Stelle gern von der Generationengerechtigkeit reden, haben keinerlei Skrupel, den nächsten 33.000 Generationen den nuklearen Müll zu vererben, der über Zehntausende Jahre sicher verwahrt werden muss, bis er irgendwann nicht mehr strahlt. Ich sage: In Verantwortung für die kommenden Generationen müssen wir doch aufhören, immer weiter atomaren Müll zu produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem ist die zivile Nutzung der Atomkraft die Voraussetzung für ihre militärische Nutzung. Es ist einfach unaufrichtig, diesen Zusammenhang zu verschweigen. Das Interesse an der Nutzung der Atomkraft ist vor allem bei den Staaten groß, die langfristig nicht auf die militärische Nutzung verzichten wollen. Deshalb fordert die LINKE ein Verbot der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomkraft. Wir wollen im Grundgesetz festgeschrieben haben, dass Deutschland ein für alle Mal mit der Nutzung der Atomkraft Schluss macht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sogenannte Moratorium ist eine Farce und eine Beruhigungsspiel für die Bevölkerung. Vor allem ging es darum, CDU und FDP über die anstehenden Landtagswahlen zu retten, ohne die Atomlobby zu sehr vor den Kopf zu stoßen. Das hat Herr Brüderle in bemerkenswerter Offenheit bei seinen Freunden aus der Industrie erklärt. Bemerkenswert ist auch, dass anschließend derjenige zurücktreten musste, der das wahrheitsgetreu aufgeschrieben hat, und nicht derjenige, nämlich Herr Brüderle, der klargestellt hatte, dass das Moratorium nichts als eine reine Wählertäuschung ist.

Das Moratorium ist auch rechtlich mehr als fragwürdig. Das rächt sich natürlich jetzt. Denn die Aufgabe der Bundesregierung ist es, Gesetze umzusetzen, und nicht, Gesetze auszusetzen. Frau Merkel verfährt nach dem Motto: Was interessiert mich mein Gesetz von gestern?

Es war so sicher wie das Amen in der Kirche: Natürlich klagt RWE gegen die Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis, Block A. Es hat sogar Chancen, damit durchzukommen.

RWE verdient täglich etwa 700.000 € allein mit dem Betrieb des Atomkraftwerks Biblis, Block A. Im schlimmsten Fall müsste der Steuerzahler also für Schadenersatzforderungen in Höhe von über 60 Millionen € aufkommen. Das heißt, die Konzerne verfahren nach dem Motto: Wenn sie keinen Atomstrom mehr verkaufen dürfen, dann holen sie sich das Geld eben vom Steuerzahler.

Das hätte verhindert werden können, wenn man eine gesetzliche Regelung geschaffen hätte, also ein neues Ausstiegsgesetz gemacht hätte. Aber das wollte die Bundesregierung nicht. Das zeigt, wie wenig ernst ihr die ganze Sache ist.

Hätten die Kraftwerksbetreiber wie RWE und E.ON auch nur einen Funken Anstand, hätten sie nur einen Funken Verantwortungsgefühl, hätten sie von sich aus ihre Schrottmäuler vom Netz genommen. Sie hätten dann aufgehört, ihre Lobbytätigkeiten immer weiter fortzusetzen und ihre Märchen weiterhin zu verbreiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen scheut RWE nicht einmal davor zurück, die ihr in Treue ergebene schwarz-gelbe Bundesregierung samt Kanzlerin vorzuführen. Wer wie RWE-Chef Großmann davon spricht, dass es auch noch in 80 Jahren Atomkraftwerke geben werde, ordnet in zynischer Weise die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung den Profitinteressen seines Konzerns unter.

Der EnBW-Chef hat erklärt, das Moratorium werde drei Monate dauern, man werde die drei Monate abwarten, danach werde das Spiel von Neuem beginnen. Angesichts der Bilder aus Japan ist auch das eine ungeheuerliche Aussage.

Die angekündigten Sicherheitsüberprüfungen sind eine Farce. Für alle deutschen Atomkraftwerke liegen umfangreiche Sicherheitsgutachten vor. Einmal ganz davon abgesehen, dass drei Monate kaum ausreichen würden, um umfangreiche Sicherheitsprüfungen vorzunehmen.

Die Sicherheitsmängel der Atomkraftwerksblöcke in Biblis sind längst bekannt. Seit 20 Jahren steht die Umsetzung der sogenannten Weimar-Auflagen aus. Ein Gutachten des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums kommt zu dem Schluss, dass es gravierende

Schwachstellen beim Atomkraftwerk in Biblis gibt. Das gilt auch für das Notstandssystem.

Die Reaktoren in Biblis können nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt werden. Das ist so, obwohl sie in unmittelbarer Nähe zum Frankfurter Flughafen liegen. Wenn selbst ein vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zu diesem Schluss kommt, dann sollten doch eigentlich im Umweltministerium alle Alarmglocken schrillen.

Erst in der letzten Woche ereignete sich ein weiterer Störfall im Atomkraftwerk Biblis. Ich finde es, ehrlich gesagt, schon ganz schön frech, dass RWE den Störfall erst Tage später mitteilte, damit dieser Störfall bloß nicht Thema des Energiegipfels werden konnte. Denn dann wäre RWE in eine noch schlechtere Position gekommen.

Wenn wir über das Atomkraftwerk Biblis sprechen, dann reden wir über die ältesten und unsichersten Reaktoren Deutschlands mit über 800 meldepflichtigen Störfällen. Diese Schrottreaktoren müssen endlich vom Netz gehen, weil die Menschen und nicht die Gewinne im Mittelpunkt der Politik stehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jede erneute Panne zeigt, dass die Biblis-Reaktoren tickende Zeitbomben sind. Deshalb wäre die endgültige Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis die einzig richtige Konsequenz. Der Störfall der letzten Woche hat gezeigt, dass dieser Reaktor nicht einmal abgeschaltet pannenfrei funktionieren kann.

Keine Atomaufsichtsbehörde darf angesichts der Gefahren, die von diesen Reaktoren ausgehen, die Augen verschließen und das Atomkraftwerk Biblis auch nur einen Tag länger am Netz lassen. Das hessische Umweltministerium ist der Sicherheit der Menschen verpflichtet. Es ist keine Außenstelle von RWE und E.ON.

Statt die bekannten Sicherheitsmängel endlich anzuerkennen, ruft die Bundesregierung eine sogenannte Ethikkommission und eine Reaktorsicherheitskommission ins Leben.

Der Herr Ministerpräsident hat zu Beginn seiner Rede George Bernard Shaw zitiert. Ich erweitere sehr gerne den Zitatefundus des Ministerpräsidenten mit einem weiteren Shaw-Zitat. Es lautet:

Hätte man bei der Erschaffung der Welt eine Kommission eingesetzt, dann wäre sie heute noch nicht fertig.

(Heiterkeit des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Das ist vielleicht ein schöner Spruch für die nächste Geburtstagskarte, die der Ministerpräsident der Kanzlerin schicken wird. Denn offensichtlich findet er in George Bernard Shaw einen wichtigen politischen Ratgeber.

Meine Damen und Herren, die Atomkraft ist keine Brücke hin zu der Nutzung der erneuerbaren Energien, wie Sie das oft behaupten. Es handelt sich um eine gefährliche Sackgasse.

Ein schneller Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft könnte Motor sein. Denn wenn der Atomstrom aufhört, die Netze zu verstopfen, wäre das eine Chance für den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien.

Im bestehenden Netz hat der Grundlaststrom aus fossilen und atomaren Anlagen faktisch Vorfahrt. Das behindert

natürlich die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen. Deshalb müssen Windkraftanlagen immer wieder abgeschaltet und heruntergefahren werden. Denn der Strom aus der Nutzung der Atom- und Kohlekraftwerke blockiert die Netze.

Auch die These der Versorgungslücke ist nicht haltbar. Das bestätigt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Sondergutachten „Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung“, das er im Januar 2011 vorgelegt hat. Darin stellt der Umweltrat klar, dass weder eine Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke noch der Bau neuer Kohlekraftwerke notwendig ist. Seiner Einschätzung nach behindern der Ausbau der Nutzung der Kohlekraft und die Nutzung der Atomkraft den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien. Das ist logisch. Denn fossile Großkraftwerke sind unflexibel. Sie können nicht schnell hoch- und heruntergefahren werden. Deshalb können sie die Schwankungen bei der Nutzung der Wind- und der Sonnenkraft überhaupt nicht ausgleichen. Wer also die Nutzung der erneuerbaren Energien ausbauen will, darf nicht weiterhin auf die Nutzung der Atomenergie und der Kohle setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ministerpräsident hat versucht, den Eindruck zu erwecken, der Umstieg auf die Nutzung erneuerbarer Energien und der Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft seien nur dann möglich, wenn neue Kohlekraftwerke gebaut würden, wie etwa der geplante Block 6 beim Kraftwerk Staudinger. Das heißt, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Das muss man ganz klar sagen: Was hilft es, das atomare Risiko abzustellen, wenn man gleichzeitig den Klimawandel mit all seinen dramatischen Folgen vorantreibt?

Herr Wagner hat eine Abwägung atomarer Risiken und der Klimaerwärmung vorgenommen. Das sind zwei Probleme. Man kann aber nicht das eine Problem mit dem anderen lösen. Die Alternative zur Nutzung der Atomkraft ist nicht die Nutzung der Kohlekraft. Vielmehr ist es der Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien und vor allem auch die Energieeinsparung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das nächste Thema, bei dem gerne Nebelkerzen geworfen werden, betrifft die Frage der Strompreise. Es wird so dargestellt, als ob der Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft und der Umstieg auf erneuerbare Energien zwangsläufig zu massiven Strompreiserhöhungen führen würden. Fakt ist aber: Während der letzten Jahre sind die Kosten der Konzerne für die Nutzung des Atomstroms deutlich gesunken. Die Strompreise sind aber ständig gestiegen, weil die Atomkonzerne immer dreister abkassiert haben.

Wie eine Litanei wiederholen die Atomkraftbefürworter, dass Atomkraft billig sei. Auch dem widerspricht im Übrigen der Umweltrat, weil die fossilen Energien immer weniger werden und erneuerbare Energien in unbegrenztem Umfang vorhanden sind. Wind und Sonne sind unerschöpflich, und deswegen liegt auch dort die Zukunft.

Atomstrom hat keine strompreisdämpfende Wirkung und wird zudem vom Staat subventioniert. Die Kosten für den Transport und die Lagerung der Brennstäbe trägt die Allgemeinheit. Die Betreiber von Atomkraftwerken sind zwar durch das Atomgesetz verpflichtet, Rücklagen für die Stilllegung, für den Rückbau, für die Entsorgung von atomarem Müll zu bilden. Aber die steuerliche Freistellung der Rücklagen führt dazu, dass enorme wirtschaftli-

che Vorteile für die Betreiber entstehen und im Falle einer Insolvenz dieses Geld für den Staat überhaupt nicht mehr zur Verfügung steht. Deshalb fordert DIE LINKE – dazu haben wir auch einen Antrag in den Bundestag eingebracht – die Überführung der Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Das ist eine wichtige Forderung, um dieses Geld auch dafür einzusetzen, wofür es gedacht war.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Energiekonzerne nennen als Grund für die hohen Preise gern das Erneuerbare-Energien-Gesetz, um davon abzulenken, dass sie sich selbst die Kassen immer voller machen. Wenn der Herr Ministerpräsident auch heute in seiner Rede wieder von der angeblich so teuren Solarenergie spricht, dann muss man auch einmal sagen: Hätte man all das Geld, das man in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Atomlobby in den Rachen geworfen hat, in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert, dann bräuchten wir heute über Atom und Kohle überhaupt nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist typisch, dass auch hier wieder versucht wird, die Energiewende als wohlstandsbedrohend, als arbeitsplatzgefährdend darzustellen, statt die erneuerbaren Energien als Entwicklungschance zu begreifen.

Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, wir dürften die sozialen Belange der Menschen nicht aus den Augen verlieren, nämlich der Menschen, für die Strompreiserhöhungen eine erhebliche Belastung darstellen. Da frage ich mich: Wo war der Ministerpräsident eigentlich in den letzten Jahren? Seit Jahren zocken die Energiekonzerne die Verbraucherinnen und Verbraucher ab, mit einer Preiserhöhung nach der anderen, damit mehr Profite in den Konzernzentralen gescheffelt werden. Statt dem einen Riegel vorzuschieben, wurde im Zuge der Liberalisierung des Energiemarktes die staatliche Strompreisaufsicht gänzlich abgeschafft. Bis vor wenigen Jahren hatten die Wirtschaftsministerien zumindest theoretisch die Möglichkeit, die Strompreise zu kontrollieren. Aber heute ist das durch die sogenannte Liberalisierung überhaupt nicht mehr möglich.

Wenn die sozialen Belange jemandem am Herzen liegen, dann muss man auch sagen: Es gibt jährlich 840.000 Abklemmungen in Deutschland, weil Menschen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Ich halte es schon für einen Skandal, wenn Menschen mit einem niedrigen Einkommen in ihren Wohnungen frieren müssen, weil sie die Rechnungen für Strom und Gas nicht bezahlen können.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Um das zu verhindern, fordert DIE LINKE eine wirkungsvolle Strompreisaufsicht und eine soziale Tarifgestaltung.

(Beifall bei der LINKEN – Leif Blum (FDP): Da könnte man wieder Sarrazin zitieren!)

Die Preisaufsicht der Bundesländer wurde 2007 abgeschafft. Seitdem haben es die Energiemonopole noch leichter, eine Preiserhöhung nach der anderen durchzusetzen. Wenn man den Energiekonzernen freie Hand lässt, dann heißt das, es wird keinen Atomausstieg und keinen Umstieg auf erneuerbare Energien geben, und die Preise werden trotzdem immer weiter steigen. Die Konzerne benutzen ganz bewusst die Preise als Hebel, um die

Politik zu erpressen und um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu verhindern.

Wenn davon gesprochen wird, was der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung auch getan hat – da ist er ja wieder –, dass Deutschland seine Abhängigkeit von Strom aus dem Ausland erhöht, wenn Atomkraftwerke stillgelegt werden, muss man auch sagen, dass von einem Mangel an Strom überhaupt keine Rede sein kann. Im „Handelsblatt“ habe ich gerade nachgelesen – das „Handelsblatt“ ist sicher kein Zentralorgan der Öko-Bewegung –, Deutschland braucht keine Stromimporte, weil auch nach Abschaltung der vom Moratorium betroffenen Atomkraftwerke überhaupt kein Mangel an Strom besteht.

Wenn aber die Energieabhängigkeit Deutschlands als ein tatsächliches Problem gesehen wird, dann müssen wir doch erst recht über den Ausbau von erneuerbaren Energien reden. Schließlich bauen wir Steinkohle auch nicht in Deutschland ab, Erdgas kommt nicht aus Deutschland, Uran kommt auch nicht aus Deutschland. Also wenn Sie diese Sorge haben, dann müssen doch der Ausbau erneuerbarer Energien, die Nutzung von heimischen Rohstoffen an erster Stelle stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will auch sagen, dass in Zeiten knapper werdender Rohstoffe der Ausbau erneuerbarer Energien auch eine Investition in den Frieden ist. Denn um Sonne, um Wind werden keine Kriege geführt, weil sie für jeden zur Verfügung stehen und nicht privatisierbar sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie beklagen, es mache keinen Sinn, wenn Deutschland Atomkraftwerke abschaltet, aber gleichzeitig überall auf der Welt neue AKWs geplant und gebaut werden, kann ich Ihnen nur völlig recht geben, dass der Atomausstieg in Deutschland allein nicht reicht, sondern dass wir weltweit über die Frage des Atomausstiegs reden müssen. Sie haben China, Brasilien und Indien angesprochen. In Brasilien wird gerade ein AKW inmitten eines Erdbebengebiets gebaut, abgesichert durch eine milliarden schwere Hermes-Bürgschaft der Bundesregierung. Solche Förderungen darf es in Zukunft einfach nicht mehr geben. Herr Ministerpräsident, da sind Sie sicher meiner Meinung.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, jetzt laden Sie zu einem Energiegipfel ein und erklären, dort solle ganz ohne Vorfestlegungen diskutiert werden. Und schon treffen Sie die ersten Vorfestlegungen, indem Sie Umweltverbände, Bürgerinitiativen und die Stadtwerke gar nicht erst mit an den Tisch holen. Welche Antworten man bekommt, hängt auch davon ab, wen man fragt. Es ist absurd, zu einer Diskussion über eine Energiewende RWE und E.ON einzuladen, aber Organisationen wie den BUND, IPPNW oder die Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“ einfach außen vor zu lassen.

RWE klagt gerade gegen die Stilllegung von Biblis A, und Sie laden Herrn Großmann zum Gipfeltreffen ein. Da frage ich mich: Wie soll denn da ein Konsens mit RWE erzielt werden? Vereinbarungen mit der Atomlobby sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind; das hat die Vergangenheit gezeigt. Sie aber bieten der Atomlobby weiter ein Forum, damit sie ihre Märchen verbreiten kann. Deshalb hat DIE LINKE nach der Einreichung der Klage auch gefordert, dass Herr Großmann, dass

RWE vom Energiegipfel eingeladen werden muss, weil es einfach keinen Sinn macht, mit RWE über den Ausbau von erneuerbaren Energien zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer von nötiger „gesellschaftlicher Akzeptanz“ spricht wie Sie, Herr Ministerpräsident, der darf Umweltverbände und Atomkraftgegner eben nicht vor der Tür der Staatskanzlei stehen lassen. Die Erfahrungen der Stadtwerke und der Sachverständigen von unabhängigen Wissenschaftlern sind gefragt, und nicht die Reklame von Lobbyisten. Notwendig ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog und keine Hinterzimmerpolitik. Deshalb werden wir unsere weitere Teilnahme am Energiegipfel auch davon abhängig machen, ob sich Vertreter von Umweltverbänden und der Antiatombewegung daran beteiligen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Konzepte und konkrete Vorschläge für sofort umsetzbare Schritte liegen seit Langem auf dem Tisch. Sie sind von Schwarz-Gelb immer wieder abgelehnt und niedergestimmt worden. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, man könne nicht immer nur „dagegen“ sein, sondern müsse auch das „Dafür“ benennen, dann will ich Sie schon daran erinnern, dass es in der Vergangenheit so war, dass es beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Entwicklung einer fortschrittlichen Energiepolitik in diesem Haus nur zwei Dagegen-Parteien gab: Das ist Ihre CDU, und das sind die Herren der FDP. Sie haben gegen alles gestimmt, was hier vorgelegt wurde. Herr Ministerpräsident, deshalb werden Sie sich in Zukunft daran messen lassen müssen, was Sie tun, und nicht daran, was Sie ankündigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen keine zweite Showveranstaltung wie die Nachhaltigkeitskonferenz, die neben aufwendigen Homepages vor allem das produziert, was wir in der Klimafrage am wenigsten brauchen, nämlich viel heiße Luft. Lediglich Tätigkeit vorzutauschen hilft nichts.

Schwarz-Gelb hat den Ausbau erneuerbarer Energien in Hessen zugunsten der Atomkonzerne blockiert. Deshalb ist Hessen eines der Schlusslichter im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Herr Ministerpräsident, wenn Sie Platz 13 als Erfolg verkaufen wollen, dann zeigt das nur, wie wenig ambitioniert Sie in diesem Bereich sind. Sie sprechen von ambitionierten Zielen der Landesregierung und meinen damit das Ziel „20 % erneuerbare Energien bis 2020“, wohlgemerkt: ohne den gesamten Bereich Verkehr. Das ist alles andere als ehrgeizig und ambitioniert. Wenn Sie an den Zielen festhalten, können Sie froh sein, wenn Sie den – Ihrer Meinung nach – Spitzenplatz 13 überhaupt halten können. Vom Musterland erneuerbarer Energien, wie es einmal ein ehemaliger Ministerpräsident dieses Landes angekündigt hat, ist das ganz weit entfernt.

Wer eine schnelle Energiewende will und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit durch ein generelles Kreditverbot einschränkt, der wird früher oder später ein Problem haben. Hessen braucht Investitionen in die Energiewende – die Schuldenbremse wird sich hier noch als Investitionsbremse erweisen. Deshalb bleibt es für uns unverständlich, warum auch SPD und GRÜNE ihre Zustimmung zur Schuldenbremse gegeben haben und damit eine Zukunftsbremse mit auf den Weg gebracht haben, die vor allem die notwendigen Investitionen in den Kommunen verhindern wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Herrmann Schaus (DIE LINKE): Ihre eigenen Wähler sind ihnen nicht gefolgt!)

– Herr Al-Wazir, Ihre eigenen Kommunalpolitiker haben sich leider erst nach der Abstimmung dazu bekannt, dass sie auch gegen die Schuldenbremse gestimmt haben. Von daher gibt es auch viel Klarheit bei den GRÜNEN in dieser Frage. Schade, dass sie nicht vor dem 27. März öffentlich geäußert wurde.

Meine Damen und Herren, natürlich liegt das größte Potenzial beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Bereich der Windkraft. In Hessen liegt der Anteil der Windkraft bei mageren 2,5 %. Nur als Vergleich: In Sachsen-Anhalt sind es mehr als 50 %. Das liegt auch daran, dass CDU und FDP regelmäßig Kampagnen gegen Windkraftanlagen gemacht haben, statt den Ausbau zu forcieren.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie von Vorbehalten in der Bevölkerung gegen Windkraftanlagen sprechen, dann sollten Sie auch erwähnen, dass es Ihre Partei und die FDP waren, die diese Vorbehalte geschürt haben. Sie können nicht erst die Vorurteile mobilisieren und sich dann hinter diese zurückziehen, als wären die über Nacht vom Himmel gefallen. Sie haben gegen die Verspargelung der Landschaft gewettert. Sie haben gegen Windkraftmonster gewettert. Noch vor zwei Wochen hat die FDP im Kommunalwahlkampf plakatiert: keine Windkrafttrader im Odenwald.

Es ist bezeichnend, dass Ihnen die Schönheit der Natur herzlich wenig am Herzen liegt, wenn es um Landebahnen, Kühltürme und Autobahnen geht. Da nehmen Sie die Verschandelung der Landschaft gerne in Kauf. Aber bei Windkraftanlagen stört Sie das auf einmal. Ich finde, das ist schon ein sehr interessengeleitetes Ästhetikempfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt vor Ort erneuerbare Energien auszubauen, wollen Sie das möglichst weit wegschieben und setzen auf Offshore-Windenergie. Diese einseitige Offshore-Orientierung dient auch dem Interesse der großen Energiekonzerne. Wir brauchen aber die Nutzung der Windenergie auch vor Ort und nicht nur weit weg in der Nordsee. Umfragen belegen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger durchaus Windkraftanlagen in ihrer näheren Umgebung akzeptieren und befürworten würden, wenn dadurch die Strompreise sinken würden.

Es ist richtig, dass Investitionen in Netze notwendig sind, weil sie zum Teil marode sind und den neuen Anforderungen für eine flexiblere und dezentralere Erzeugung von Energie angepasst werden und anders funktionieren müssen. Aber Sie bringen den Ausbau des Netzes als nächstes Horrorszenario gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien in Stellung.

Wir können an vielen Orten unterirdisch verlegen, was zweifelsohne teurer ist. Aber wenn man auf die Milliardenprofite der Energiekonzerne zurückgreifen kann, dann ließe sich auch das finanzieren. Es stellt sich die Frage: Setzen wir vor allem auf zentrale Großkraftwerke und auf Windkraftanlagen in der Nordsee mit langen Transportwegen, oder setzen wir gerade auf dezentrale erneuerbare Energien, die vor Ort erzeugt und verbraucht werden können?

Herr Ministerpräsident, natürlich kann man den Verkehr nicht einfach ausklammern. Eine Energiewende – ich will

das nicht vertiefen – muss an einer Verkehrswende ansetzen. Die Landesregierung privilegiert die Straßen und den Flugverkehr. Das ist der energieintensivste Bereich. Deshalb brauchen wir hier ein Umdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie betonen die wichtige Rolle der Kommunen bei der Energiewende. Wenn Sie das ernst meinen, müssen Sie als Erstes gesetzliche Änderungen auf den Weg bringen. Die Hessische Gemeindeordnung erschwert den Kommunen ihre wirtschaftliche Aktivität. Wie aber sollen die Kommunen Einfluss auf die Energieversorgung nehmen, wenn das Stadtwerk privatisiert ist und die Netze verkauft sind? Wenn wir den Trend zur Rekommunalisierung unterstützen wollen, damit die Kommunen de facto auch Entscheidungen vor Ort treffen können, dann brauchen die Kommunen eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Handlungsfreiheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie können nicht auf der einen Seite die Kommunen und ihre Stadtwerke loben und gleichzeitig die Privatisierung kommunalen Eigentums als zentrales Projekt Ihrer Regierung forcieren. Erst vor wenigen Wochen haben Sie den Kommunen ein wichtiges Instrument aus der Hand geschlagen, indem Sie die Hessische Bauordnung geändert und damit den Kommunen die Möglichkeit genommen haben, solche Instrumente wie die Marburger Solar-satzung – –

(Florian Rentsch (FDP): Mit Zwang zu agieren, das ist Ihr Motto!)

– Herr Rentsch, Sie können ja auf Freiwilligkeit setzen. Dann wünsche ich Ihnen viel Spaß mit Herrn Grosman und RWE.

(Florian Rentsch (FDP): Der heißt Großmann!)

– Sie kennen ihn besser, das glaube ich. Ich kenne ihn nicht so gut und bedauere das auch nicht.

(Leif Blum (FDP): Wenigstens lesen!)

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei Ihren Gesprächen. – Ich bin der Meinung, wir müssen bei den Großkonzernen auf Zwang setzen, weil die Frage des Umbaus auf erneuerbare Energien eine Existenzfrage für die Menschen auf diesem Planeten ist. Man kann nicht auf den Goodwill von Energiekonzernen setzen, sondern muss durch Gesetze und Zwangsmaßnahmen den Umbau hin zu erneuerbaren Energien vorantreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hessische Gemeindeordnung verbietet den Kommunen geradezu, eigene Betriebe zu gründen, wo es private Anbieter gibt. Wenn die Kommunen ihre lokalen Klimaschutzziele erreichen wollen, dann dürfen Sie ihnen nicht immer Knüppel zwischen die Beine werfen. Die Energiewende ist nur vor Ort in den Kommunen zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Hermann Scheer hat immer kritisiert, dass die Atomkonzerne in Deutschland faktisch den Rang eines Staatsorgans einnehmen würden. In der Tat verfügen die Konzerne über eine immense Macht. Das hat auch die Debatte um die Laufzeitverlängerung gezeigt. Gegen eine gesellschaftliche Mehrheit und trotz verfassungsrechtlicher Bedenken setzte die Bundesregierung die Laufzeitverlängerung zugunsten der Atomkonzerne durch, die sich auf Extraprofite in zweistelliger

Milliardenhöhe freuen durften. Immer mehr Menschen haben sich angesichts dieses Vorgehens gefragt, wer in diesem Land eigentlich das Sagen hat und die Spielregeln setzt.

(Zuruf von der SPD: Die großen Vier!)

– Das sind die großen Vier, die über die Energienetze und über die Kraftwerke verfügen. – Da rächt sich jetzt die Halbherzigkeit des rot-grünen Atomkompromisses. Statt einen unumkehrbaren Ausstieg durchzusetzen, wie es im Koalitionsvertrag von 1998 geschrieben stand, setzte man sich mit den Konzernen an den Verhandlungstisch. Der damalige Wirtschaftsminister Müller ging nach den Verhandlungen dahin zurück, woher er gekommen war, nämlich zu einem Energiekonzern.

Wären SPD und GRÜNE damals konsequenter gewesen, dann wäre Atomkraft in Deutschland heute Geschichte. Vor allem die großen Reststrommengen und ihre Übertragbarkeit ermöglichten den Konzernen, immer wieder Reststrommengen zu sparen und darauf zu warten, dass irgendwann eine neue Regierung an die Macht kommt, die dieses Ausstiegsgesetz rückgängig macht.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wäre der rot-grüne Atomkompromiss noch in Kraft, wären heute leider noch alle AKWs mit einer Ausnahme am Netz. Das liegt daran, dass das ein Gesetz war, das nicht auf Konfrontation zu den Atomkonzernen gegangen ist. Davor haben Sie sich damals gescheut. Sie wissen selber, dass das ein Fehler war, dass man damals hätte konsequenter sein müssen und sich auf keinerlei Zusagen dieser Atomkonzerne hätte verlassen dürfen, weil es einfach nicht das Papier wert ist, auf dem die Unterschriften stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, wir sind uns an der Stelle einig, die Zeit der Kompromisse muss vorbei sein. Der zweite schwere Atomunfall innerhalb von 25 Jahren muss zum Anlass genommen werden, endlich Schluss mit dieser verantwortungs- und skrupellosen Atompolitik zu machen. Die Sicherheit der Menschen muss Vorrang haben.

Ich denke auch, dass es an der Stelle um die Frage der Demokratie geht. Die Demokratie ist gefährdet, wenn milliardenschwere Großkonzerne mehr Gehör im Kanzleramt finden als die Sorgen einer Mehrheit in einer Bevölkerung. Hier gilt: Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Umgekehrt gilt das nicht.

Deshalb müssen wir auch im Interesse der Demokratie darüber reden, wer eigentlich die Verfügungsgewalt über die Energieversorgung hat. Darin sehe ich eine Differenz zwischen uns und der SPD und den GRÜNEN mit ihrem Green New Deal. Wir glauben nicht, dass man allein mit marktwirtschaftlichen Mechanismen und der Beibehaltung der derzeitigen Eigentumsstrukturen einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen kann. Solange der Profit an allererster Stelle steht, wird es keinen vollständigen Umstieg geben. Eine Energiewende ist notwendig, in der die Energieversorgung in die öffentliche Hand überführt wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich sage gleich noch etwas zu Herrn Mappus. Herr Al-Wazir, es ist nicht mehr Herr Mappus, es ist jetzt Herr Kretschmann. Das ist Ihr Problem.

Es ist ein Fehler, die Energieversorgung privaten gewinnorientierten Konzernen zu überlassen. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn wir heute über Energiesparen reden wollen, was hat ein profitorientierter Konzern für ein Interesse, Energie zu sparen, wenn er weniger Energie verkauft? Deshalb haben sie kein Interesse daran und auch kein Interesse am Ausstieg aus der Atomkraft.

Der Energiemarkt wird von vier Großkonzernen beherrscht. Sie diktieren die Preise. Sie diktieren die Bedingungen. Die sogenannte Liberalisierung hat diese Machtkonzentration nur noch verschärft. Deshalb müssen wir darüber reden, wenn wir einen unmittelbaren Ausstieg aus der Atomkraft haben wollen, dass kein Weg daran vorbeiführt, die Macht der Energiekonzerne zu brechen.

Das heißt als ersten Schritt, Stromnetze und Energiekonzerne zu verstaatlichen. Aber, Herr Al-Wazir, da haben Sie recht: Verstaatlichung kann nur der erste Schritt sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
RWE gehört zur Hälfte den Kommunen in NRW!)

Vattenfall ist auch ein Staatskonzern. Ich merke keinen Unterschied zu E.ON. Bei EnBW ist es ähnlich. Wir werden sehen, wie sich Rot-Grün als Mehrheitseigner eines Atomkonzerns macht und ob die AKWs in Baden-Württemberg noch mal ans Netz gehen oder nicht.

Deswegen kann die Verstaatlichung nur der erste Schritt sein. Notwendig ist eine Aufgliederung der Konzerne in kleinere dezentrale Einheiten, auch um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Megakonzerne wie E.ON mit zig Tochterfirmen und Auslandsbeteiligungen kann man kaum überblicken und schon gar nicht demokratisch kontrollieren.

Deswegen müssen wir darüber reden: Wie schaffen wir eine demokratische Kontrolle der Energieversorgung, die eine so existenzielle Frage für die gesamte Gesellschaft darstellt? Wie schaffen wir es, dass die Beschäftigten, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mitreden und mitentscheiden können, und sie nicht den Entscheidungen in den fernen Konzernzentralen hilflos ausgesetzt sind?

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gegen Atomkraft, und durch die Katastrophe in Fukushima ist die Zahl der Atomkraftgegner weiter gewachsen. Viele Menschen haben in den letzten Wochen und Monaten überhaupt zum ersten Mal in ihrem Leben demonstriert, nicht nur in Deutschland. In Japan entsteht gerade so etwas wie eine Antiatombewegung. Vor wenigen Tagen haben 20.000 Menschen in Tokio demonstriert, um ein Zeichen gegen Atomkraft zu setzen. Aber es wird nur dann möglich sein, die Atomkonzerne zu entmachten, ob sie nun RWE, E.ON oder Tepco heißen, wenn wir Druck von unten erzeugen. Die Frage ist, von welcher Seite der Druck stärker wird. Wenn das Moratorium ausläuft, wenn die drei Monate vorbei sind, dann ist die Frage: Von welcher Seite ist der Druck stärker, von der Atomlobby oder vonseiten der Bevölkerung?

Deshalb fordern wir alle Menschen auf, sich auch in den nächsten Tagen und Wochen weiter an den Protesten zu beteiligen, auf die Straße zu gehen, ein Zeichen gegen Atomkraft und für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zu setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

### Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

### Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte am heutigen Tage ist den Ereignissen der letzten Wochen geschuldet. Ich glaube, dass der Versuch, in diesem Hohen Hause eine Debatte darüber zu führen, wie wir es schaffen können, die Energieversorgung in den nächsten Jahren so zu organisieren, dass sie bezahlbar, versorgungssicher und ökologisch sinnvoll ist, noch nicht ganz aufgegangen ist. Das gilt für das, was die Kollegin Wissler gerade gesagt hat, aber auch für das, was von der anderen Seite der Opposition gesagt worden ist. Ich glaube, dass wir zunächst einmal gemeinsam feststellen sollten, dass die Ereignisse der letzten Wochen

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Kollege Schmitt, ich glaube, das hat Sie genauso getroffen wie viele Liberale und andere Persönlichkeiten im Hause – mit Sicherheit bei vielen die Sichtweise auf die Atompolitik geändert haben. Das nehme ich jedenfalls für mich persönlich in Anspruch. Ich gebe zu, dass ich bei dem Thema Atomkraft sehr unkritisch war, weil für mich die Frage nach der Beherrschung eines Restrisikos geklärt war.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

– Ich will nicht stören.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Wissler, er war es gerade nicht. Aber das ist der Unterschied. Man muss nicht immer glauben, dass man weiß, worum es geht, nur weil man reden kann. Das ist ein Problem bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Minister Boris Rhein: Das ist bei den LINKEN immer so!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass viele Menschen der Auffassung waren, dass die Beherrschung des Restrisikos bei der Atomenergie eine theoretische Größe ist. Die Tatsache, dass wir jetzt in Japan dieses wirklich große Unglück sehen, das die Menschen dort betrifft, dass wir täglich Meldungen von Unsicherheit und Angst und neue Schreckensbotschaften hören, hat – das nehme ich für mich persönlich in Anspruch – auf jeden Fall meine Sichtweise auf die Atomenergie definitiv geändert. Wenn man sieht, wie hilflos die Japaner zurzeit versuchen, dieses Restrisiko wieder einzudämmen, wie hilflos sie versuchen, die Gefahr, die sich für Hunderttausende von Menschen stellt, wieder in den Griff zu bekommen, dann geht es vielen, die bei diesem Thema zunächst eine andere Sichtweise hatten, so, dass sie ins Nachdenken gekommen sind. Ich glaube, dieses Nachdenken kann uns auch keiner absprechen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Nachdenken führt bei uns dazu, dass wir die Frage einer neuen Energiepolitik gemeinsam angehen wollen. Der Ministerpräsident hat, aus meiner Sicht völlig zu Recht, einen Energiegipfel einberufen, der versucht, die unterschiedlichen Pole bei diesem Thema zusammenzubringen. Das ist ziemlich schwierig. Wer Frau Wissler ge-

hört hat, weiß, wie extrem eine Position sein kann. Die Kollegen der GRÜNEN – dazu werde ich noch kommen – haben auch eigene Vorschläge vorgelegt und gerieren sich ein bisschen mit der Botschaft: „Wir haben alles immer besser gewusst.“

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber auch das hilft nicht wirklich weiter. Kollege Wagner hat das gesagt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das ein sehr, sehr schwieriges Thema ist. Das ist aus mehreren Gründen ein schwieriges Thema, die ich gerne erläutern möchte. Ich glaube, dass die Verunsicherung, die wir zurzeit im Land haben, sehr groß ist. Ich selbst habe sie bei vielen Veranstaltungen, die ich in den letzten Wochen besucht habe, gespürt. Wähler, die aus meiner Sicht meiner Partei sehr nahe stehen, haben gefragt, wie es mit der Atomkraft weitergeht. Ich glaube, dass es richtig war, was die Bundeskanzlerin gemacht hat. Es hat ein Stück weit Beruhigung dadurch gegeben, dass man gesagt hat: Wir wollen schauen, ob das, was wir vor Ort machen, den neuen Sicherheitserfordernissen wirklich genügt. Aber ich sage auch: Ich glaube, nicht jeder hat verstanden, wie dieses Moratorium von der Bundesregierung gemeint war, sondern es ist bei vielen so angekommen, dass dieses Moratorium zu einer endgültigen Abschaltung von Biblis A und B sowie anderen Kraftwerken führt. Denn viele Leute haben gar nicht näher darüber nachgedacht, welche Konsequenzen sich aus einer internen und intensiven Überprüfung letztendlich ergeben können.

Die Diskussion, die wir jetzt spüren, ist eben keine Diskussion mehr, die nur in einem bestimmten Lager geführt wird, sondern sie überdeckt aus meiner Sicht die gesamte Gesellschaft unseres Landes. Ich glaube, dass die Politik gut beraten ist, darüber nachzudenken, ob sie das, was an Stimmung in einem Land vorhanden ist, aufnimmt und reflektiert. Deshalb ist der Energiegipfel, zu dem der Ministerpräsident eingeladen hat, auch die Konsequenz aus dieser Diskussion. Die Konsequenz aus der Diskussion, die wir führen, ist, dass wir uns jetzt zusammensetzen müssen.

Wir alle haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten unterschiedliche Programmansätze in diesen Bereichen gehabt. Wir müssen jetzt diese Programmansätze gemeinsam daraufhin abstimmen, dass wir es schaffen, eine Energieversorgung zu organisieren, die auf der einen Seite sicher ist, die auf der anderen Seite bezahlbar ist – das ging mir heute teilweise etwas unter: „Das wird dann schon bezahlbar sein, wenn wir es nur richtig machen“ – und die auf der dritten Seite auch Umweltverträglichkeit beherzigt. Ich möchte nicht, dass in dieser Debatte die Themen Ökologie und Sicherheit rein gegen Ökonomie ausgespielt werden. Wir müssen beide Ebenen zusammenbringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Vizepräsident Heinrich Heidel übernimmt den Vorsitz.)

Anders werden wir als Industriestaat diese Debatte auch nicht stemmen können. Denn natürlich wird die Frage der Sicherheit auf einer zweiten Ebene auch hinsichtlich der Akzeptanz, was die Bezahlbarkeit angeht, diskutiert werden müssen. Diese beiden Felder gehören zusammen. Es ist unsere Aufgabe, jetzt auf hessischer Ebene zu schauen: Was können wir tun? – Ich sage aber auch: Natürlich müssen wir auch auf Bundes- und auf europäischer Ebene schauen: Wohin entwickelt sich die Stromversorgung? Zu

suggestieren – das haben die GRÜNEN in ihrem Papier vorgelegt –, wir könnten die Energieversorgung allein auf hessischer Basis in den nächsten Jahren regeln, lieber Kollege Al-Wazir, das ist leider nicht der richtige Weg. Es ist absurd, zu glauben, dass Hessen diese Frage allein regeln kann. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Deshalb ist die Frage, um die es heute geht, welche Lehren wir aus dieser Katastrophe in Japan ziehen. Der Energiegipfel versucht, diese Pole zusammenzubringen.

Herr Al-Wazir, Sie erwarten von uns – das haben Sie vorhin noch einmal gesagt –, wir müssen uns bewegen. Wissen Sie, wenn man das einfordert, sollte man selbst nicht stehen bleiben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Als Sie vorhin Ihr Konzept noch einmal vorgestellt haben, habe ich mich gefragt, wo die Antworten der GRÜNEN auf die vielen Fragen sind, die auch Ihnen gestellt werden. Die Situation in Japan ist eine Katastrophe. Aber die Debatte, die wir hier führen, hat einen großen Vorteil, weil wir jetzt auch von den GRÜNEN endlich einmal Zugeständnisse an den Stellen erwarten können, wo wir sie benötigen. Sie können sich nicht mehr hinter zehn Seiten reinen Konzepten verstecken, die einmal in früheren Zeiten aufgeschrieben worden sind, sondern auch Sie müssen Butter bei die Fische geben. Auch Sie dürfen nicht mehr stehen bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich gebe ehrlich zu: Ich finde, das einzig Verlockende an dieser schwierigen Situation ist, dass wir auch Sie einmal ein Stück bei der Frage nageln können, wie es wirklich vorangeht.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Mein Generalsekretär hat es richtig gesagt: Wir sind dafür, schneller aus der Kernkraft auszusteigen, als wir das eigentlich geplant haben.

Sie stellen jetzt die Forderung auf: bis zum Jahr 2017. Das ist genau der Punkt. Die GRÜNEN befinden sich in einem Wettbewerb. Andere denken jetzt um, und sie wollen noch eine Stufe drüber stehen. Sie wollen noch eine Latte obendrauf legen und mehr machen.

Auch Sie wissen doch, dass wir gerade die neueren Kraftwerke noch benötigen, um den Übergang sicherzustellen. Meine Damen und Herren, alles andere ist doch abstrus. Wir können doch den Menschen nicht erklären, bis zum Jahr 2017 sei alles geregelt. Das, was Sie zum Ausbau der regenerativen Energien vorgeschlagen haben, steckt an vielen Stellen doch noch in den Kinderschuhen. Das liegt nicht nur an Schwarz-Gelb, sondern auch an Rot-Grün; denn vieles ist hier nicht richtig gemacht worden, und das wissen Sie auch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

So einfach können Sie es sich hier nicht machen. Deshalb sind die Arbeitsgruppen, die wir jetzt eingerichtet haben, der richtige Versuch,

(Gernot Grumbach (SPD): Nachhilfe!)

um eine thematische Basis dafür zu bekommen, in welche Richtung es gehen muss, um dann aber auch um den richtigen Weg zu streiten.

An einem Punkt werden wir wirklich zu Alternativen kommen. Wir haben einen ganzen Bereich – ich will jetzt einmal das vorziehen, was in dem GRÜNEN-Papier steht –, der wirklich spannend ist. Das ist die Frage: Wie können wir es schaffen, das, was wir an Potenzial an regenerativen Energien haben, auszuschöpfen und mit unserem Stromnetz in Einklang zu bringen? Die GRÜNEN haben in ihrem Papier, auf der Seite 6, einen Abschnitt zum Netzausbau. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Herr Al-Wazir, wenn das Ihre Antwort auf diese Herausforderung ist, dann gehen in Deutschland wirklich bald die Lichter aus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist so. Man muss sich diesen Fragen stellen. Denn wir werden über die Alternativen sprechen. Sie suggerieren immer, der Umstieg sei ganz unkompliziert, der Umstieg auf erneuerbare Energien koste auch nichts, der Umstieg auf erneuerbare Energien verursache gar keine Probleme.

(Widerspruch der Abg. Tarek Al-Wazir und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Al-Wazir, in der Wohlfühlwelt, in der Sie geistig leben, lebt dieses Land nicht. Die Probleme sind sehr viel manifester.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich akzeptiere, angesichts meiner eigenen Veränderung und der vieler Menschen, dass viele sagen: Atomkraft ist keine Zukunftsenergie, wir werden schneller aussteigen, als wir das geplant haben.

Aber Sie müssen sich auch bewegen. Ich will Ihnen einmal ein paar Stellen vorlesen. Zum Beispiel suggerieren Sie, man könne ohne Probleme die 380-kV-Verkabelung – die notwendig ist, um das Potenzial an regenerativen Energien, das wir in der Nordsee haben, überhaupt hier nutzen zu können – am besten als Erdverkabelung verlegen, weil das alles so harmlos sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einmal abgesehen davon, dass auch eine Erdverkabelung genehmigt werden muss, ist das zum Schluss doch eine Kostenfrage. Diese Frage werden wir mit Ihnen debattieren. Es wird zum Schluss um die Frage gehen, wie viel die Kilowattstunde nach dem GRÜNEN-Konzept und nach anderen Konzepten kostet. Das müssen wir dann öffentlich diskutieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was nämlich nicht funktioniert, ist, dass man sagt, man will keinen Atomstrom, sondern etwas anderes – es aber letztendlich offenlässt, was es kostet und wie es bezahlt wird.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin Hammann, über diese Frage müssen wir uns wirklich richtig streiten. Ich will Ihnen auch einmal sagen, warum.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist so unerträglich!)

Meine Damen und Herren, die Frage der Energiekosten ist für unser Land ganz zentral. Frau Fuhrmann, ich nehme Sie gerne einmal mit zu einem Unternehmen, das in meinem Wahlkreis liegt und das ein Material produziert – ich will jetzt den Namen nicht nennen, denn dann ist das Unternehmen gleich bekannt –, das in Zukunft im Automobilbau eingesetzt werden wird, alternativ zu Aluminium. Vor Kurzem hat dieses Unternehmen ein Werk in den USA gegründet, allein unter dem Aspekt der Energiekosten.

Dieses Thema muss man doch ernst nehmen. Man kann doch nicht sagen, ja, wir wollen den Ausstieg – ich glaube, in dieser Frage sind wir nicht mehr so weit auseinander –, zugleich aber die andere Seite ausblenden und sagen, das wird dann schon irgendwie gehen. Für eine verantwortungsvolle Politik ist das zu wenig. Wir müssen beide Seiten bedenken.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ja, ich weiß, Sie haben gute Kontakte in andere industrielle Bereiche. Das gestatte ich Ihnen auch, und das ist doch völlig in Ordnung, dass Sie versuchen, dort Ihren Benefit herauszuziehen. Das ist so.

Meine Damen und Herren, aber auch als GRÜNE stehen Sie, z. B. in einem Bundesland wie Baden-Württemberg, jetzt nicht nur für eine bestimmte Branche. Sie sind dort jetzt verantwortlich für ein ganzes Land.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so ist es! Für Porsche und Daimler!)

Herr Al-Wazir, Sie sind für ein ganzes Land verantwortlich. Wir werden schauen, was die Menschen zum Schluss sagen, wenn Sie fünf Jahre lang dort Ihre Arbeit abgeliefert haben: ob die noch alle so begeistert sind,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir sehen! Vielleicht fliegen Sie dann ganz raus!)

wenn die Theorie, von der Sie immer reden, einmal in die Praxis umgesetzt wird und die Menschen einmal sehen, wie dieser grüne Oberlehrerstaat sich bei ihnen letztendlich im Portemonnaie auswirkt. Auf diese Debatte freue ich mich sehr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Darum wird es gehen. Ja, beim Thema Netzausbau werden wir aus meiner Sicht das machen müssen, was Dieter Posch als Wirtschaftsminister an anderen Stellen gesagt hat. Wir werden nicht nur über die Frage diskutieren müssen, am Ende werden wir sie entscheiden müssen: ob dann, wenn wir den Netzausbau vorantreiben wollen, andere Belange zurückstehen. Meine Damen und Herren, diese Interessenabwägung wird es geben. Denn – wieder zum Anfang zurück – es kann nicht alles geben. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, man möchte gerne sofort aus der Atomkraft aussteigen, auf der anderen Seite aber sagen: Wir wissen nicht, wie das andere zu realisieren ist.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Gremmels, auch Sie können die Menschen nicht damit locken – Sie sowieso nicht – und sagen, Erdkabel ist das kleinste Problem. Meine Damen und Herren, es wird immer um die Frage gehen, ob Sie letztendlich andere Interessen zurücktreten lassen. Das ganze Leben ist eine

Interessenabwägung. Wenn wir sagen, wir wollen das machen, dann werden andere Interessen zurücktreten.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Beispielsweise werden da Umweltbelange nicht mehr im Vordergrund stehen. Das ist dann so.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Gremmels, wenn wir uns auf dieser Basis einigen, dann bin ich doch gar nicht böse. Ich will gar nicht die Zitate des haushaltspolitischen Sprechers der Sozialdemokraten heute aus dem Bundestag vorlesen. Bei der Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie hat er gewarnt, man solle das vorsichtig machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber keine Steuererhöhung!)

– Nein, Herr Kollege Schmitt, das hat er nicht gesagt.

Deshalb zum Schluss: In diesem Landtag werden wir bei dem, was wir entscheiden können, auch darüber abstimmen, ob Sie dazu bereit sind, Zugeständnisse zu machen. Deshalb frage ich – Herr Al-Wazir, Herr Schäfer-Gümbel und die Kollegen der LINKEN, die mit vielen Persönlichkeiten an ihrer Spitze auftreten –, ob Sie zum Schluss bereit sind, auch ein Stück weit auf uns zuzugehen. Man kann keinen Energiegipfel verlangen und dabei auf seinen alten Positionen beharren. Das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kommen wir zu den ganz konkreten Fragen in unserem Bundesland. Einmal angenommen, es kommt so, dass Biblis A und Biblis B nicht mehr ans Netz gehen. Kollege Al-Wazir hat vorhin gesagt, er sieht ein Mammutkraftwerk wie Staudinger nicht als Alternative zur Energieversorgung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe von Kohle gesprochen! Genau hinhören!)

– Ja, aber Sie haben Staudinger gemeint. Oder haben Sie Staudinger nicht gemeint? – Sie haben Staudinger gemeint, da sind wir uns doch schon wieder einig.

Es ist noch nicht so lange her, da hat Joschka Fischer etwas Wichtiges gesagt:

Ich sehe die Probleme der Kohle und beschönige nichts, aber für den Übergang kommen wir nicht ohne sie aus. ... Wir können uns nicht ins Abseits manövrieren und alles ablehnen, da werden wir schnell in die sektiererische Ecke gedrückt.

Es wäre ein Riesenfehler von GRÜNEN und Umweltbewegung, wenn sie an diesem Punkt unrealistisch sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zum Thema Kohleversorgung.

(Zurufe der Abg. Janine Wissler und Marjana Schott (DIE LINKE))

Zweites Zitat, Cem Özdemir, 2008:

Vielleicht gibt es ein intelligentes Modell, bestehende und neue Kapazitäten so zu verrechnen, dass man unterm Strich die CO<sub>2</sub>-Emissionen Jahr für Jahr senkt. Wenn man das über den Emissionshandel hinkriegt, können wir darüber reden.

Na immerhin, mehr Bewegung als bei Ihnen – neben der Tatsache, dass Frau Hajduk in Hamburg ein Kohlekraftwerk genehmigt hat, wie wir wissen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Al-Wazir, auch Sie können sich nicht gegen den Rechtsstaat wehren. Das ist der Vorteil des Rechtsstaats, dass Politik den Rechtsstaat nicht beugen kann. Das ist der große Vorteil.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollen in Hessen Politik machen und sagen, wir machen den Klimawandel in Hessen alleine. Sie werden für Hessen erklären müssen, was mit Staudinger passiert.

Ich finde es gerechtfertigt, wenn E.ON nachfragt, ob dieses Bundesland Hessen – das möglicherweise demnächst aus der Atomkraft aussteigt – dann auf andere Versorgungsträger setzt, die Angebote im Bereich der Grundlast haben. Ein Industriestandort wie Hessen, der sagt, wir wollen uns nur noch regenerativ versorgen – Kollege Schäfer-Gümbel, wir beide wissen, dass das nicht funktioniert. Deshalb können wir nicht die Augen zumachen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wieso denn? Woher wissen Sie das?)

Wir müssen auch das, was nicht schön ist – Ja, Kohle ist nicht die Energieform, die wir brauchen. Aber sie ist erst einmal notwendig, um den Umstieg zu organisieren. Deshalb werden wir aus meiner Sicht bei Staudinger nicht Nein sagen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Timon Gremmels (SPD): Und was ist mit der Kraft-Wärme-Kopplung?)

– Wunderbar, vielen Dank, Herr Gremmels, das wäre mein nächstes Stichwort gewesen: das Thema Kraft-Wärme-Kopplung.

Beim Thema Kraft-Wärme-Kopplung ist es doch zunächst einmal so, dass man nicht E.ON vorwerfen darf, sie wollen die Kraft-Wärme-Kopplung nicht ermöglichen. Sie wollen es ermöglichen. Aber es muss dafür auch Abnehmer geben. Es muss Großunternehmen geben, die das machen.

Lassen Sie uns deshalb lieber gemeinsam Unternehmen suchen, die diese Wärme abnehmen – anstatt zu sagen, E.ON macht dort einen Fehler. E.ON hat doch ein Interesse daran, das zu machen. Die verdienen damit doch Geld. Warum sollten die die Wärme, die dort produziert wird, nicht anbieten?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir doch schon vor 20 Jahren diskutiert!)

Kollege Al-Wazir, das ist einfach zu wenig: immer nur auf die großen Stromversorger zeigen und sagen, was nicht geht. Auch dort werden wir uns bemühen müssen, mehr zu bringen. Da sitzen wir aus meiner Sicht zu sehr in einem Boot, als dass Sie mit dem Finger auf andere zeigen könnten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Wissler hat bei dem, was sich endlich politisch auf Landesebene verändern muss, die Conclusio gezogen: Der Zwang ist das Einzige, was funktioniert. Sie haben die Marburger Solarsatzung angesprochen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Machen wir jetzt gar keine Gesetze mehr?)

– Frau Wissler, zwischen Gesetzen und Zwang besteht immer noch ein Unterschied. Ich weiß nicht, wie Sie Ihre Fraktionsarbeit empfinden,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

aber vielleicht haben Sie zu wenige Liberale in Ihrem Umfeld. Ich würde bei Ihnen auch bejahen, dass das so ist. Sie scheinen da eine falsche Einstellung zu haben.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass Zwang mit Sicherheit nicht die richtige Alternative ist, um Menschen jetzt dazu zu bewegen, beim Energiewandel mitzumachen. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, Hauseigentümer zu zwingen, nur auf Solar zu setzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, dass wir Anreize setzen müssen. Wir müssen den Wandel mit Anreizen begleiten und dürfen ihn nicht mit Zwang verordnen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das wird zum Schluss aus meiner Sicht auch der Unterschied sein. Wir werden uns alle bewegen. Aber wenn Sie weiter nur auf Zwang setzen, werden Sie viele Menschen verlieren, die eigentlich gutwillig sind und gerne mitmachen würden. Ich sage Ihnen: Hören Sie auf, mit Zwang zu argumentieren und zu arbeiten. Wir brauchen die Menschen bei diesem Umstieg. Was wir nicht brauchen, ist, dass der Staat durch Zwang Menschen ausgrenzt. Das hilft an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb bleibt es dabei: Ja, wir werden in Hessen das machen müssen, was wir machen können. Wir werden im regenerativen Bereich besser werden müssen, unstrittig. Wir werden beim Trassenausbau nicht nur besser werden, sondern gesetzliche Grundlagen dafür legen müssen, dass Trassen möglich sind, und wir werden bei der Speicherung von regenerativen Energien ganz weite Schritte nach vorne machen müssen.

Deshalb glaube ich, dass es nicht hilft, wenn wir an verschiedenen Stellen – das zeigt ein bisschen das Problem, das die GRÜNEN haben – versuchen, immer auf der einen Seite zu sagen, wir müssten in diese Richtung gehen, aber auf der anderen Seite, wenn es um die Realität geht, zu kneifen.

Es sind die vielen Beispiele – Herr Al-Wazir, ich gebe Ihnen die Seite nachher gerne –, wo GRÜNE vor Ort versuchen, Pumpspeicherkraftwerke zu verhindern, z. B. in Atdorf – im Hotzenwald, im Schwarzwald am Schluchsee, im Landkreis Waldshut –, oder Windräder bei Essen. Überall dort sind es immer wieder GRÜNE, die auffallen, weil sie dieses Thema „Dagegen“ kultiviert haben, weil sie wissen, das bringt zum Schluss Stimmen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch zu wenig, Herr Al-Wazir.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, es ist klar, die Stimmung bei den GRÜNEN ist gut, und Sie können keine Kritik mehr hören. Aber Sie werden sich mindestens drei Jahre von diesem Pult aus noch viel Kritik gefallen lassen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Mürvet Öztürk und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Warten Sie erst einmal ab, wie die Landtagsreden werden, wenn der Ministerpräsident in Baden-Württemberg erst richtig losgelegt hat. Dann wird es lustig werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wenn die SPD als Juniorpartner auftritt!)

Das ist eben so. Wir sind alle gefordert. Ich nehme das sehr selbstkritisch an, und ich weiß das auch in meiner Partei, liebe Kollegin Fuhrmann. Wir sind alle gefordert bei der Akzeptanz der regenerativen Energien. Wir sind alle gefordert, dort besser zu werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen in unsere eigenen Reihen hineinwirken, dass dort mehr Akzeptanz entsteht. Aber das sage ich nicht nur für uns. Ja, wir werden uns da besser aufstellen müssen. Das nehme ich für die FDP in Anspruch. Aber wenn ich die Beispiele lese, dann, meine ich, müssen sich auch die GRÜNEN dringend besser aufstellen, damit solche Beispiele nicht wieder vorkommen. Das trifft auch Sie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube schon, dass wir alle Hausaufgaben zu machen haben. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die GRÜNEN, auch wenn sie vielleicht in einer Hochphase sind, vielleicht mit versuchen, nicht mit so viel Potenzial im aggressiven Bereich nach vorne zu preschen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Florian, du solltest nicht von dir auf andere schließen!)

– Vielleicht reflektieren Sie heute Abend Ihre Zwischenrufe, vielleicht auch Frau Schulz-Asche, weil ich nicht glaube, dass es hilft, wenn man immer nur auf andere zeigt.

Wir sagen nicht, dass wir alles richtig gemacht haben. Das nehme ich überhaupt nicht für die FDP in Anspruch.

(Wortmeldung der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. Sie können gerne danach sprechen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Nein, lieber Kollege. Aber ich erwarte von anderen Parteien, dass auch sie das reflektieren, was in den letzten Jahren falsch gelaufen ist. Sie sind nicht die Einzigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Um wieder darauf zurückzukommen: Ich bin dankbar, dass wir mit dem Ministerpräsidenten Volker Bouffier jemanden haben, der versucht, diese unterschiedlichen Pole zusammenzubringen. Das wird zum Schluss stehen: ob wir es schaffen, das, was an unterschiedlichen Konzepten vorliegt – wir werden uns in den nächsten Wochen sehr intensiv mit Ihrem Papier auseinandersetzen, was Sie, Herr Al-Wazir, wohl auch beabsichtigt haben, und auch ein paar Zahlen vorlegen, was das letztendlich kostet, weil wir uns auch darüber streiten wollen –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr könntet auch einmal etwas Eigenes vorlegen! Wie wäre es damit?)

– Ja, das werden wir auch machen. – Aber wir werden uns auch mit Ihrem Papier auseinandersetzen, weil Sie sich mittlerweile sozusagen zum grünen Solarpapst selbst ernannt haben. Wir wollen schauen, ob das, was Sie dort vertreten, wirklich umsetzbar ist. Das gehört zur Redlichkeit hinzu. Aber es wird letztlich darum gehen, ob wir alle es in der Debatte schaffen, uns zu bewegen.

Deshalb sage ich zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich bin sehr offen für konstruktive Vorschläge. Wir sind sehr offen dafür, über zentrale Fragen zu diskutieren, was Hessen machen kann. Wir wollen aber auf der anderen Seite genauso dafür sorgen, dass in Hessen nur Entscheidungen getroffen werden, die auch sinnvoll sind. Wir wollen in Hessen keine Entscheidungen treffen, die den Menschen nur suggerieren, wir hätten richtige Schritte gemacht.

Vieles muss auf nationaler deutscher und auf europäischer Ebene gelöst werden. All das muss in den nächsten Wochen und Monaten angegangen werden. Deshalb ist es richtig, dass Jörg-Uwe Hahn als Europaminister in diesen Bereichen auf der europäischen Ebene agiert, weil es eben keinen Sinn macht, einen europäischen Weg zu verhindern, nur weil man sozusagen kleinkariert politisch auf der eigenen Ebene argumentiert.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vielmehr brauchen wir ein europäisches Stromkonzept, und das ist so unstrittig wie nur irgendetwas. Wenn Sie das bestreiten, meine Damen und Herren, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Wir werden auf europäischer Ebene bei Sicherheit, ökologischer Verträglichkeit und Bezahlbarkeit auch aus Wettbewerbsgründen mit den anderen Ländern versuchen müssen, ein gemeinsames Konzept auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Man muss sehen, wo die Europäische Union von ihrem Grundgedanken her bei der Frage von Strom und Kohle herkommt. Daher ist sie aus meiner Sicht jetzt gefordert, in den nächsten Jahren ihre Rolle der Bündelungswirkung der europäischen Staaten zu nutzen, um es zu schaffen, dass Europa insgesamt einen Energiewandel vollzieht und dass nicht nur wir in Hessen oder in Deutschland unsere Hausaufgaben machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist deutlich zu wenig. Wir werden es tun, da bin ich mir sicher. Ich hoffe, dass der Energiegipfel von allen Seiten konstruktiv genutzt wird. Aber ich sage auch: Auch wenn er von Ihnen nicht konstruktiv genutzt werden sollte, wir werden auf jeden Fall handeln und uns nicht alleine auf Sie verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Kaufmann gemeldet. Bitte schön.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In aller gebotenen Kürze: Verehrter Herr Kollege Rentsch, wir hatten gerade die Diskussion über eine Regierungserklärung mit dem Titel „Saubere, sichere, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte zukünftige

Energieversorgung in Hessen“. Ich darf nach Ihrer Rede feststellen: Zu diesem Thema hat die FDP nichts beigetragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sie haben sich stattdessen ganz heftig an den GRÜNEN abgearbeitet. Ich finde es schön, dass wir so im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ihr Fraktionsvorsitzender hat es auch gemacht!)

Verehrter Herr Kollege Rentsch, mein Fraktionsvorsitzender hat heute aus guten Gründen die Parole ausgegeben, dass wir auch angesichts der Situation nach den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen Ihnen gegenüber nicht mit Häme auftreten. Das möchte ich ausdrücklich auch nicht tun. Aber ich bitte den Kollegen Al-Wazir doch um Entschuldigung: Verehrter Herr Kollege Rentsch, angesichts Ihres Ergebnisses konkret in Hessen hätte ich mir schon ein bisschen mehr Demut und ein bisschen mehr Problembewusstsein bei Ihnen gewünscht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das hängt damit zusammen, dass Sie obendrein – Stichwort: Staudinger und anderes mehr – ganz offensichtlich entweder nicht zugehört haben oder darüber hinaus auch keine Gelegenheit genommen haben, sich auch nur etwas sachkundig zu machen.

Ich will nur auf die Behauptungen von Staudinger bezüglich der Wärmeabnahme eingehen. Schon beim in Betrieb befindlichen Block 5 ist die Wärmeabnahme ein minimaler Bruchteil dessen, was an auskoppelbarer Wärme angeboten wird. Demzufolge kann man von einer Wärmeabnahme bei Block 6 überhaupt nicht reden. Da gibt es nämlich niemanden. Das nur als Beispiel.

Was eine sinnvolle Politik sein könnte, werter Herr Kollege Rentsch, da brauchen wir nur über den Rhein zu schauen. Dort haben wir uns, zusammen mit anderen, engagiert, um zu verhindern, dass von der KMW ein Kohlekraftwerk gebaut wird. Ich hoffe, dass die KMW ihre genehmigten Pläne für den Bau eines Gaskraftwerks möglichst rasch in die Tat umsetzt, weil in der Tat zusätzliche Kapazitäten benötigt werden. Der Kollege Al-Wazir hat Ihnen das vorhin in aller Breite zu erklären versucht.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss, gebe aber noch einen Hinweis. Herr Kollege Rentsch, den Vorschlägen von Minister Posch zu folgen unter der gleichzeitigen Aufgabe, wie es auch der Ministerpräsident sagte, alle mitnehmen zu müssen, führt wieder auf einen Irrweg. Aber: Wir müssen wirklich alle mitnehmen und die Bevölkerung stärker beteiligen. Wir dürfen sie nicht überfahren mit einer Planungsbeschleunigung, wie Sie es offensichtlich vorhaben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Zur Antwort, Herr Kollege Rentsch, bitte schön. Sie haben zwei Minuten Redezeit.

**Florian Rentsch (FDP):**

Kollege Kaufmann, Sie haben sich gerade wieder einmal selbst entlarvt. Das ist das Schöne an den GRÜNEN. Es ist eigentlich immer herrlich, mit den GRÜNEN zu diskutieren, denn das führt erstens zu einem besseren Blutdruck – das muss ich definitiv sagen, gerade in der Fastenzeit –, das ist wunderbar.

(Heiterkeit bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Angesichts Ihrer oberlehrerhaften Art nach dem Motto „Wir haben alles besser gewusst“

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Günter Rudolph (SPD): Das sagt der Richtige!)

bin ich sehr gespannt, ob die Menschen in Schwaben, Menschen, die mitten im Leben stehen, sich das gewünscht haben, was dort eintreten wird. Das kann ich mir nämlich nicht vorstellen. Herr Kollege Kaufmann, zu sagen, man wolle andere nicht mit Häme überziehen, es dann aber faktisch zu tun, das entlarvt Sie eben wieder einmal.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will nur eine konkrete Sache ansprechen. Es wird genau um diesen Streit gehen. Ja, wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen ihnen die Alternativen aufzeigen. Zum Schluss müssen wir aber auch entscheiden. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Sie mit mehr Beteiligung, mit längeren Bauzeiten beim Thema Trassen mehr für die Menschen tun, als wenn Sie das Ganze beschleunigen würden, dann bin ich sehr gespannt, für welche Alternative sich die Menschen entscheiden werden. Ich bin mir sicher, die Menschen werden sich für eine bezahlbare, ökologisch verträgliche Politik entscheiden, nicht für eine Blockadepolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Ende der Aussprache.

Wir überweisen die Tagesordnungspunkte 16, 24, 32, 35 und 44 an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 46, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Biblis A und B sofort abschalten. – Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 47, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend sicherheitstechnische Neubewertung der Kern-

kraftwerke vor dem Hintergrund der Katastrophe in Japan. Hierzu ist getrennte Abstimmung gewünscht.

Wer Nr. 1 und Nr. 2 der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das wurde vom ganzen Haus angenommen.

Wer Nr. 3 der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP, Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der SPD und der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer Nr. 4 der Empfehlung die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP, Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN und Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Wir kommen zu Nr. 5 der Empfehlung. Wer hier zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE ist Nr. 5 angenommen.

Wir kommen zu Nr. 6 der Empfehlung. Wer hier zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP, Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 48, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe in Japan – dauerhafte Abschaltung der Atomkraftwerke Biblis A und Biblis B: Energiewende jetzt. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Auch hier ist getrennte Abstimmung gewünscht. Ich schlage vor, über Nr. 1 bis Nr. 3 zusammen abzustimmen. Außerdem könnte über Nr. 4 bis Nr. 10 zusammen abgestimmt werden.

Wer Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist das gesamte Haus.

Wer Nr. 4 bis Nr. 10 der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ebenfalls angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 49, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Biblis A und Biblis B als Konsequenz aus Fukushima dauerhaft stilllegen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Fraktion DIE LINKE ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Der Dringliche Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 64 und der Dringliche Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 69 werden an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen. – So beschlossen.

Tagesordnungspunkt 73, Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einrichtung eines Sonderausschusses Atomausstieg und Energiewende in Hessen, wird an den Ältestenrat überwiesen. – So ist es vereinbart.

Bevor wir jetzt auseinandergehen, habe ich Ihnen noch mitzuteilen: Eingegangen und auf den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventio-

nierung im Wohnungswesen, Drucks. 18/3952. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 74 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 14 gemeinsam aufgerufen werden. – Das ist so beschlossen.

Ich habe Ihnen außerdem noch mitzuteilen, dass der Hauptausschuss im Anschluss an das Plenum in Raum 501 A tagt.

Ich wünsche Ihnen einen vergnüglichen Abend. Morgen früh um 9 Uhr geht es weiter.

(Schluss: 19:30 Uhr)



**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)****Frage 470 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wurden die Proben durch die hessischen Behörden auf gentechnische Verunreinigungen bei Saatgut im Frühjahr 2011 so rechtzeitig vor der Bestellung durchgeführt, dass die Aussaat von verunreinigtem Saatgut verhindert werden kann?*

**Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:**

*Ja.*

*Im Rahmen der diesjährigen Saatgutuntersuchungen wurden vom Landesbetrieb Hessisches Landeslabor (LHL) im Auftrag des Regierungspräsidiums (RP) Gießen 27 Proben von Maissaatgut und 6 Proben von Zuckerrübensaatgut untersucht.*

*Eine von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Gentechnik (LAG) verabschiedete Empfehlung sieht vor, die Untersuchungsergebnisse für Zuckerrüben bis Ende der 9. Kalenderwoche (6. März 2011) und für Mais bis Ende der 12. Kalenderwoche (27. März 2011) zur Verfügung zu stellen. Die hessischen Ergebnisse wurden am 21. Februar (Zuckerrüben) bzw. 21. März 2011 (Mais) in die vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) betriebene Datenbank eingestellt, auf die die autorisierten Vertreter aller Bundesländer Zugriff haben.*

*Wie in den Vorjahren hat Hessen seine Ergebnisse damit termingerecht abgeliefert. Alle Ergebnisse waren negativ.*

**Frage 472 – Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Hält sie auch nach den jüngsten Diskussionen über Mindestlängen mautpflichtiger Landstraßen an ihrer in der Fragestunde der letzten Plenarwoche getroffenen Aussage fest, dass es auf der B 7/B 83 zwischen Vellmar und Espenau/Schäferberg im Landkreis Kassel keine Mautpflicht geben wird?*

**Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:**

*Nach dem aktuellen Diskussionsstand sollen vierstreifig ausgebaut Bundesstraßen, die nicht unmittelbar an eine Autobahn angeschlossen sind, nicht mautpflichtig werden. Vorausgesetzt, der Bund setzt diesen Diskussionsstand um, würde die betreffende Strecke auf der B 7/B 83 nicht mautpflichtig werden.*

*Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass nur vierstreifige Strecken in die Mautpflicht genommen werden, die unmittelbar an eine Autobahn anschließen, und dass den Ländern die Möglichkeit gegeben wird, über die Strecken im Land mitzuentcheiden. Entsprechend hatte sich auch der Bundesrat positioniert.*

**Frage 473 – Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wann ist mit der Vorlage der Landesregierung zu rechnen, die Auslösewerte für die Lärmsanierung an Landesstraßen*

*auch in Hessen analog zur Bundesregelung zu senken, wie es im Lärmaktionsplan vom Herbst 2010 angekündigt ist?*

**Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:**

*Die Landesregierung wird die Absenkung der Auslösewerte für die Lärmsanierung um 3 dB(A) umsetzen. Dazu wird in den Landeshaushalt 2012 eine Erläuterung aufgenommen.*

**Frage 474 – Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Auf welcher Grundlage wurden für den Bereich „Schulen für Erwachsene“ mit Wirkung zum 15. Februar 2011 ein Einstellungsstopp sowie eine Haushaltssperre erlassen?*

**Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:**

*Das Hessische Kultusministerium hat am 15. Februar 2011 die Schulleitungen der Schulen für Erwachsene und der Staatlichen Fachschulen per E-Mail darauf hingewiesen, dass es nach aktueller Hochrechnung zu einer möglichen Budgetüberschreitung kommen könne.*

*Die Schulleitungen wurden deshalb – gemäß den Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung – gebeten, vorerst die Ausgaben auf den zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Dienstbetriebes erforderlichen Umfang zu beschränken. In diesem Zusammenhang sind auch neue vertragliche Bindungen in jedem Einzelfall auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen.*

*Dies entspricht einem korrekten und üblichen Vorgehen im Rahmen der gewissenhaften Haushaltsführung und stellt keinesfalls eine Haushaltssperre dar. Zu keiner Zeit sind die Schulen für Erwachsene mit dem Begriff „Haushaltssperre“ konfrontiert worden; auch ein „Einstellungsstopp“ ist nicht Gegenstand der o. g. Mitteilung gewesen.*

**Frage 475 – Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie ist es zu verantworten, dass am Abendgymnasium Wiesbaden weder zwei dringend zu besetzende Lehrerstellen noch eine Vertretung für diese besetzt werden dürfen?*

**Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:**

*Zur Aufrechterhaltung des erforderlichen Unterrichtsbetriebes können die notwendigen Personalmaßnahmen am Abendgymnasium Wiesbaden selbstverständlich durchgeführt werden. Allerdings muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob eine schulinterne Vertretungsregelung möglich wäre und wie der Unterricht am Abendgymnasium Wiesbaden insgesamt abgedeckt ist. Für diese Einzelfallprüfungen ist das Staatliche Schulamt für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis – als zentrale Schulaufsicht für die Schulen für Erwachsene – zuständig.*

*Es war zu keiner Zeit die Rede davon, dass die genannten Stellen am Abendgymnasium Wiesbaden „nicht besetzt werden dürfen“.*

**Frage 476 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

Hält die Kultusministerin es für einen angemessenen und vertrauensvollen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bildungsverwaltung, wenn sie deren Arbeit, wie bezüglich des Amtes für Lehrerbildung geschehen, als „Desaster“ – „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4. April 2011 – bezeichnet?

**Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:**

Die Darstellung meiner Äußerungen in der „FAZ“ war unvollständig und aus dem Zusammenhang gerissen. Meine Äußerungen bezogen sich nicht auf die Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Lehrerbildung (AfL), sondern auf die derzeitige Haushaltssituation der Behörde.

Fakt ist, dass das AfL unter einem strukturellen Defizit leidet, seit der Hessische Landtag im Jahr 2008 die Erhöhung der Zahl der Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV) von 1.175 auf 1.500 beschlossen hat. Diese Erhöhung der Stellenzahl führte zu einer überplanmäßigen Ausgabe von rund 5,7 Millionen € im Haushalt des AfL. Hinzu kommt, dass im Haushaltsjahr 2010 die Besoldungserhöhung für die LiV nicht in vollem Umfang veranschlagt wurde.

Um dieses strukturelle Defizit abzubauen und darüber hinaus die Sparauflagen des Finanzministeriums für 2012 zu erfüllen, stehen derzeit alle Bereiche der Kultusverwaltung auf dem Prüfstand. Es besteht absolutes Einvernehmen zwischen dem HKM und dem AfL darüber, dass im Zuge dessen auch die Ausgaben des AfL für Personal- und Sachmittel einer intensiven Prüfung unterzogen werden müssen. Dazu gehören auch Ausgaben für Dienstreisen sowie für Druck- und Werbematerialien.

**Frage 477 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Lässt das Vorhandensein von – laut Aussage der Kultusministerin in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4. April 2011 – „desaströsen“ Strukturen in der Bildungsverwaltung nicht in Wirklichkeit auf „desaströse“ Strukturen in der Spitze des Kultusministeriums schließen?

**Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:**

Nein.



